

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 2.00 Mk. für ein Haus, einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsfreien-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkheint täglich außer Montag.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. April 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Branntweinboykott ist ein Mittel zur Schwächung des Junkertums!

Der Hausknechtsparagraph angenommen.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses nahm am Freitagabend in zweiter Lesung den verhängnisvollen Hausknechtsparagraphen mit 10 gegen 4 Stimmen an. Dagegen stimmten die beiden Nationalliberalen, das freisinnige und das polnische Mitglied der Kommission.

Die Verhandlungen nahmen knapp eine Stunde in Anspruch und drehten sich in der Hauptsache um die Darlegung, die — der „Vorwärts“ zu dem Votum gegen die parlamentarischen Rechte der wenigen wirklichen Volksvertreter des Reichstages gemacht hatte. Gleich der Vorsitzende glaubte sich mit den Auslassungen des „Vorwärts“ auseinandersetzen zu müssen, mit der „geschmackvollen Art“, wie der „Vorwärts“ den neuen Paragraphen „Hausknechtsparagraphen“ getauft habe. Schade nur, daß der „Vorwärts“ nicht auch durch irgendeinen Geschäftsordnungsparagraphen geknebelt werden kann, sondern ungeknebelt jeden neuen Erzeuger der volksfeindlichen Reichsadmeherei rückwärts los brandmarken wird!

Auch die Reden der übrigen Kommissionsmitglieder sowohl als auch die beiden Regierungsvertreter bestanden in der Hauptsache in nichts als einer Polemik gegen — den „Vorwärts“. Man mühte sich, vor allem das Argument des „Vorwärts“ zu entkräften, daß der Ausschluß von Abgeordneten für eine Reihe von Sitzungen schon deshalb rechtlich gar nicht zulässig sei, weil die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches das Recht des Abgeordneten, seine parlamentarische Pflicht auszuüben, sichern und jede Verletzung dieses Rechtes mit Zuchthaus bedrohen. Man berief sich auf den § 78 der Verfassung, wonach das Haus seine Geschäftsordnung und Disziplin selbst zu regeln berechtigt sei. Als ob damit gesagt sei, daß zur Durchführung der Disziplin Mittel angewendet werden können, die das Strafgesetzbuch in der erwähnten Weise verbietet! Auch die Behauptung, daß die beiden Paragraphen des Strafgesetzbuches deshalb gegen den Präsidenten des Hauses und seine Handlanger nicht angewendet werden könnten, weil sich diese in Ausübung einer rechtmäßigen Handlung befänden, schwebt ja völlig in der Luft! Denn sie steht eben gerade voraus, was erst zu beweisen wäre, aber nicht bewiesen werden kann, daß die Geschäftsordnung trotz der §§ 105 und 106 die Beeinträchtigung der parlamentarischen Rechte der Abgeordneten beschließen könne!

Wie häufig es mit den Argumenten der Verteidiger des Hausknechtsparagraphen bestellt ist, bewies so recht der eine Regierungsvertreter. Der Herr genierte sich nicht, der „Deutschen Tageszeitung“ den geistreichen Vergleich nachzuschwören, daß ja nach der Logik des „Vorwärts“ sich auch ein Henker des Nordens strafbar mache, wenn er ein Todesurteil vollstrecke. Dabei haben wir bereits gestern darauf hingewiesen, daß der Henker sein Sanktuar auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Vorschriften im Strafgesetzbuch und in der Strafprozedurordnung straflos ausüben vermag, daß aber keine gesetzliche Bestimmung besteht, die dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses den Versuch gegen die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches gestattet! Diese angebliche rechtliche Unterlage soll ja erst geschaffen werden! Sie kann aber rechtlich gar nicht geschaffen werden, weil die Geschäftsordnung reichsgesetzliche Bestimmungen nicht einfach außer Kraft setzen kann.

Auch die nicht minder geistreiche Bemerkung des Regierungsvertreters, daß nach der Logik des „Vorwärts“ auch Lehrer bestraft werden müßten, wenn sie an Kindern das Züchtigungsrecht ausüben, daß aber noch nie ein Gericht gegen Lehrer wegen einer Züchtigung eingeschritten sei, die sich in zulässigen Grenzen gehalten habe, übersieht vollständig, daß das Züchtigungsrecht der Lehrer im Allgemeinen Landrecht gleichfalls gesetzlich festgelegt ist! All diese Vergleiche treffen also vollständig daneben! Wenn gleichwohl unter dem Eindruck solcher Darlegungen der Regierungsvertreter die Kommission den Hausknechtsparagraphen angenommen hat, so beweist das nur, wie schwach es um ihre juristische Einsicht bestellt ist. Oder aber, wie sehr sie von der Richtigkeit des Satzes durchdrungen sind, daß in Preußen Gewalt vor Recht geht!

Ebenso leicht, wie man sich über diese Rechtsfragen hinwegsetzte, setzte man sich auch über die Frage hinweg, wie denn der Präsident sein angeordnetes, gesetzlich gebilligtes Hausrecht ausüben soll. Obwohl Herr Kröcher selbst die Kommission um Angabe der Mittel gebeten hatte, war man der Ansicht, daß die Wahl der Mittel Sache des Präsidenten selbst sei. Vergebens wies der freisinnige Vertreter darauf hin, daß in dem zu beschließenden Paragraphen selbst die anzuwendende Exekutivgewalt sowohl des Präsidenten als auch des in Frage kommenden Abgeordneten wegen genau angegeben sein müsse. Die Mehrheit der Kommission lehnte eine solche präzise Formulierung ab und überließ es damit vollständig der Willkür des Präsidenten, sich der ihm gutdünkenden Mittel zu bedienen.

Wie der Hinauswurf mit Hilfe der Polizei ausgeführt werden könne, hatte Herr von Falkenhahn vorher in anschaulicher Weise geschildert. Der Präsident brauche sich nur telephonisch an den von dem Minister des Innern ein für alle mal zu instruierenden Polizeipräsidenten zu wenden, um alsbald die nötige Polizeimannschaft zur Verfügung gestellt zu halten. Ein Polizeioffizier werde dann mit einer Anzahl geeigneter Beamter erscheinen und den sich etwa widersprechenden Abgeordneten mit Gewalt aus dem Hause befördern. Wegen seiner Widersehlichkeit könne dem betreffenden Abgeordneten dann noch auf Antrag des Präsidenten wegen Hausfriedensbruchs und auf Anzeige der Polizei wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt der Prozeß gemacht werden!

So wird denn der Hausknechtsparagraph demnächst dem „hohen“ Haus unterbreitet werden. Man wird tatsächlich an das Haus die Zumutung stellen, die Schutzmannschaft gegen oppositionelle Abgeordnete auszubieten, die sich ihre Rechte durch eine parteiische Geschäftsführung und eine unverkämpfte Gewalttätigkeit der Mehrheit nicht verkümmern lassen wollen!

Der Polizeiföbel soll zum Hort und Schirm aller blauschwarzen Riedertracht werden!

Diese direkte Verhöhnung der Volksrechte hatte gerade noch gefehlt!

Geschichtsunterricht auf höheren Schulen.

Wenn der alte Hegel einmal gesagt hat, die Geschichte lehre nur, daß die Menschen noch nie etwas aus ihr gelernt haben, so trifft das auf unsere herrschenden Kreise entschieden zu. Dafür spricht das ganze Verhalten derer, die in Preußen obenauf sind. Dafür spricht auch die Methode, die sie in Anwendung bringen, um ihren Nachwuchs mit den geschichtlichen Tatsachen bekannt zu machen. Der Geschichtsunterricht nämlich, der auf Preußens höheren Schulen erteilt wird, ist darauf berechnet, die unglücklichen Opfer dieser preussischen Pädagogik zur Respektorgelung vorzubereiten, und hat demgemäß mit wirklicher Geschichte gar nichts gemein. Wie der Geschichtslehrer seine Fachkenntnisse den Schülern mitteilt, das hängt gar nicht von ihm ab, sondern dafür hat er genaue Direktiven, die ihn an eine bestimmte Richtschnur binden. Diese Direktiven entstammen der Zeit, als Graf Jellisch-Trübshler Kultus- und Unterrichtsminister war. Das Jellischsche Volksschulgesetz fiel zwar ins Wasser, dagegen wurden aber die in seiner Amtszeit beschlossenen neuen Lehrpläne für die höheren Schulen maßgebend und sind, was wenigstens den Geschichtsunterricht angeht, seit 1892/93 in Kraft geblieben. 1901 kamen allerdings wieder neue Lehrpläne heraus. Ihre Bestimmungen für Geschichte schufen aber keine neue Grundlage, sondern stellten, von einigen unwesentlichen Änderungen abgesehen, bloß eine neue Auflage der Lehrpläne von 1892 dar. Diese schreiben nun dem Geschichtslehrer nicht nur vor, welche Zeitabschnitte er auf den einzelnen Klassen zu behandeln hat, sondern auch, unter welchen Gesichtspunkten er den Stoff betrachten soll. Und diese Gesichtspunkte sind derartig, daß ein Historiker, der von seinem Fache wirklich etwas versteht, an höheren Schulen gar nicht unterrichten kann, ohne entweder mit seiner Ueberzeugung zurückgehalten oder mit seinen Vorgesetzten in Konflikt zu kommen.

Nach den methodischen Bemerkungen der Lehrpläne von 1892 soll zwar der Geschichtslehrer bei der Belehrung über wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen, die er in Untersekunda und Oberprima erteilen soll, jede Tendenz „vermeiden“. Das richtige Wort wäre aber verbergen. Soll doch dieser Unterricht dazu dienen, die Schüler „zu einem Urteil über das Verhängnisvolle gewisser sozialer Bestrebungen der Gegenwart zu befähigen“. Zu dem Zweck soll in der Geschichte „der stetige Fortschritt zum Besseren und die Verderblichkeit aller gewaltsamen Versuche der Aenderung sozialer Ordnungen“ dargetan werden. Damit wird dem Historiker nun schon zugemutet, die Wahrheit über die wichtigsten geschichtlichen Ereignisse geradezu auf den Kopf zu stellen. Wenn der Lehrer beispielsweise mit dem Verlauf und der Vorgeschichte der französischen Revolution hinreichend vertraut ist, so muß er sich klar darüber sein, daß die Aufgabe, daran die Verderblichkeit aller gewaltsamen Versuche der Aenderung sozialer Ordnungen darzutun, ganz verkehrt gestellt ist; in Wirklichkeit müßte es sich darum handeln, an dem Beispiel nachzuweisen die Verderblichkeit aller Versuche, notwendige Aenderungen sozialer Ordnungen gewaltsam zu verhindern. Kann doch gar nicht zweifelhaft sein, daß die krampfhaften Versuche der herrschenden Klassen Frankreichs, die unvermeidliche Umwälzung des Rades der Geschichte aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen, den gewaltsamen Verlauf der Revolution herbeigeführt haben. Es gibt kein lehrreicherer Material zum Studium der Frage, warum so oft im

Laufe der Geschichte an die Stelle der Evolution im Sinne einer schrittweisen friedlichen Entwicklung die Revolution im Sinne der gewaltsamen Umwälzung tritt, als eben die große französische Katastrophe. In dem angeedeuteten Sinne zum Unterrichtsgegenstand gemacht, würde die Revolutionsgeschichte allerdings den Besuchern der höheren Schulen außerordentlich helfen, politisch denken zu lernen; daraus ginge die Erkenntnis hervor, daß unsere regierenden Kreise auf dem Holzwege sind, wenn sie die geschickliche Bahn zur Herbeiführung anderer Zustände verrammen. Dem Lehrer aber, der diese Lehren der Geschichte seinen Schülern mitteilen wollte, würde böse auf die Finger geklopft werden: er darf bloß Legenden erzählen.

Neben der reaktionären Revolutionslegende ist es natürlich die Hohenzollernlegende, deren Vertretung den Gymnasialhistorikern zugemutet wird. Die Einseitigkeit wird dem Geschichtslehrer schon insofern zur Pflicht gemacht, als er von der neueren Geschichte, was wenigstens Obertertia und Untersekunda anlangt, also die Klassen, nach deren Besuch die Mehrzahl der Schüler abgeht, nur deutsche, „insbesondere brandenburgisch-preussische Geschichte“ behandeln soll: „Die außerdeutsche Geschichte ist nur so weit heranzuziehen, als sie für die deutsche und die brandenburgisch-preussische Geschichte zum Verständnis notwendig ist.“ Auf Prima soll etwas mehr über die großen weltgeschichtlichen Vorgänge gesagt, aber auch hier „insbesondere“ die alleinstimmig brandenburgisch-preussische Geschichte gelehrt werden. Es ist nun sicher schon schlimm genug, wenn der Umfang, in dem dieser Gegenstand unterrichtet wird, im umgekehrten Verhältnis zu seiner weltgeschichtlichen Bedeutung steht. Dazu kommt nun die reaktionäre Tendenz, die den Erteilern dieses Unterrichts zur Pflicht gemacht wird. Es sollen da die Lebensbilder der betreffenden Herrscher in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt werden: natürlich; denn nach offizieller Lesart haben diese hohen Herren die Geschichte gemacht. Im Anschluß an diese Lebensbilder hat also der Lehrer unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung vorzuführen „unter Hervorhebung der Verdienste der Hohenzollern insbesondere um die Hebung des Bauern-, Bürger- und Arbeiterlandes“. So heißt es in der Abgrenzung der Lehraufgaben für Untersekunda und wieder für Oberprima; damit der Lehrer diese seine wichtigste Pflicht auch ja nicht vergesse, wird er in den methodischen Bemerkungen nochmals „zur Darstellung der Verdienste unseres Herrscherhauses auf diesem Gebiete“, nämlich dem sozialpolitischen, angehalten. Interessant ist nun, was bei den Lehraufgaben für Oberprima über diese „zusammenfassenden Belehrungen wie in IIB“ gesagt wird; sie sollen nämlich erfolgen „im Anschluß an die Lebensbilder des großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelms I., Friedrichs des Großen, Friedrich Wilhelms III. und Kaiser Wilhelms I.“ Ein jeder vermischt natürlich sofort Friedrich I., Friedrich Wilhelm den Dänen und Friedrich Wilhelm IV. Jeder merkt auch die Absicht: diese unbequemen Gestalten sollen mit einem stillen Trommelschlag abgetan werden. Dieser Fingerzeig ist dann überhaupt sehr brauchbar; auch sonst läßt sich tothschweigen, was absolut nicht zur Ruhmes-tat gemacht werden kann. Verlangt werden eben Lobreden, keine Geschichte.

Die Aufgabe des Geschichtslehrers ist aber damit noch nicht erschöpft. Er soll nicht bloß nachweisen, daß wir es durch die weise Lenkung der Hohenzollern so herrlich weit gebracht, sondern auch noch, daß alles durch göttlichen Rathschluß so gekommen ist; er hat das Verständnis für „ein höheres Walten in der Geschichte“ zu wecken. Das fehlte ja auch noch; ohne die Wendungen durch Gottes Fügung geht es im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte nun mal nicht, und so hat der Geschichtslehrer sie nachzuweisen, und wenn er zehnmal von seinen Studien die Ueberzeugung mitgebracht hat, daß die Teleologie mit der Geschichtswissenschaft nichts zu schaffen hat. Was von ihm verlangt wird, ist eben keine Geschichtswissenschaft, sondern eine konventionelle Fabel nach dem Sinne der herrschenden Gewalten. Da kann man sich denn nicht wundern, wenn der sogenannten gebildeten Jugend der geschichtliche Sinn und das politische Verständnis fehlt.

Der Friede im Baugewerbe Berlins ist gesichert.

Gestern teilten wir mit, daß die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen dem für das Baugewerbe Berlins vom Einigungsamt gefällten Schiedspruch zugestimmt haben. Die Organisation der Unternehmer hat gestern abend in ihrer Generalversammlung den Schiedspruch ebenfalls angenommen. Damit ist die Einigung tatsächlich vollzogen. Der Friede ist gesichert. Berlin scheidet aus dem Kampfe aus.

Bis zum letzten Augenblick haben die Scharfmacher gehohlet und gewühlt, um die Einigung zu hintertreiben und die Berliner Unternehmer in den Kampf zu heben. Es ist ihnen nicht gelungen. Im Lager der Unternehmer hat

die bessere Einsicht, die Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse festigt über die blinde Wut kurzfristiger Feinde der Arbeiterorganisation. Die drückende Fessel, welche die Scharfmacher den organisierten Arbeitern in der Gestalt ihres Tarifmusters anzulegen versuchten, ist gesprengt. Die Macht der Arbeiterorganisationen, ihr einmütig kundgegebener Wille, ihre Gleichberechtigung unter allen Umständen zu wahren, hat die Berliner Unternehmer bewogen, von dem tollkühnen Versuch der Arbeiternebelung Abstand zu nehmen und auf der Basis des bisherigen Vertrages unter Gewährung einer allerdings recht mäßigen Lohnerhöhung sich mit den Arbeitern zu verständigen.

Nicht die Lohnfrage ist das wesentliche bei dieser Einigung, sondern der Umstand, daß die Dresdener Beschlüsse der Unternehmer durchbrochen und die Absichten der Scharfmacher vereitelt sind. Hamburg und Berlin nehmen nicht am Kampfe teil. Damit hat der Kampf für das übrige Deutschland eine entscheidende Wendung genommen, denn die Pläne der Scharfmacher haben zur Voraussetzung, daß der Angriff gegen die Arbeiter auf der ganzen Linie erfolgt. Dieser Plan ist durchkreuzt. Die Arbeiter der beiden großen Lohngebiete, auf die sich der Kampf nicht erstreckt, können und werden ihren Arbeitsbrüdern im Reich tatkräftige Hilfe leisten. Auch die moralische Wirkung der Einigung in Berlin ist nicht zu unterschätzen. Alles das berechtigt zu der Erwartung, daß auch in den Teilen Deutschlands, wo die Unternehmer die Aussperrung ins Werk gesetzt haben, der Kampf zugunsten der Arbeiter entschieden wird. Der Opfermut der Arbeitenden wird die kämpfenden Arbeitsbrüder stärken, daß sie den aussperrungswütigen Unternehmern das berüchtigte Tarifmuster zertrissen vor die Füße werfen und sich ihre Gleichberechtigung erzwingen werden.

Weitere Friedensmeldungen.

Bochum, 22. April. (Privatbesuche des „Vorwärts.“) Für den Ortsverband Glabbeek ist heute eine Einigung mit den Bauunternehmern zustande gekommen. Es ist eine Lohnerhöhung von 5 Pf. zugestanden worden. Glabbeek ist ein Ort von 30 000 Einwohnern mit einer ziemlich entwickelten Industrie. In Frage kommen einige hundert Bauarbeiter.

Wiesbaden, 22. April. Die Bauunternehmer von Wiesbaden und Umgegend haben die Aussperrung aufgehoben, so daß alle Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Durch Vermittelung soll vereinbart werden, unter welchen Bedingungen für die nächsten Jahre der Frieden erhalten bleiben könne.

Völkerchickal und Hofintrigen.

Petersburg, 19. April. (Hq. Ver.) Nach dem Eifer, den die „Patrioten“ bei der Vorbereitung und bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über Finnland gezeigt hatten, erscheint es etwas sonderbar, daß der Entwurf in der Reichsdumakommission gar nicht vom Fleck rückt. Auch auf administrativem Wege wird trotz der offenbar „revolutionären“ Haltung des finnischen Landtages nichts unternommen. Die Antwort des Landtages ist der russischen Regierung zwar noch nicht offiziell zugegangen, aber die „Patrioten“ wissen sehr wohl, daß sie eine entschiedene Zurückweisung aller Ansprüche der Stolypinschen Regierung enthält, nebst einer ausführlichen rechtlichen Widerlegung aller in der Vorlage und bei deren Beratung in der Duma angeführten Gründe sowohl vom Standpunkt der finnischen Verfassung als von dem der russischen Grundgesetze. Die Antwort soll der Regierung erst Ende April eingereicht werden; trotz ihres Inhalts läßt man die Landtagskommission ruhig die Redaktionsarbeit zu Ende führen und das Dokument ins Russische übersetzen. Inzwischen vollzieht sich alles in Finnland recht verfassungsmäßig. Verfassungsmäßig unterbreitet der finnische Senat „alleruntertänigst“ dem Zaren die vom Landtage angenommenen Gesetzesentwürfe, verfassungsmäßig werden sie vom Zaren bestätigt und die Ausführungsregeln bestimmt. So ist u. a. vor einigen Tagen vom Zaren ein Befehl über den Ausfuhrzoll auf Holz bestätigt worden, das für das wirtschaftliche Leben Finnlands von erheblicher Bedeutung sein wird. Die Regierung verrät sogar augenblicklich keine Lust, sich in die Erledigung der „Militärvorlage“ einzumischen, die schon so viele Konflikte zwischen der russischen Regierung und dem finnischen Landtage und Senat hervorgerufen hat.

So verläßt auch die „patriotische“ Presse und die „patriotischen“ Dumadebatten über die geänderte Haltung der Regierung sind, erlauben sie sich doch keine besonderen Proteste. Man weiß nämlich noch nicht, was dahinter steht. Die „Kowojew-Bremja“ spricht zwar von Intrigen gegen Stolypin, bedauert die schwierige Lage, in die der Premierminister geraten sei, indem er die alleinige Verantwortung für die „Reform“ in Finnland übernommen habe. „Die Intrige ist leider keine freie Erfindung der Zeitungsmänner“, schreibt die „Kowojew-Bremja“, „sie ist Tatsache, sie reicht viel weiter und viel höher, als man es denkt.“ Eine hohe und sehr einflußreiche Person sei entschieden gegen die Stolypinsche Politik in Finnland, und diese Person finde Unterstützung bei dem „weisblidenden“ und talentvollen Finanzminister“. Wer die geheimnisvolle „hohe Person“ ist, bleibt unbelannt, — wahrscheinlich einer von den Großfürsten. Interessant aber ist die Preisgabe des „weisblidenden“ und talentvollen Finanzministers“ Kowojew, was nicht ohne Genehmigung Stolypins geschehen konnte. Kowojew ist gegen die Stolypinsche Politik, seit Jahren gilt er auch als Kandidat für den Premierministerposten; nun sucht Stolypin durch die „Kowojew-Bremja“ den gefährlichen Konkurrenten in den Augen der Patrioten zu kompromittieren. Kowojew sucht seinerseits seinen persönlichen Einfluß auf den Zaren gegen Stolypin auszunutzen. Und nur der Kampf beider Staatsmänner ermöglicht es Finnland, noch eine kurze Zeit verfassungsmäßig regiert zu werden. Denn wer die Oberhand im Kampfe auch gewinnen mag — ob Stolypin oder Kowojew — für das Schicksal Finnlands bleibt es dasselbe. Kowojew hat die Unterstützung der reaktionären Presse und der reaktionären Parlamentsmitglieder ebenso nötig wie Stolypin. Die reaktionären Führer aber verlangen unbedingt die Unterjochung Finnlands: ihre Popularität unter den Chuliganmassen beruht ja auf ihrem „Nationalismus“, und den können sie am besten durch Unterdrückungsmahregeln gegen andere Nationalitäten erweisen. In erster Linie natürlich — gegen die Juden und die Finnen. Gegen die Judenverfolgungen hat Kowojew auch gegenwärtig nichts einzuwenden, um so weniger als auch der Zar selbst entschiedener Judenfeind ist, auch können die Judenverfolgungen — trotzdem sie einen sogar in Russland unerhörten Umschwung angenommen haben — im Auslande keine Komplikationen zeitigen. Anders die finnländische Frage. So lange gegen die Vergewaltigung Finnlands im Auslande Proteste nur aus den demokratischen und Gelehrtenkreisen ergingen, konnte Kowojew keine Veranlassung haben, bei dem Zaren über die finnländischen Angelegenheiten Vorstellungen zu erheben. In der letzten Zeit aber fangen auch die Finanzkreise im Auslande an, gegen den Verfassungsbruch in Finnland energisch zu protestieren. Besonders die Handelskammern in England

Kowojew sieht vor einer neuen auswärtigen Anleihe und rechnet auch auf die englischen Finanzkreise. Der „weisblidende“ Minister, der der Protestbewegung der europäischen Demokraten und Gelehrten gegenüber gleichgültig blieb, hat sofort die Gefahr der Bewegung in den Weltkreisen gesehen und dies auch dem Zaren klargemacht. Daß der „weisblidende“ diese Gelegenheit ausgenutzt hat, um gegen Stolypin zu intrigieren, ist selbstverständlich. Stolypin aber hat keine Lust, den Platz Kowojew zu räumen. Er wird vielmehr die Durchführung der finnländischen Reform bis zur Verwirklichung der Anleihe verschieben und dann mit doppelter Energie vorgehen. So erklärt sich der Stillstand, der in der Bekämpfung Finnlands eingetreten ist. Voraussichtlich wird er bis zur Realisierung der neuen Anleihe fortauern.

Der Zar gegen Finnland.

Petersburg, 22. April. Die Meldungen von einer für Finnland günstigeren Wendung in den höchsten russischen Kreisen bestätigt sich nicht. Bei der gestrigen Audienz Gutschkows in Zarolojew Selo äußerte vielmehr der Zar den Wunsch, die Reichsduma möge die finnländische Vorlage noch in dieser Session erledigen und wenn es notwendig sein sollte, die Session dieserhalb verlängern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April 1910.

Das Mülheimer Eisenbahnunglück.

Aus dem Reichstag, 22. April. Der Zusammenstoß eines Lugszugs mit einem vollbesetzten Militärszug bei Mülheim hatte zu einer von den Nationalliberalen eingereichten Interpellation Anlaß gegeben, die heute im Reichstage zur Verhandlung kam. In der Bundeshalle des Reichstages hatte eine Hamburger Firma das Modell einer Bahnanlage aufstellen lassen, um die Wirkung automatischer Bremsvorrichtungen zu erläutern und in der Debatte wurde denn auch darauf Bezug genommen.

Der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach, der bisher nur aus dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ungewöhnliche Leistungen fertiggebracht hat, glänzte bei dieser Gelegenheit durch Abwesenheit. Stand ihm doch auch selbst bei den regierungstreuesten Parteien keine Anerkennung in Aussicht. Er ließ die unangenehme Sache durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes Herrn Wackerzapp ausbaden, der keinerlei Verwaltungsbesugnisse hat und dem kaum mehr als das Recht, gute Ratsschlüsse zu geben, der preussischen Eisenbahnverwaltung gegenüber zusteht. Seine Antwort hielt sich übrigens völlig innerhalb der Grenzen, der für solche Fälle beliebten bürokratischen Schablone. Nachdem Herr Semler die Interpellation begründet hatte, erklärte Herr Wackerzapp unter den selbstverständlichen Bezeugungen tiefsten Mitgeföhls für die Opfer des Unglücks: Schuld daran trage einzig der Lokomotivführer des Lugszuges, der die Haltsignale übersehen habe. Von mechanischen Bremsvorrichtungen hält Herr Wackerzapp nicht viel, weil sie unter Umständen die Gefahr von Zusammenstößen erhöhten.

Was Herr Wackerzapp unterlassen hatte, wurde in der Debatte nachgeholt. Es drängte sich doch in den Reden fast aller Vertreter der Parteien die Ueberzeugung hervor, daß auch in den Betriebsbeeinträchtigungen etwas faul sein muß, wenn das Versehen eines einzigen Mannes ein solch ungeheures Unglück herbeiführen kann. Besonders Genosse Hengsbach legte in einer gründlichen Untersuchung den Finger in die offenen Wunden. So wies er darauf hin, daß der Lugszug zwar große leistungsfähige Wagen gehabt habe, der Militärszug aber mit dem brüchigsten Wagenmaterial versehen gewesen sei. Jene morschen Karren hätten dem Anprall keinen Widerstand leisten können. Das System fiskalischer Sparsamkeit trage überhaupt die Hauptschuld an dem Unglück. Ruwerdting sei mehr und mehr der Unfug eingerissen, daß die Zugführer zu Schaffnerfunktionen herangezogen würden, so daß sie während der Fahrt einer ihrer Hauptaufgaben, zur Verhütung von Unglücksfällen die Kontrolle der Zugleistung auszuüben, nicht nachkommen könnten. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß nicht eine, sondern mehrere Personen mit der Aufgabe betraut würden, im Falle drohender Gefahr die Bremsvorrichtungen in Kraft zu setzen, oder sonst einzugreifen. Hengsbach kritisierte dann auch scharf die mangelhafte, kurvenreiche Gleisanlage bei dem Bahnhof Mülheim und schloß seine Ausführungen mit der Forderung, daß die Hinterbliebenen der Opfer und die zu Krüppeln gewordenen Soldaten reichlich entschädigt werden müßten. Die Vorbringung solcher Wünsche war leider das einzige Resultat auch dieser Interpellationsdebatte. Der Vertreter irgend einer Verwaltungsbehörde, der ihm Berücksichtigung zusagen konnte, war überhaupt nicht zur Stelle. Beschlüsse kann der Reichstag bei Interpellationen überhaupt nicht fassen. Ehe das nicht geändert ist, gehen sie stets aus wie das Hornberger Schießen.

Für Sonnabend ist die Veteranenbeihilfe auf die Tagesordnung gesetzt.

Trott in Wien.

Eine wohlverdiente Niederlage bereitete am Freitag unser Genosse Liebknecht im Abgeordnetenhaus dem Kultusminister Trott zu Solz. Der sozialdemokratische Redner lenkte bei dem Kapitel „Schulaufsicht“ die Aufmerksamkeit des Hauses noch einmal auf die Behandlung der sozialdemokratischen Turnvereine. Zwar machte der Präsident v. Krämer wiederholt den Versuch, ihm das Wort zu entziehen, da das nach seiner Meinung nicht zum Thema gehörte, aber es gelang Liebknecht, wenn er sich dabei auch einige Ordnungsrufe zuzog, die präsidiale Klippe geschickt zu umschiffen und seine Ausführungen zu beenden. Der Minister wird daran wenig Freude gehabt haben, denn unser Genosse holte das, was er am Tage vorher nicht sagen konnte, gründlich nach, er bewies schlagend, daß die Arbeiterturnvereine zur Abwehr der von den kurrpatriotischen Vereinen unternommenen Versuche, die Arbeiterjugend der Sozialdemokratie zu entfremden, gegründet sind, er schilberte das Verhalten der sogenannten nationalen Turnvereine, warf der Schulaufsichtsbehörde — gestützt auf gerichtliche Erkenntnisse — bewußten Mißbrauch des Gesetzes vor und tadelte die Regierung, daß sie sich um die anderen Turnvereine nicht kümmert, obwohl gerade sie sehr der Aufsicht bedürfen. Zwischen dem Minister, der eine kurze Erwiderung sammelte, und Liebknecht entspann sich ein lebhaftes Rededuell, das schließlich damit endete, daß Trott zu Solz in den Sand gefahren wurde. Um wenigstens äußerlich seine Niederlage zu bemänteln, suchte der Minister die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, indem er behauptete, die Regierung befände sich bei ihrem Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Turnvereine in der Abwehr. Tatsächlich ist es bekanntlich gerade umgekehrt.

Die weitere Debatte, die sich völlig in Einzelheiten verlor und am Sonnabend fortgesetzt wird, war ohne allgemeines Interesse.

Ein bezeichnender Zwischenruf!

Zu den vielen Kundgebungen der letzten Monate und Wochen, die dem deutschen Proletariat wieder einmal die giftige Feindschaft der Junker und Scharfmacher gegen das Reichstagswahlrecht in seltiger Erinnerung gebracht haben, ist bei Gelegenheit der Wahlrechtsberatungen im Herrenhause noch eine neue gekommen. Bei der Verhandlung im Plenum am Freitag voriger Woche fiel ein äußerst bezeichnender Zwischenruf bei der Rede des Oberbürgermeisters Kirchner, der leider in den Berichten der Presse nicht wiedergegeben worden ist. Herr Kirchner hatte gegen die junkerliche Behauptung polemisiert, daß eine Reform des Wahlrechts nicht nötig sei, weil in Preußen alles zum Besten bestellt sei. Seine freisinnige Wohlwollendigkeit und sein preussischer Patriotismus erlaubten ihm nicht, die Lügenhaftigkeit dieser Behauptung nachzuweisen. So stimmte er ihr lieber stillschweigend zu und erklärte, daß die Entwicklung des Staates nicht bloß vom Wahlrecht abhängig sei. Die größten Fortschritte, so meinte er, habe Preußen unter dem Absolutismus gemacht. Stürmischer Beifall der Feudalen. „Aber“, fuhr Herr Kirchner nun fort, „würden Sie deshalb zum Absolutismus zurückkehren wollen?“ Er hatte wohl eine Verneinung erwartet. Aber es kam anders. Ein lautes mehrstimmiges „Ja, jawohl!“ scholl ihm von den Bänken der Feudalen entgegen und seine Lippe regte sich zum Widerspruch.

Die Herrenhausjunkers haben in diesem Ruße ihre wahre Gesinnung gezeigt. Sie sind noch heute Feinde jeglicher Verfassung, sie würden noch heute, wo der Parlamentarismus selbst schon den Orient ergreift, gern zum Absolutismus zurückkehren. Allerdings ist dafür gesorgt, daß ihre reaktionären Träume nie wieder Wirklichkeit werden können. Daß aber bei solcher Gesinnung der Junker das gleiche Wahlrecht im Reich sofort erwirkt werden würde, sobald die Herren die Macht dazu hätten, das liegt auf der Hand. In Verbindung mit den Januschauereien, den unerschämten Herausforderungen des freisonnerativen Scharfmachers v. Zedlitz und den Absagen der Nationalliberalen an das Reichstagswahlrecht — angeblich nur für Preußen, in Wahrheit auch für das Reich — gewinnt dieser freche Zwischenruf der Herrenhäuser seine ernste Bedeutung. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich bewußt sein, daß sie über Nacht vor die Aufgabe gestellt werden kann, ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht mit den äußersten Mitteln zu verteidigen.

„Keine Wahlrechtsreform in diesem Jahre.“

Wso überschreibt das Berliner Zentrumsblatt, die „Patriotische Volkszeitung“ ihren Artikel, worin sie den Abschluß der Beratungen in der Herrenhaus-Wahlrechtskommission meldet. Sie bezeichnet die Beschlüsse über die Dreiteilung und die „Kulturträger“ als erhebliche Verschlechterungen der Vorlage des Abgeordnetenhauses und schließt daran die Drohung, daß das Zentrum vom Kompromiß zurückzutreten werde, so daß eine ganz neue Mehrheit mit den Nationalliberalen gebildet werden müsse. Sogleich aber wird dem Zentrumsorgan vor seiner eigenen Drohung bange und deshalb macht es die, so es angeht, darauf aufmerksam, konservative und Nationalliberale seien jetzt derart berärgert, „daß ein Zusammengehen kaum möglich sein wird“. Aber im folgenden Satz heißt es dann schon wieder, daß, da die Nationalliberalen „aber sicher um dieses großen Vorteils willen einschließen ihr ohnehin sehr leichtes Bündel Prinzipien freudig über Bord werfen werden“, ein solches Zusammengehen schließlich nicht unmöglich wäre, „zumal viele Konservative unter dem Druck der Regierung stehen.“ Dann aber wäre die Verabschiedung der Wahlrechtsreform in diesem Sommer wohl kaum noch durchführbar. „Denn das würde ganz neue Verhandlungen im Abgeordnetenhaus voraussetzen, bei denen wir sehr kräftige Neuauflagen der letzten Debatten erleben würden.“

Nach diesem Hin- und Herböckeln zwischen „kaum möglich“, „sicher“, „nicht unmöglich“ verläßt das Blatt plötzlich in den Ton absoluter Gewissheit und erklärt kategorisch: „Unter diesen Umständen erscheint es als sicher, daß wir in diesem Jahre keine Wahlrechtsreform bekommen werden.“ Die heillose Konfusion dieser Ausführungen ist ein Spiegelbild der inneren Unsicherheit des Zentrums. Es möchte das Herrenhaus durch die Drohung mit dem Rücktritt vom Kompromiß zur Aufgabe der in der Kommission beschlossenen Änderungen zwingen, es hebt aber auch vor der Eventualität zurück, durch solche Drohung den Zusammenstoß der Konservativen mit den Nationalliberalen erst herbeizuführen. Es hat diese unbehagliche Lage durch seinen Wahlrechtsvertrag sichtlich hundertfach verdient. Bei der Beurteilung der Situation ist also nicht zu vergessen, daß die Versicherung des Zentrumsblattes, es werde die Wahlrechtsvorlage in diesem Jahre nicht mehr zustande kommen, nichts als ein taktisches Manöver ist.

Die „Korrespondenz Botz“ meldet, daß die Regierung mit der Arbeit der Herrenhauskommission zufrieden ist. Die Regierung befindet sich indes in einem schweren Jertum, wenn sie jetzt die breitere Basis gefunden zu haben glaube, die nötig war, um die Mittelparteien zur Zustimmung geneigt zu machen, dies sei nicht der Fall, die Freikonserverativen und Nationalliberalen würden auch in der Herrenhausfassung dem Wahlgesetz nicht zustimmen. Beide Parteien hätten das bereits am Donnerstag nachmittag im Abgeordnetenhaus offen erklärt.

Das Ergebnis der Posener Reichstagswahl.

Bei der gestrigen Reichstagswahl im Posener Reichstagswahlkreise hat der polnische Kandidat mit großer Mehrheit gesiegt. Im ganzen wurden 84 300 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Kowicki (Pole) 30 059, Oberbürgermeister Dr. Wilms (natl.) 14 200 Stimmen. Es ergibt sich daraus, daß die Wähler der polnischen „Hospartei“ fast sämtlich der Aufforderung des Vorstandes ihrer Partei, in der Stichwahl für Kowicki zu stimmen, nachgekommen sind; denn bei der Hauptwahl haben Kowicki 11 487, Sosinski 6906 Stimmen erhalten. Fraglich ist jedoch, ob jetzt Kowicki der ihm von dem Parteivorstand auferlegten und von ihm halbonerkannten Pflicht nachkommen und sein Mandat niederlegen wird, um die Wahl Sosinski oder eines anderen Kandidaten der gemäßigten guildbürgerlichen Polenpartei zu ermöglichen. Kowicki hat nur halb zugesagt, daß er zurückzutreten will. Vielleicht findet er jetzt, daß ihm sein Wort nicht bindet und er sich besser zum Vertreter des Wahlkreises eignet als Sosinski.

Die Dispositionen des Reichstags.

Der Senatorenkonvent hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der sich Unwille darüber kundgab, daß die Regierungskommissionäre in den Kommissionen zu schärferer Arbeit anzutreiben suchen. Da die Vertagung des Reichstags vor Pfingsten in Aussicht genommen ist, so wird von der Regierung der Versuch gemacht, einige Gesetze noch vorher durchzusetzen, so das Kalkgesetz, das Gesetz über die Entlassung des Reichsgerichts und die Reichswertzuwachsteuer. Am

Konvent wurde erklärt, es sei Sache des Reichstags, wie er seine Arbeiten betreiben wolle, darin habe die Regierung sich nicht zu mischen. Es ist beschloffen worden, daß am Sonnabend die nicht erledigten Punkte der Tagesordnung vom Freitag verhandelt werden sollen (Kriegsteilnehmerbestimmungen u. a.), am Montag sollen dann kleinere Vorlagen, wie das Gesetz über die kleinen Aktien, über den Konsulargerichtshof und die Konsulargebühren, ferner Petitionsberichte und die Verminderung der Druckkosten auf die Tagesordnung gestellt werden. Am Dienstag wird mit den Wahlprüfungen begonnen werden, die zwei Tage in Anspruch nehmen. Donnerstag, Freitag und Sonnabend soll die Berner Konvention, das Stellenvermittlungsgesetz, die Aufwandsausgaben für Südwestafrika und eventuell die Strafgesetzbuchnovelle beraten werden. Dann will man sehen, ob in der folgenden Woche noch die Entlastung des Reichsgerichts und die Zuwachssteuer erledigt werden können. Damit die Kommissionen längere Zeit arbeiten können, werden die Plenarsitzungen um 9 Uhr beginnen und am kommenden Donnerstag wird die Plenarsitzung ausfallen.

Ende nächster Woche wird der Senatorenkonvent noch einmal zusammentreten und über die Geschäftslage des Hauses beraten.

Die Zeugnisfolter in der Bremer Lehrerzucht.

Wir haben schon vor einigen Tagen gemeldet, daß sich der Bremer Antiliberalismus bei der Lehrerzucht auch der Zeugniszwangsgesetze bedient. Am Donnerstag hat er sie noch fester angezogen. An diesem Tage nahm man den Buchhalter Freuthal, der zufällig bei der Abfassung des Gelehrten-Zeugnisgesetzes anwesend war, in Zwangshaft, weil er sich weigerte, einige Lehrer, die nach Ansicht der Behörde „mischuldig“ sind, namhaft zu machen. Freuthal wurde wegen derselben Weigerung schon vor einiger Zeit zu 200 Mark Geldstrafe, die später in 20 Tage Haft umgewandelt sind, verurteilt.

Diese neueste, brutale aller bisherigen Maßnahmen wird selbst in der bürgerlichen Presse, die im übrigen die Einleitung des Disziplinarverfahrens verteidigte, aufs schärfste verurteilt.

Eine Privatbesuche meldet uns noch: Dem Buchhalter Freuthal ist bei weiterer Weigerung Gefängnisstrafe angedroht worden. Seine Frau, die bei der Sache gar nicht beteiligt war und von nichts weiß, hat zu Sonnabend nachmittags Vorladung erhalten. Freuthal hat die Zumutung, Angaben zu machen, mit der Bemerkung abgelehnt: „Ich weiß etwas, aber Euch sage ich nichts!“

Das staatsgefährliche Lied.

Der Gesamtvorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau wurde am Donnerstag von der Polizei darüber benommen, wie das Lied „Wer schafft das Gold zu Tage“ auf das Programm des Stiftungsfestes gekommen ist. Bekanntlich ist gegen den Vorsitzenden ein Verfahren wegen Aufreizung in der gleichen Angelegenheit im Gange. Bei dem Drucker des Programms, der auch schon eine Vernehmung hatte, wurde außerdem die Belegmappe einer genauen Durchsicht durch Kriminalbeamte unterzogen. Allem Anschein nach will man einen Massen-Aufreizungsprozeß inszenieren.

Der betrogene Militärkäuf.

Wegen fortgesetzter militärischer Unterschleife hatte sich gestern der Sergeant Reckhoff vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps zu verantworten. Der Angeklagte war im Laufe der Jahre 1907 und 1908 Küchenunteroffizier für das 3. Bataillon des Pflücker-Regiments Prinz Heinrich von Preußen zu Brandenburg. Er hatte als solcher für die Bataillonsküche die Einkäufe und Bestellungen zu erledigen. Der Lieferant für das dritte Bataillon war der Kolonialwaren- und Mehlhändler Schröder aus Brandenburg. Die Warenlieferungen gingen in folgender Weise von statten: Die in der Küche zur Verwendung kommenden Waren wurden postenweise in ein Bestellbuch eingetragen. Eine Ordnung bringt dann dieses Buch nach dem Schröder'schen Geschäft und dort wurden die aufgeschriebenen Waren verpackt und durch einen Hausdiener stets nach der Kaserne geschickt. Die Eintragungen in das Bestellbuch besorgte der Küchenunteroffizier. Dem feinerzeit bei Schröder tätig gewesenen Handlungsgehilfen Henze war es nun aufgefallen, daß zahlreiche Posten in dem Bestellbuch gar nicht in die Kaserne geliefert, dagegen aber verrechnet wurden. Alle diese Posten waren in dem Buch mit einem Kreuz versehen. Kam das Buch in dem Schröder'schen Geschäft an, so versah Sch. die mit einem Kreuz versehenen Posten sofort mit einem Haken, ein Zeichen dafür, daß sie angeblich als geliefert anzusehen waren. Nach erfolgter Lieferung wurden dann die Eintragungen des Bestellbuchs in das Küchenverwaltungsbuch übertragen. Auf Grund der Bücher wurde ermittelt, daß beispielsweise statt 88 Kilogramm Starkeffemehl nur 22 Kilogramm, statt 22 Kilogramm Zucker nur 10 Kilogramm, statt 18 Kilogramm Butter nur ein Kilogramm usw. geliefert wurden. Auch Posten größerer Warenlieferungen, die im Bestellbuch angekreuzt waren, sahen die Kaserne überhaupt nicht. Das Bataillon hatte 4-500 Mannschaften zu versorgen und auf solche Portionen verteilte sich das tägliche Manko der zu wenig gelieferten Waren. Das Oberkriegsgericht kam nach längerer Verhandlung zu einem Verurteilungsbeschluss. Es sollen für die nächste Verhandlung mehrere Sachverständige über die Zubereitung der Mannschaftsessen sowie die Kochfrau geladen und die Menagebücher eines hiesigen Regiments zur Stelle geschafft werden.

Christlichsoziale Reichstagskandidaturen.

Die Christlichsozialen haben bereits ihre Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt — in Anbetracht der wenigen Wahlkreise, die für sie in Betracht kommen, freilich keine besonders schwierige Arbeit. In Weimar-Altenkirchen kandidiert Franz Bekrens-Offenbach; in Dillenburg-Westermald Dr. Kurt Godeberg (beide gehören jetzt als Vertreter dieser Kreise dem Reichstage an); in Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf die H. Mumm-Berlin; in Herford-Galle Generalkonzeiler Wilhelm Bolbaum-Bielefeld und in Erbach-Wendheim Stadtverordneter Otto Kappel-Dagen l. B.

Vom Zentrumsterrorismus.

Bei der badischen Landtagswahl hielt die sozialdemokratische Partei eine Wahlversammlung in dem nachher so berühmt gewordenen Gengenbach ab. An diesem Tage des jetzigen Zentrumabgeordneten Seubert gibt der Buchdruckerbesitzer Dechstein den unparteiischen „Anzeigboten“ heraus. Die sozialdemokratische Einladung zur Versammlung wurde darin inoffiziell; als Thema war angegeben: „Der Volksverrat des Zentrums.“ Ein zweitesmal burste die Anzeige mit dieser Bezeichnung der Tagesordnung nicht erscheinen, weil der Verleger mitteilte, daß ihm geschäftlicher Schaden in Aussicht gestellt worden ist. Anlässlich des vielgenannten Klotz-Prozesses teilten nun die als Zeugen benannten Herren Dechstein, Vater und Sohn, mit, daß der dortige Führer der Zentrumspartei, der jetzige Abgeordnete Seubert, im Geschäft erschien und die Besichtigung dieses Inserats wünschte, mit der Andeutung, daß viele Abonnenten das Blatt abbestellen würden, falls die auf das Zentrum bezüglichen Worte im Inserat stehen blieben. Herr Seubert setzte dann dem Verleger eine Erklärung auf, die in der Zeitung erscheinen und besagen sollte, daß jenes sozialdemokratische Inserat nur aus Versehen aufgenommen wurde. Diese Sünde Seuberts ist schlimmer als das Hochverbrechen in das Graubad.

Aus dem sächsischen Landtage.

Am Dienstag wurde über den sozialdemokratischen Antrag verhandelt, wonach alle Volksschulanten der Gemeindefinanzen betrogen, vom Staate übernommen werden sollen. Die Genossen Lange und Rißke begründeten den Antrag und betonten, daß er für die armen Gemeinden eine wahre Erlösung aus schlimmen finanziellen Nöten und eine Wiedergeburt der Volksschule in diesen Gemeinden bringen werde. Außerdem forderten unsere Redner die Beseitigung des Schulgelds. Die nationalliberalen und konservativen Redner sprachen sich gegen den Antrag aus, weil er eine Erhöhung der Staatssteuer zur Folge habe. Teilweise aus denselben Gründen wandte sich auch der Kultusminister dagegen. Obwohl von sozialdemokratischer Seite betont wurde, daß der Antrag keine neuen Lasten, sondern nur eine gerechte Verteilung der Lasten anstrebe, wurde der sozialdemokratische Reformversuch gegen die Stimmen unserer Genossen und der Freisinnigen abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

Luegers Nachfolger.

Wien, 22. April. Der Gemeinderat wählte den ersten Vizebürgermeister Neumayer mit 129 von 146 zum Bürgermeister.

Dr. Neumayer, ein 65jähriger, müder Mann ohne Verwaltungstalent ist nur der Platzhalter für den gegenwärtigen christlichsozialen Handelsminister Dr. Weiskirchner.

Eine Bauern demonstration gegen die Getreidezölle.

Die größte Kunst der agrarischen Agitation besteht in der Verbindung der zwischen den Landwirten verschiedener Landesstellen und Betriebsgrößen bestehenden Interessengegenätze, der Mobilmachung auch der ganz entgegengesetzten Interessen zugunsten der maßgebenden großen Getreideproduzenten. Die viehzüchtenden Gebirgsbauern sind besonders auf billige Futtermittel wie auf niedrigen Vrotpreis angewiesen. So lassen die Gegenätze, die auch in der Haltung der bayrischen Alpenbauern gegen den Bund der Landwirte schon zutage getreten sind, sich nicht dauernd niederhalten. Eine starke Kundgebung dieser Art fand am 17. April in der steirischen Stadt Schladming statt, wo die Gebirgsbauern dem zur Verteidigung der Getreidezölle eingetroffenen Agrarierführer, Reichsratsabgeordneten v. Hohenblum, einen heißen Empfang bereiteten.

Wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ meldet, wurde Hohenblum auf dem Marktplatz von den Bauern mit Pfeiseln empfangen. Seine Versammlung wurde sofort gesprengt und er zum Rückzug in ein Nebenzimmer genötigt. Scharf trat ein bäuerlicher Abgeordneter, Pauly, gegen die Getreidezölle auf, die er eine Vöndierung der Gebirgsbauern zugunsten weniger böhmischer und ungarischer Großgrundbesitzer nannte. Wie könne die Alpenwirtschaft den Sprung des Joches von 1 Krone 50 Heller auf 8 Kronen 50 Heller für den Doppelzentner ertragen? Prof. Dr. Hofmeister teilte mit, er habe im Auftrage eines früheren Vöndbauministers Erhebungen veranstaltet, die eine solche Schädigung der Gebirgsbauern durch die Getreidezölle deutlich erwiesen. Freilich sei es gelungen, die Veröffentlichung seiner Feststellungen bisher zu verhindern. Bei der Abfahrt muhten Hohenblum und sein Anhang nochmals stürmische „Vertrauenskundgebungen“ ihrer bäuerlichen Schützlinge über sich ergehen lassen.

Der Wurm sitzt also im Innern des agrarischen Gebäudes. Da auch die Protestbewegung der städtischen Arbeiterklasse immer stärker wird und selbst die geduldeten Schächler der christlichsozialen Partei der Städte gegen die endlose Vergünstigung der Großgrundbesitzer auf Konsumentenlasten aufzuzucken beginnen, so scheint es, als sollten auch in Oesterreich die agrarischen Wäme doch nicht in den Himmel wachsen. Rahe genug sind sie freilich schon.

Frankreich.

Ein Wahlmandat.

Paris, 22. April. Aus Angers wird gemeldet: Der gemäßig republikanische Kammerkandidat Monbrofit erzählte in einer Wählerversammlung, daß ihm unter dem Ministerium Combes ein Abgeordnet der Regierung die Ehrenlegion versprochen, wenn er 60 000 Franc für regierungsfreundliche Zeitungen herbeibringe. Da Monbrofit durch diese Enthüllung augenscheinlich die radikale Partei bloßstellen wollte, hat sein radikaler Gegner Barot an den Großkanzler der Ehrenlegion die Anzeige wegen Verletzung und Ordensschänders gerichtet, um die Angelegenheit aufzuklären.

England.

Sturmjener.

London, 21. April. Unterhaus. Eine Szene wilderster Aufregung ereignete sich heute während einer Debatte über das Verhalten Sir Robert Andersons, des früheren Chefs der Geheimpolizei, dessen kürzlich im „London Magazine“ erschienene Artikel über das Thema „Parnellismus und Verbrechen“ Aufsehen erregten. Der Unionist Campbell machte im Verlauf seiner Rede eine Bemerkung, die dahin gedeutet wurde, als sei es trotz der Entscheidung der Parnell-Kommission noch eine offene Frage, ob Parnell mit den berüchtigten Pöhlern in Verbindung gestanden habe. Die Nationalisten und Ministeriellen forderten augenblicklich die Zurücknahme dieser Verdächtigung. Campbell erklärte sich zu einer bedingten Zurücknahme bereit, was gesteigerte Unruhe hervorrief. Der leitende Chairman, dessen Intervention angerufen wurde, erklärte, Campbell habe nichts gesagt, das zurückzunehmen er gezwungen werden könnte, aber nach seiner Meinung sei es allerdings unnötig aggressiv gewesen. Mit Rücksicht auf ihre in diesem Punkt empfindlichen Gefühle lebten die Nationalisten es ab, sich mit weniger als einem vollständigen Widerruf zufrieden zu geben und verlangten, man solle nach dem Sprecher schiden. Hierauf erklärte sich Campbell bereit, den Befehl der Parnell-Kommission zu akzeptieren, aber die Nationalisten wollten diese Erklärung nicht annehmen und der Lärm dauerte fort. Von dem, was Campbell weiter sprach, war kein Wort zu verstehen. Der Lärm dauerte auch an, als der Chairman, der sich weigerte hatte, nach dem Sprecher zu schiden, das Haus ersuchte, Campbell zu Worte kommen zu lassen. Die Nationalisten verlangten, der Chairman solle Campbell hinausweisen lassen, der Chairman erklärte aber, ein Hinweis auf den toten Parnell sei für kein anwesendes Mitglied des Unterhauses eine Beleidigung. Die Nationalisten widersprachen und Redmond tief leidenschaftlich: „Wir halten es für eine Beleidigung!“ (Beifall bei den Nationalisten.) Hierauf wurde ein Antrag Churchills, die Debatte zu schließen und der Szene ein Ende zu machen, angenommen und die Sitzung vertagt.

Rußland.

Schulausgaben.

Petersburg, 22. April. Die Reichsduma hat heute ohne Debatte die Vorlage angenommen, welche 10 Millionen für das Elementarschulwesen bewilligt, außer den für diesen Zweck im Etat des Ministeriums für Volkswirtschaftung eingestellten 4 Millionen, nachdem der Referent darauf hingewiesen hatte, daß

im Jahre 1920 der Plan der allgemeinen Volksschulbildung Verwirklichung finden werde. Daraus verlagte sich das Haus bis zum 9. Mai.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 19. April. (Sig. Ver.) Der Aufstand in Albanien trägt lokalen Charakter. Die Grundursache, warum das albanische Volk so leicht aufstodert, ist seine Armut. Die Regierung hat dem Volke neue Steuern aufgelegt — zum Beispiel für die Benutzung der Wege und der Märkte —, weil solche Steuern auch in Europa existieren. Aber in Europa gibt es wirklich Wege und wohlgeordnete Städte, von denen in Albanien keine Spur zu sehen ist. Wenn die Regierung, anstatt Tausende von Soldaten nach Albanien zu schicken und ungeheure Geldsummen dafür auszugeben, diese Mittel für Organisierung öffentlicher Arbeiten verwendet hätte, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Albaner, die dann bei sich zu Hause Arbeit hätten, vollständig ruhig und friedlich wären. Tausende von Albanern legen viele Hunderte von Kilometern zu Fuß zurück, um in Griechenland Arbeit zu suchen. Und sie arbeiten dort meist für 1 Krone 20 Heller Tagelohn. Die türkische Regierung hat seit der Einführung der Konstitution für die Verbesserung der Lage der Bevölkerung weder in Albanien noch in einem anderen Orte etwas getan. Sie ist nur damit beschäftigt, die Autorität der Regierungsgewalt zu befestigen. Dagegen kann man bei türkischen Verhältnissen gewiß nichts haben. Aber leider handelt es sich darum, daß die Regierung die „Autorität der Gewalt“ als Selbstzweck betrachtet und nicht als etwas, das im Interesse des Volkes notwendig wäre.

Die Regierung hat beschlossen, in bezug auf die Albaner schonungslos zu sein, weil sie geneigt ist, in der gegenwärtigen Bewegung nur nationalistische Tendenzen zu sehen. In der Tat aber hegen die Albaner keine separatistischen Bestrebungen und die neue Regierung hat sich keine Verdachtsriecherei der Regierung des alten Regiments angeeignet und auch ihre Motive, überall „Mängel gegen die bestehende Ordnung“ zu sehen. Es wird auch vermutet, daß in der albanischen Bewegung „fremde Einflüsse“ eine große Rolle spielen; man spricht sogar von „Intrigen Oesterreichs“. Andererseits werden Gerüchte verbreitet, als ob die Albaner, verhäßlicht von Hamid, sich nicht mit dem neuen Regime veröhnen könnten. Das ist Unsinn! Es waren nur sehr wenige Leute in dem Falle, von Hamid verhäßlicht zu werden, und sie haben auf die Bevölkerung keinen Einfluß. Alle diese Erzählungen werden nur mit der Absicht verbreitet, um den wahren Charakter der Bewegung und die Absichten der Regierung zu verdunkeln. Diese ist beunruhigt über die Tatsache, daß die Albaner bewaffnet sind, und sucht Vorwände, um sie ent Waffen zu können. Aber dieser Wunsch der Regierung ist weder gerecht noch zweckmäßig. Die Albaner haben sich im Laufe ihrer ganzen Geschichte nie von ihren Waffen getrennt. Außerdem sind alle ihre Nachbarnationen bewaffnet und die Entwaffnung irgendeiner dieser Nationalitäten hätte ihren Untergang bedeutet.

Amerika.

Der Sieg in Milwaukee.

New York, 11. April. (Sig. Ver.) Der Sieg unserer Genossen bei den am 6. d. M. in Milwaukee Wis., abgehaltenen städtischen Wahlen ist über Erwarten glänzend. Sie brachten ihre Kandidaten für die wichtigsten Ämter der Stadtverwaltung durch, erlangen die Mehrheit im Common Council (Stadtrat) und besetzten die drei vakanten Richterstellen mit den sozialistischen Bewerbern. Die Genossen Emil Seidel, Karl P. Dieck und Charles Whithall treten als Mayor (Oberbürgermeister), als Comptroller (Chef des Finanzwesens) und als Schatzmeister an die Spitze der städtischen Verwaltung.

Die bei fast allen amerikanischen Wahlen entschied auch gestern in Milwaukee die relative Mehrheit. Eine absolute Mehrheit ist nicht erforderlich. Das vermindert die Bedeutung des gestrigen Erfolges nicht. Während des Jahrzehnts von 1898 bis 1908 stieg die sozialistische Stimmenzahl für den Kandidaten von 2414 auf 20 887. Von Wahl zu Wahl war eine Zunahme zu verzeichnen. Bei einem gleichen Wachstum war heute ein Sieg unserer Genossen zu rechnen. Aber das Genosse Seidel 27 622 Stimmen erhaltend und damit den Demokraten W. J. Schonencker, der 20 518 Stimmen erhielt, um über 7000 und den Republikaner Dr. John W. Bessel mit dessen 11 992 Stimmen gar um über 18 000 Stimmen überflügeln und bis auf einige tausend Stimmen der absoluten Mehrheit nahekommen würde, übertrifft selbst unsere Genossen und wirkt im ganzen bürgerlichen Lager niederschmetternd.

Von den 28 Stadtratsmitgliedern fielen den Sozialisten 14 zu, so daß sie jetzt die Majorität im Stadtparlament Milwaukee haben. Selbst die Koalition der Demokraten und Republikaner in verschiedenen Bezirken vermag den Sieg der Sozialisten nicht aufzuhalten. Ähnliche sieben neuwählten Aldermen at large gehören der sozialistischen Partei an. (Während die Aldermen in Bezirkswahlen erlosen werden, erfolgt die Wahl der Aldermen at large durch die Stimmberechtigten der ganzen Stadt.) Einer der Aldermen at large ist der den Berliner Genossen bekannte Gen. Victor Vetter. Auch der Board of Supervisors (Aufsichtsbehörde) ist jetzt in seiner Mehrheit sozialistisch; 11 seiner Mitglieder sind Sozialisten 2 Republikaner und 2 Demokraten. Der neuwählte Stadtmayor ist ebenfalls ein Sozialist, und bei der Reorganisation der Polizei, der Sanitätsbehörden, Kommissäre für öffentliche Arbeiten und so weiter werden die bisherigen Amtsinhaber der höheren Stellen fähigeren und ehrlicheren Anwärtern weichen müssen.

Erzielt wurde dieser großartige Erfolg durch eine geschickte Kampagne unserer beiden Milwaukee Wochenblätter (ein deutsches und ein englisches), durch eine zielbewusste und großartige Wahlpropaganda, die um so wirkungsvoller sich gestaltete, als sie auf die auch von den christlichen Gegnern anerkannte Tätigkeit der bisherigen sozialistischen Minorität im Stadtrat verweisen konnte. Die sozialistischen Stadträte hatten sich als unbedeutende Sachwalter der arbeitenden Bevölkerung und entschiedene Gegner jeder Korruption und Verschwendung, als wadere Förderer aller sozialen Fortschritte und echter Kulturbestrebungen, im besonderen des Volksschulwesens, betätigt. An der ehemaligen Macht dieser Tatsache prallten die Verleumdungen der Gegner ab, die sich nicht entblödeten, sogar gegen die Frau des künftigen Mayors ihre vergifteten Pfeile abzuschießen. Gegenüber dem Anschauungsunterricht der Erfahrung verlagten insofern selbst die Agitationsmethoden der Geschorenen und Geschickelten, die wochenlang allsonntäglich von den Kanzeln gegen die „roten Teufel“ weiterliefen.

In ihrer großen Mehrzahl sind die Amerikaner Erfolgswandere. Darum darf man erwarten, daß der Ausfall der gestrigen Wahl in Milwaukee, einer Stadt von 850 000 Einwohnern, auch in anderen Teilen der Vereinigten Staaten eine günstige Wirkung ausübt.

Genosse Seidel, der neuwählte Oberbürgermeister, steht im 48. Lebensjahre. In Pennsylvania geboren, kam er im Alter von 13 Jahren bei einem Holzschuhmacher in die Lehre. Anfangs der achtziger Jahre arbeitete er in Berlin. In der deutschen Reichshauptstadt wurde er Sozialdemokrat. Gegenwärtig ist er in Milwaukee als Modellzeichner tätig. Dem Stadtrat gehört er schon seit einer Reihe von Jahren an. Seiner Tätigkeit sollte der Republikaner S. M. Becker, der in der Periode 1906 bis 1908 Oberbürgermeister von Milwaukee war, nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses gestern hohes Lob. Er sagte: „Seidel war schon während meiner Amtszeit als Mayor Mitglied des Stadtrats. Er entwickelte eine sogleichige Tätigkeit. Unter seiner Verwaltung gibt es keine Durchschereien.“

Reichstag.

70. Sitzung vom Freitag, den 22. April, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Waderzapp, Vermuth. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Wassermann u. Gen. (nati.) betreffend das Eisenbahnunglück bei Mülheim a. Rhein.

Sie hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um die Wiederkehr von Eisenbahnunfällen, wie dasjenige bei Mülheim am Rhein zu verhindern und die Opfer derselben oder ihre Familien zu entschädigen?“

Zu ihrer Begründung erhält das Wort Abg. Dr. Semler (nati.): Bei einer Mobilmachung sind die Eisenbahnen von Militärzügen überlastet; man denke sich in einer solchen Zeit ein Verlegen der Eisenbahn und das Eintreten ähnlicher Unglücksfälle wie das Mülheimer, und man erkennt sofort, daß der Reichstag an diesem Unglück nicht vorübergehen kann. Der preussische Eisenbahnminister, den wir heute ja nicht hier sehen, hat in dankenswerter Weise bei der ersten sich bietenden Gelegenheit über das Unglück geäußert und dabei den Tatbestand dargelegt. Danach galt die Anlage, auf welcher das Unglück erfolgte, als technisch vollkommen, und der Führer des Lloyd-Expresszuges, der auf den Militärzug auf fuhr, hatte erst 3 1/2 Stunden Dienst getan. Aber es ist nicht aufzuklären, warum der Militärzug mehrmals auf der Strecke hielt und ob die Zeitfolge beider Züge — man spricht von 7 Minuten — nicht zu kurz war. Also nach den Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers war die Anlage tadellos, der Lokomotivführer des Lloyd-Express ein erfahrener Beamter, der auch ausgerüstet war. Trotzdem überfuhr er die Signale. Was hat also verfehlt? Der Minister hat hier der Untersuchung nicht vorgreifen wollen. Ich frage nun, ob diese Frage inzwischen geklärt ist.

Dann wandte sich der preussische Eisenbahnminister der Frage der Verhütung solcher Unfälle zu. Hier aber war er wenig überzeugend, als er sich gegen eine automatische Bremse wandte und ausführte, er werde fortfahren, den entscheidenden Wert auf die Heranbildung eines tüchtigen Lokomotivpersonals und Förderung ihrer moralischen Qualitäten zu legen. Mit den Worten des Ministers, die moralische Qualifikation der Lokomotivführer solle erhöht werden, ist gar nichts anzufangen. Man muß doch fragen, ob 3 1/2 Stunden für den Führer eines Schnellzuges nicht zu viel Dienstzeit ist, um ihn frisch zu erhalten; fragen muß man auch, warum mit dem verhängnisvollen System der Kilometergelber nicht gebrochen wird. Schließlich ist es auch möglich, auf den belasteten Strecken für die Schnellzüge eigene Weisen anzulegen. Auch will es mir nicht einleuchten, daß akustische Signale und automatische Bremsung nicht technisch sicher funktionierend möglich sein soll. In bezug auf die Entschädigung wünschen wir, daß man in Zweifelsfällen den Verunglückten und ihren Angehörigen, so weit es gesetzlich möglich ist, entgegenkommt. (Bravo! bei den National-Liberalen.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderzapp: Zunächst habe ich dem Gefühle der Anteilnahme der Verbündeten Regierungen für die Verunglückten Ausdruck zu geben, die Verbündeten Regierungen beklagen auf das tiefste den tragischen Verlust so vieler blühenden Menschenleben, und bei so vielen anderen die schwere Schädigung ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit. — Das Reichseisenbahnamt hat Kommissare sofort an Ort und Stelle des Unfalls geschickt, um unabhängig von der preussischen Eisenbahnverwaltung den Tatbestand festzustellen und zu prüfen, ob die Bahnhofsanlage in Mülheim und die Sicherungen ausreichend waren oder der Ergänzung bedürfen, und weiter zu prüfen, ob abgesehen von dem Mülheimer Unglücksfall es nicht möglich sein würde, Vorkehrungen zu einer erhöhten Verkehrssicherheit zu schaffen.

Die Feststellungen unserer Kommissare stimmen mit denen der preussischen Eisenbahnverwaltung: der Bahnhof Mülheim ist einer im wahren Sinne des Wortes vollkommene Anlage. Die Ursache des Unfalls kann ich als bekannt voraussetzen; bemerken will ich auf die diesbezügliche Frage des Abg. Semler, daß die Zwischenzeit beider Züge 10 Minuten betrug. Der Führer des Lloyd-Expresszuges hat das für ihn gestellte Haltsignal überfahren, freilich behauptet er im Widerspruch mit den andern Aussagen und dem Befund, das Signal habe für ihn auf „Freie Fahrt“ gestanden. In seiner Entlastung wird angeführt, die Gleise an der Unfallstelle lägen in einer Krümmung; doch ist das unrichtig, vor dem Haltsignal befindet sich eine über 1 Kilometer lange, gerade Strecke. Auch die mehrfach angeführte Behauptung, die Strecke Düsseldorf-Mülheim sei mit Signalen so stark versehen, daß die Aufmerksamkeit des Loko-

motivführers erlahmen muß, ist unrichtig; ebensowenig ist die Strecke mit Jügen überlastet. Auch kann bei dem Unfall eine Ueberlastung des Lokomotivführers nicht in Frage kommen, da er erst 4 Stunden 40 Minuten im Dienst war, davon 3 1/2 Stunden auf der Maschine, und zwar nach einer Ruhepause von 13 1/2 Stunden. Veruht der Unfall lediglich auf einem behauerlichen Versehen des Lokomotivführers, so ist zu fragen, ob nicht neue Einrichtungen eingeführt werden sollten, die ihn bei dem unbedingten Festhalten an seiner eigenen Aufmerksamkeit unterstützen können. In dieser Richtung sind schon seit einem Jahrzehnt Versuche angestellt, ohne daß man zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen ist. Vereits im Jahre 1901 wurde unter Vorhitz des Reichseisenbahnamts von der preussischen, bayerischen, sächsischen Staatsbahnverwaltung eine Kommission gebildet, um alle neuen Erfindungen auf ihre praktische Brauchbarkeit zu prüfen. Alle seither gemachten Vorschläge haben sich nicht als zureichend erwiesen, die unbedingte Zuverlässigkeit ist aber das erste Erfordernis. Trotzdem hat das Reichseisenbahnamt die Angelegenheit nicht fallen lassen, sondern sich im Jahre 1907 mit dem preussischen Eisenbahnminister wiederum ins Benehmen gesetzt, und es ist nochmals eine Kommission eingesetzt, um alle Vorschläge zur Erhöhung der Betriebssicherheit zu prüfen. Schon jetzt kann ich Herrn Semler sagen, daß Sparmaßnahmensicherungen nicht ausklagelnd sein werden, die Eisenbahnverwaltungen sind von der Wichtigkeit der Erhöhung der Betriebssicherheit zu sehr durchdrungen. Aber diese Betriebssicherheit kann nicht allein durch mechanische und elektrische Einrichtungen gewahrt werden, die Zuverlässigkeit des Personals und seine völlige Vertrautheit mit dem Dienst bleibt immer die Hauptsache. Daß der Dienst und die Ruhezeit so geregelt werden, daß keine Uebermüdung eintritt, darauf ist, das kann ich aus langjähriger Erfahrung bestätigen, die unablässige Sorge aller Eisenbahnverwaltungen gerichtet. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Tatsächlich ist auch die Betriebssicherheit auf den deutschen Bahnen immer größer geworden und hält den Vergleich mit allen außerdeutschen Bahnen aus. Was den zweiten Teil der Interpellation angeht, die Entschädigungspflicht, so ist diese Sache der preussischen Eisenbahnverwaltung. Und von dieser ist die Eisenbahndirektion in Köln angewiesen, die Entschädigungen aus Unfals dieses Unfalls mit tunlichstem Entgegenkommen zu zahlen. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Wassermann wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Dr. Weder-Köln (Z.): Auf die Ursachen des Unfalls einzugehen erübrigt sich nach der eingehenden Verhandlung im preussischen Abgeordnetenhaus. Wenn aber bei einer modernen Anlage, die noch kaum ein Jahr im Betrieb war, ein solcher Zusammenstoß am hellen Tage erfolgen konnte, so muß man doch fragen, wie sieht es bei den älteren Anlagen aus, und was soll bei gesteigertem Verkehr über gar bei einer Mobilmachung werden? Allerdings muß man zugestehen, daß trotz der Zunahme des Verkehrs die Eisenbahnunfälle in Deutschland sich nicht vermehrt, sondern vermindert haben. Ueber den zweiten Teil der Interpellation ist der Abg. Semler rasch und schnell hinweggegangen, und ich verstehe diesen Teil überhaupt nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auf Grund des Haltsignals ist der preussische, nicht der Reichsminister in Anspruch zu nehmen. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.)

Abg. v. Nitzsch (L.): Nach der gründlichen Besprechung der Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus konnte man der Meinung sein, daß keine Veranlassung vorlag, die Sache auch hier zu besprechen. (Sehr richtig! rechts.) Immerhin haben wir erfahren, daß das Reichseisenbahnamt sich vergewissert hat, daß die preussische Eisenbahnverwaltung alles getan hat, was getan werden konnte. Wenn ich trotzdem der Besprechung der Interpellation zugestimmt habe, so lediglich deswegen, weil ich den dringenden Wunsch habe, daß vom Reichstage eine einmütige Sympathieerklärung für die unglücklichen Opfer des traurigen Unglücks erfolgt. (Lebhaftes Bravo!) In bezug auf die Entschädigungsfrage schließe ich mich dem Vordredner an.

Abg. Eichhoff (fortsetz. Sp.): Ich bin dem Abg. Semler und seinen Freunden für die Einbringung der Interpellation dankbar und stimme mit dem Vordredner überein, daß der Reichstag den Verletzten seine Sympathie ausdrückt. In bezug auf die Entschädigung bin ich ebenfalls seiner Meinung und spreche den Dank für die entgegenkommende Erklärung der Regierung aus. Zu erwägen ist aber vielleicht noch, ob die häufige Nervosität von Lokomotivführern nicht vielfach dadurch veranlaßt ist, daß die Maschine nicht immer in Ordnung ist und ob nicht auch bei diesem Unglück die Nervosität des Lokomotivführers als Verursachung die Ursache war.

Abg. Hengsbach (Soz.): Wie eine Witze aus heiterem Himmel hat uns alle am 30. März die Kunde von dem traurigen Unglück überrascht. Besonders alle

die, welche wußten, daß der Bahnhof in Mülheim ein ganz moderner, erst seit kurzem in Betrieb befindlicher Bahnhof war. Es war begreiflich, daß die rheinischen Zentrumsabgeordneten eine Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus einbrachten, welche Maßnahmen die Verwaltung zu treffen gedenke, um der Wiederholung solcher Unglücksfälle vorzubeugen. Den Zweck der Interpellation kennzeichnete die „Kölnische Volkszeitung“ dahin, es sollte dem Minister Gelegenheit gegeben werden, den verchiedenen Auffassungen, die sich im Publikum anlässlich des Unglücks gebildet haben, entgegenzutreten. Wenn man boshast sein wollte, könnte man also sagen, daß war eine Interpellation im Interesse der preussischen Eisenbahnverwaltung. Gleich nach dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses hat sich der Eisenbahnminister über das Unglück ausgesprochen und erklärt, daß die Eisenbahnverwaltung keine Schuld trage. Das ist ja begreiflich, soweit es den Minister betrifft. Der Kollege Weder-Köln, der im Abgeordnetenhaus Mülheim vertritt, hat dort am 15. April mit einem gewissen Bedauern erklärt, der Minister habe ihrer Interpellation die Spitze abgebrochen. Trotzdem würde das Zentrum sie nicht zurückziehen, wahrlich weil der Minister noch weiter Gelegenheit haben solle, den im Publikum herrschenden Auffassungen entgegenzutreten.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. April hat sich der nationalliberale Abg. Schmieding gleichfalls dazu geäußert und sich sehr anerkennend über die vorhin schon erwähnte Rede des Ministers ausgesprochen. Er betonte sehr anerkennend die Betriebssicherheit auf den deutschen Eisenbahnen im Gegensatz zu dem, was sein Freund Semler hier vorhin sagte, und zum Schluß sagte er, er könne nicht einsehen, daß noch ein besonderer Anstoß durch eine Interpellation über dieses Unglück erforderlich sei, wobei „sehr richtig“ bei den Nationalliberalen ertönte. (Große Heiterkeit.) Der Minister war von der Rede des Abg. Schmieding derartig entzückt, daß er ihm am Eingang seiner Stube den Dank dafür aussprach. Das war wie gesagt am 11. April. Daher waren wir nicht wenig überrascht, als hier am 13. April die Interpellation eingebracht wurde. Wir wollen hier nicht ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit anweisen. Aber ich will Sie doch fragen, was Sie uns wohl gesagt hätten, wenn wir eine solche Interpellation eingebracht hätten. Bei unseren Interpellationen über die Werkspensionskassen, über die Werksunterklasse, über die Entschädigung der Tabakarbeiter u. a. haben Sie uns oft vorgeworfen, wir brächten sie ein, um

partei-politisches Kapital daraus zu schlagen. Und hätte gar drüber im Dreiklassenhaus ein Redner unserer Fraktion so ähnlich gesprochen, wie Herr Schmieding unter dem Beifall seiner Freunde, so hätte ich Ihre moralische Entrüstung hören wollen, wie Sie uns vorgehalten hätten, daß selbst ein so beklagenswertes Unglück dazu dienen müsse, uns Agitationsstoff zu liefern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und dann noch bei der Geschäftsfrage des Hauses! Wobei ich noch hinzufüge, bei der gegenwärtigen Ferienstimmung, die man durch die große Zahl der Abwesenden hier verpürt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei Ihnen ist das natürlich etwas anderes. Sie haben die Interpellation nicht aus parteipolitischem Interesse eingebracht. Aber nachdem das Zentrum in dem Weltlauf um die Volksgunst Ihnen dort drüben den Rang abgelaufen hat, nachdem der offizielle Redner Ihrer Partei, Dr. Friedberg, bei der Wahlrechtsvorlage erklärt hat, daß er für das begüterte Unternehmertum des Reichs spreche und dieses besonders in Schutz nehme, war es für Sie jetzt umso notwendiger, hier in diesem Hause zu versuchen,

die Volksgunst zu gewinnen angesichts der kommenden Wahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt eben für Sie in Frage, Ihre Blaskunden vergessen zu machen. Oder wollten Sie vielleicht auch hier nur dem Minister Gelegenheit geben, sich in entsprechender Weise gegen die Auffassungen im Publikum zu wenden? Er hat es aber vorgezogen, hier gar nicht zu erscheinen, wahrscheinlich weil er voraussah, daß hier doch wohl in etwas anderer Weise gesprochen werden würde als es drüben geschehen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zur Sache selbst. Der preussische Eisenbahnminister hat im Abgeordnetenhaus die Bahnhofsanlage, die bekanntlich 11 Millionen gekostet hat, als „vollkommen“ bezeichnet. Eine Zuschrift die „Köln. Volkszeitung“ stellt fest, daß schon vor einem halben Jahre sich ein Unfall ereignet hat, der auf diese „vollkommene“ Anlage ein eigenartiges Licht wirft. (Hört! hört!) Die Zuschrift stellt weiter fest, daß auf Grund dieses Unfalls Vorstellungen über die Bahnanlage erhoben worden sind und daß in diesen Vorstellungen ganz speziell auf die Gefährlichkeit der Krümmungen hingewiesen wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zuschrift betont durchaus richtig die Vorzüge der geradlinigen Anlage. Ich will nicht weiter untersuchen, inwieweit bei der von

Kleines feuilleton.

Mark Twain 7. Wenn wir uns amerikanischen Humor vorstellen wollen, so müssen wir an Mark Twain denken, des einzigen amerikanischen Humoristen, der auch in Europa, besonders in Deutschland Geltung gewonnen hat. Es hat vor ihm und neben ihm amerikanischen Humoristen gegeben. Aber wir kennen sie nicht. Er repräsentiert für uns die ganze Gattung. Seien wir offen: seine Abenteuerlichkeiten, Humoresken und Schnurren imponierten zunächst durch ihre Unwahrscheinlichkeit, durch die ebenso grotesken wie schäblich selbstverständlichen Uebertreibungen. Es war literarisches Wild- und Unland, das er bestellte. In all den Clownsstücken und den eigentümlichen Tricks, die wir in anderer Weise bei den amerikanischen Artisten wiederfinden, aber glaubten wir, den wilden Westen durchzufühlen: das Wahlose, durch keine Kultur und Konvention Geformte, das triebhaft werdende einer ungebildeten Rasse. . . . In seinen Schriften hat Mark Twain in der humorvollen Umkleidung ein Bild seines eigenen Lebens gegeben, das typisch amerikanisch war für eine Zeit, da noch mander Tramp glauben mochte, ein Stück Amerika für sich erobern zu können.

Samuel L. Clemens — so hieß der spätere Schriftsteller mit seinem angeheimlichen Namen — war am 30. November 1835 in der kleinen Stadt Florida im gleichnamigen Staate der Union geboren. Der Vater starb früh, und der mittellose Knabe mußte für sich selber sorgen. Er wurde Buchdrucker. Mit 17 Jahren stieß er um und wurde nun Lotse auf dem Mississippi, den er zwischen St. Louis und New Orleans besah. Seine Erlebnisse während dieser Zeit hat er später sehr anschaulich geschildert (wie die Posten sich organisierten, hat er darin u. a. berichtet). Aus dieser Lotentätigkeit stammt auch sein Schriftstellertum. Beim Loten wurde die gehobene Tiefe ausgemessen; mark twain (statt two) heißt nichts anderes als markierte zwei (Faden). Der Bürgerkrieg warf ihn aus dem schon gewohnten Gleise. Er wird Soldat, dann Sekretär seines Bruders, der Vizegouverneur von Nevada war, hierauf Goldgräber. Schließlich findet er Unterschlupf als Reporter und Redakteur in Virginia City. 1864 ist er schon in San Francisco, wo er sich einen Namen als Humorist macht. Er geht nach den Sandwichinseln und später nach Europa und schildert seine Reisen (als die eines „Harnlosten“, der sich selber zum Opfer seiner Abenteuer macht). Von da ab ist er ein gemachter Mann, der sich auf seine Geschäfte und die Klamme wie nur einer versteht. Vorträge und Reisen folgen einander. Die Leser der Klatschpresse werden mit zum Teil erfundenen Zwischenfällen und Anekdoten regaliert wie bei den bedeutendsten regierenden Zeitgenossen. Mark Twain spielt schließlich als Bankrottredner auch öffentlich die Rolle eines Humoristen, die manchmal an die eines Handwursten erinnert. Da sein Privatleben proper bleibt und seine Erzählungen sich im

Rahmen der bürgerlichen Moral bewegen, wird er eine literarische Nummer ersten Ranges. Der Abenteuer von einst gedöhte lange zur guten amerikanischen Gesellschaft und seine Einnahmen konnten sich fogar drüber leben lassen.

Donnerstag nacht ist Mark Twain in Redding (Connecticut) auf seinem Landgut gestorben, auf den er schwerkrank von einer Reise zurückgekehrt war. Seine kurzen Skizzen und vielleicht auch einige seiner längeren Erzählungen (außer einer zwölfbändigen Ausgabe bei Zug ist ein einzelnes bei Neclan, Meyer, Hesse erschienen) werden ihn wohl noch eine Zeitlang überleben.

Eine ausgegrabene Stadt. Die Ausgrabungen in Ostia, der alten Hafenstadt von Rom, erregen gegenwärtig in Italien das größte Interesse. Professor Luciani hat über das, was bisher zu Tage gefördert wurde, sehr interessante Mitteilungen gemacht: „Ich glaube“, sagte er, „daß unter den vielen Entdeckungen, die uns die letzten Jahre gebracht haben, die von Ostia die allerwichtigsten sind. Es handelt sich hier um nichts weniger als um eine ganze Stadt, die ans Licht gebracht wurde, um eine nach einem einheitlichen Plane gebaute Stadt. Die Entstehung dieser Stadt dürfte in das zweite Jahrhundert des Kaiserreiches zu verlegen sein; man kann wohl sagen, daß die Stadt auf Befehl des Kaisers Hadrian gebaut ist, und zwar über der alten republikanischen Stadt. Ueber den Straßen und über den Plätzen, die der Republik ihre Entstehung verdanken, erheben sich neue Straßen und neue Plätze. Man mußte das Niveau der Stadt heben, weil sie sonst vom steigenden Tiberstrom überflutet worden wäre. Die Stadt mußte um mindestens 2 Meter 25 Zentimeter gehoben werden. Zeichen der beiden verschiedenen Epochen sind noch vorhanden. Die Kaiserlichen zerstörten nichts, sondern ließen beim Planieren auch die Bauwerke der Vorfahren bestehen. Die neue Stadt ist nach einem höchst einfachen Plane gebaut. Alle Straßen und Plätze sind rechtwinklig angelegt. Die Straßen sind schön und breit: es gibt Straßen von 20 Meter Breite. Die Stadt scheint in zwei Stadtteile geteilt gewesen zu sein: in eine vornehme Villenstadt, in der die römischen Patrizier wohnten, und in ein Handelsviertel. Der Handel muß sehr lebhaft gewesen sein: in dem Handelsviertel weist noch heute vieles auf die früheren Läden und Verkaufsstände hin; Spuren von Stornscheidern lassen auf einen regen Getreidehandel schließen. Man fand zahlreiche Fässer und Tonnen; auf jeder Tonne ist die Aufnahme-fähigkeit angegeben. Es wurden auch viele Kunstwerke ans Licht gebracht, darunter sehr hübsche.“

Musik. Wenn man von etwas behauptet, es passe wie die Faust aufs Auge, so kann man auch sagen, es passe, wie der „Faust“ auf den Sounod. Dessen „Margarete“ wieder einmal zu hören, dazu gab uns am Donnerstag die Volks-Oper Gelegenheit.

Es ist ja wirklich der Topus des Unrechten, was aus Goethes „Faust“ zwei französische Textautoren gemacht haben. Nicht einmal ihrem Titel sind sie durch eine wirkliche Neubildung des Dramas von der Greifenfigur aus gerecht geworden. Um so schwerer ist, der Musik gerecht zu werden. Der Komponist (der von 1813 bis 1893 lebte) ist aus bester französischer und sogar deutscher Schule und schafft auch echtes. Auf dem etwas trüben Untergrunde von sentimentaler Stimmung erscheinen Glanzlichter und farbenreiche Schatten und intim durcharbeitete Schilderungen, so daß man sich auf eine ebensolche Aufführung wirklich freuen und selbst bei gewöhnlicher Darbietung die Steigerungen gegen Ende anerkennen kann.

Auffsteigend war auch die Vorführung in der Volksoper. So gut, wie Rachel Treasfegreen die Titelpartie spielte, spielt sie wohl nicht bald eine Schauspielerin; und einen in der Hauptrolle guten Gesang hatte man noch obendrein. Die deutsche Aussprache des Tenors Richard Pistori als Faust, die mächtige Stimme des Bassbaritons Julius Künger als Mephistopheles und noch manche Bruchstücke tüchtiger Leistungen konnten ebenfalls den Hörer gewinnen. Dem Chor gebührt ein Ruhmeswort nicht nur deshalb, weil der Abend sein Benefiz war: er leistete in den ihm gestellten sehr mannigfaltigen Aufgaben tatsächlich viel Erzeugliches, und sein Dirigent wird ihn wohl nächstens auch vor einem „Sinken“ der Tonhöhe bewahren.

Das Publikum aber sollte nicht durch Hineinklatschen in die Musik den Direktor in den Verdacht eines äußeren Nachhelfens bringen.

Notizen.

Theaterchronik. Im Neuen Igl. Operntheater (KroL) veranstaltet Maria Solgers am nächsten Dienstag eine Vorstellung von Jhens „Kora“, in der sie die Titelrolle darstellen wird. Ermäßigte Billets für die Berliner Arbeiterschaft sind zu haben bei Paul Horst, Zigarrenhandlung, Engelauer 16 (im Gewerkschaftshause).

Der amerikanische Astronom Lowell, der sich durch seine vielfach besprochenen Hypothesen über die von intelligenten Wesen herrührenden Marskanäle bekannt gemacht hat, spricht Sonnabendabend in der Treptower Sternwarte über Planetenaufnahmen.

Ein Hoftheater boykottiert einen Komponisten. Der Komponist der Oper „Rose vom Liebesgarten“, Hans Fikner, hatte sich öffentlich über die Besetzung, die die Münchener Hofoper seinen Werken zu teil werden lassen wollte, beschwert. Daraufhin hat die von einem früheren Militär dirigierte Anstalt alle Werke Fikners boykottiert. Die Münchener Ausgabe des hiesigen Generalintendanten v. Pöllers hält offenbar die Künstler für ganz überflüssige Kerle, die man durch irgendein Kommando ersetzen kann.

sachverständiger Seite gelobten Anlage die Interessen des einflussreichen Aabelwerks mitzuspielden haben. — Jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse kennt die

Überlastung dieser Strecke.

Seit langem sind Vorschläge zur Entlastung gemacht worden, und es sind dabei sehr beachtenswerte und voranschreitend auch recht rentable Projekte aufgetaucht; der Eisenbahnstapel scheint sich aber auf nichts einlassen und eventuell der Privatindustrie den Vorrang lassen zu wollen, die u. a. eine Schnellbahn Köln-Düsseldorf-Dortmund plant.

Das heroische Verhalten der Arbeiter des Aabelwerks bei der Hilfeleistung ist allgemein anerkannt worden. Dagegen sind schwere Mängel über das späte und zum Teil verspätete Eintreffen der Sanitätswagen der Bahnbetriebsverwaltung eingelaufen. So schreibt der nationalliberale „Rheinische Lokal-Anzeiger“ mit Recht: „Die Bahnhöflichen Sanitätsleistungen haben völlig versagt (Lebhaftes Hörl hört bei den Sozialdemokraten). Verstreut und Entzweit hat auch die Pflanzheit erregt, mit der man zum Teil den Angehörigen der verunglückten Soldaten die amtliche Mitteilung hat zugehen lassen.“

Die „Rheinische Zeitung“ hat anlässlich der Katastrophe geschrieben: „Die schweren 40 Tonnenwagen haben sich glänzend bewährt.“ Unser rheinischer Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, bemerkt dazu mit Recht, daß hier zwei Welten aufeinanderstießen. In dem Zuge, der unbeschädigt davorkam, saßen die Leute, bei denen die blauen oder gar die braunen Kapfen losgerissen, als bei anderen Leuten die Großkissen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.); in dem zertrümmerten Zuge saßen die Söhne des Pöbels, deren Väter nicht das Geld hatten, um sie einjährig dienen zu lassen. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist bestritten worden, daß die zerschmetterten Wagen — ich habe selbst Gelegenheit, sie zu sehen — alten Kasten gleichen; der Vergleich würde — natürlich — als „Uebertreibung“, „sozialdemokratische Hege“ ufm. bezeichnet. Dem gegenüber bemerke ich, daß offiziell zugegeben werden mußte,

Daß die Wagen 17, 19, 20 Jahre im Gebrauch waren.

(Hörl hört bei den Sozialdemokraten.) Eine Zuschrift an die „Rheinische Westfälische Zeitung“ wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Benutzung solcher alterstümlicher Wagen bei Militärzügen und die Redaktion das belanlich alles andere eher als sozialistisch, vielmehr kramm schmerzhaften ristischen Plattes spricht ihre Zustimmung bei der Zuschrift aus. (Hörl hört bei den Sozialdemokraten.) Es muß verlangt werden, daß für Eisenbahnwagen genau so, wie für Kriegsschiffe, eine bestimmte Maximallebensdauer festgesetzt wird. Ich will bei dieser Gelegenheit bemerken, daß man in

ganz besonders miserablen und zerbrechlichen Wagen die ausländischen Arbeiter befördert, mit denen man — wohl aus Patriotismus — von kapitalistischer Seite das Ruhrrevier überflutet.

Eine Menge von Zuschriften sind mir anlässlich der Rülheimer Katastrophe zugegangen. Zuschriften, die auf die Eisenbahnhände in jenem Industriegebiet ein eigenartliches Licht werfen. Meine Freunde Gué und Stolle haben bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Rülheimer Eisenbahnhände hingewiesen. Es gibt verkehrreiche Wohnhöfe in Rheinland-Westfalen, auf denen die Reisenden, um zu ihrem Bahnhöfen zu gelangen, 3, 4, 5 Bahngeleise passieren müssen, ohne daß man bisher an Untertunnelung gedacht hat. Die Kollegen vom Zentrum, Herr Euler, Herr Beder, werden mir bestätigen, daß die Rülheimer Sonntagsausflüge geradezu gewohnheitsmäßig in erbärmliche Viehwagen

hineingepfercht werden. (Hörl hört!) Von der Überfüllung des Rülheimer Angladbahnhofes habe ich mich mehr als einmal an Sonntagen überzeugen können. Wenn dann Katastrophen sich ereignen, dann werden Sündenböcke herausgesucht. Da werden dann übermüdete, abgehegte Beamten verurteilt; die unbestechliche Volkstimme aber bezeichnet als den wirklich Schuldigen das ganze System. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieses System der falschen Sparpolitik — ich wähle absichtlich keinen schärferen Ausdruck — trägt die Hauptschuld an der Rülheimer wie an so vielen vorausgegangenen Katastrophen. Auch hier kann ich mich auf Ausführungen eines nationalliberalen Blattes, des „Rheinischen Stadt-Anzeigers“, berufen. Der „Rheinische Stadt-Anzeiger“ schrieb u. a.: „Aus über angebrachter Sparpolitik verwendet man Zugführer zu Schaffnerzwecken. — Man beauftragt die Zugführer zum Schaden ihrer wirklichen und wichtigen Aufgaben damit, zu verhindern, daß unbefugte Musik in den Zügen gemacht wird.“ In höchst überflüssiger Weise verwendet man eine Anzahl Beamtenkräfte auf Revisionen. Auf einem Wohnhofe laufen etwa 12 Revisoren herum, die man spöttischer Weise die 12 Apostel nennt. (Weiterkeit.) Während so auf der einen Seite unnütz Arbeitskraft verschwendet wird, nimmt man auf der anderen Seite die Arbeitskraft in unmäßiger Weise in Anspruch. Es ist kein Zufall, daß die Durchschnittslebensdauer der Lokomotivführer eine so kurze ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Und ist nun etwa die Finanzlage der preussischen Staatsbahnen so, daß sie eine derartige Ausdehnung der Arbeitskraft rechtfertigt? Man lese doch die Rheinischen Finanzberichte, die mit pomphaften Zahlen die Rentabilität und die Ueberflüsse der Staatsbahnen preisen. Und ich weise besonders auf eine Stelle im letzten Erfolge hin, in der es heißt: „In diesem Jahre ist es gelungen, die Ausgaben zu vermindern.“ (Lebhaftes Hörl hört bei den Sozialdemokraten.) Natürlich bezeichnet hier das Stenogramm des Abgeordnetenhauses „Lebhaftes Bravo!“. Wenn nur Geld herausgequillt wird, scheint den Herren die Gefährdung der Passagiere, von der Ueberfüllung der Beamten und Arbeiter ganz zu schweigen, gleichgültig zu sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was die technische Verhütung solcher Unglücksfälle betrifft, so glaube ich denn doch trotz aller gegenseitiger Behauptungen, daß es bei dem heutigen hohen Stande der Technik möglich sein wird, entsprechende Maßnahmen zu treffen bezw. entsprechende Apparate zu konstruieren.

Ein paar Worte zur Entschädigungsfrage. Ich hoffe, daß diese Frage so geregelt wird, wie es sich angesichts ihrer Ernährer herabter Familien ziemt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An Nachrufen, Sympathiebekundungen und Weilsbezeugungen für die verunglückten Soldaten hat es ja nicht gefehlt. Aber wichtiger als die Lorbeerkränze ist es, den Familien der Verunglückten eine wirtschaftliche Sicherstellung zu gewähren, ihnen, von denen viele in den Opfern dieser Katastrophe ihre künftigen Ernährer verloren haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnnamts Wackerzapp sucht die Vorwürfe des Abg. Pongsbach zu entkräften. Es sei ausgeschlossen, daß die Linienführung beim Bahnhof Rülheim im Interesse des Aabelwerkes erfolgt; auch seien die Wagen des Militärzuges keineswegs alte Kasten gewesen, sondern drei- und vierachsige, also neue moderne Wagen.

Seheimer Oberbaurath Mielke legt dar, wie die technischen Anlagen beim Bahnhof Rülheim beschaffen sind, die er für betriebstechnisch vollkommen einwandfrei hält.

Abg. Kalle (Wirt. Ver.): Auch wir erklären unsere Sympathie mit den Opfern des Unglücks und hoffen, daß solche Unfälle sich nicht wiederholen werden. Im übrigen war die Interpellation unnützlich.

Abg. Seyda (Vole): Auf die Motive der Interpellation bei der Einbringung der Anfrage gehe ich nicht ein; jedenfalls genügt dazu das allgemeine menschliche Mitgeföhl. (Lebhafteste Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Den Opfern des Unglücks spreche meine politischen Freunde ihre Sympathie aus, um so mehr, als eine Reihe meiner Landsleute darunter waren, die fern von ihrer engeren Heimat ihrer Militärpflicht genügen. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.) — Ueber die Ursachen des Unglücks kann der

Richtschaffmann kein Urteil abgeben; wenn es aber wirklich durch die Unvorsichtigkeit eines einzigen Beamten herbeigeföhrt ist, so deutet das auf einen Fehler in der Organisation; es muß möglich sein, dafür zu sorgen, daß der Fehler eines einzelnen nicht so verhängnisvolle Folgen haben darf. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Abg. Werner (Antisemit) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kalle an.

Abg. Dr. Paasche (nall): Dem Kollegen Pongsbach, der uns wahrhaftige Motive für die Einbringung der Interpellation unterschoß, sage ich nur, man sucht niemanden hinter der Tür, wenn man nicht selbst dahinter steht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Interpellation haben wir hier eingebracht, nicht im Abgeordnetenhaus, weil es sich hier keineswegs um eine preussische Angelegenheit handelt. Daß ein solcher Zusammenstoß am hellen Tage möglich war, deutet — darin hatte Herr Seyda ganz recht — auf einen Mangel in der Organisation; man wüßte, daß in 10 Minuten der durchfahrende Zug kommen sollte. Da konnte man einige Weichensteller entsenden, daß der Zug unter allen Umständen zum Halten gebracht würde. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Marx (Z.) erklärt, daß die preussische Eisenbahnverwaltung an dem Unfall keine Schuld treffe; allerdings sei die Bahnanlage in Rülheim nicht so übersichtlich, wie man es wünschen möchte.

Abg. Pongsbach (Soz.): Der Präsident des Reichseisenbahnnamts hat behauptet, von alten Kasten könne man bei den Wagen des Militärzuges nicht reden. Demgegenüber bemerke ich, daß nach einer Zuschrift aus Eisenbahnkreisen der eine Wagen 1890, ein anderer 1891 und ein dritter 1893 gebaut war; Wagen, die 17, 19 und 20 Jahre alt sind, kann man wohl als alte Kasten bezeichnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Ebenso ist es richtig, daß nach der Zuschrift eines pensionierten Lokomotivführers der Zugführer des Hohenpreyhauses gemäß seiner Instruktion die Signale zu beobachten hat; wäre dies geschehen, so hätte er den Lokomotivführer rechtzeitig warnen können. Herrn Kalle erwidere ich, daß ich den Nationalliberalen nicht parteipolitische Motive untergeschoben habe, sondern daran erinnere habe, wie oft das uns gegenüber geschehen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichseisenbahnnamts Wackerzapp: Die von Herrn Pongsbach angeführten Zahlen über die Bauzeit der Wagen sind richtig; aber am meisten beschädigt sind Wagen neuester Konstruktion. — Der Zugführer ist zur Beobachtung der Signale nur verpflichtet, soweit das sein Dienst zuläßt. Damit schließt die Besprechung. Hierauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident Graf Schwerin schlägt vor, die nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr abzuhalten und die Veteranenbeihilfe zu beraten.

Abg. Bindewald (Wirtsch. Vg.) und Dr. Trendl (Rp) beantragen, schon um 1 Uhr zu beginnen.

Dieser Antrag wird abgelehnt. Die nächste Sitzung findet also statt Sonnabend 2 Uhr. (Veteranenbeihilfe.) Schluß 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom Freitag, den 22. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die zweite Beratung des

Kultusetats

wird beim Elementarunterrichtswesen beim Kapitel „Schulaufsicht“ fortgesetzt.

Abg. Korsany (Vole): Die Herren Hedentoth und Schwabach sind gestern für die Erteilung des Religionsunterrichts an Litauer in ihrer Muttersprache eingetreten. Ich hoffe, daß Sie nun auch unserer Forderung zustimmen werden, daß die polnischen Kinder Religionsunterricht in polnischer Sprache erhalten. Oder sollten die beiden Herren etwa ihre sonstigen Prinzipien geändert haben, weil sie zufällig litauische Wählerkreise vertreten? (Sehr gut! bei den Polen.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Den gestrigen Ausführungen des Herrn Ministers gegenüber möchte ich feststellen, daß die deutsche Turnerschaft und die konfessionellen Jugendorganisationen bereits auf ein recht ehrenwürdiges Alter zurückzuführen, und die Arbeiterturnvereine sind lediglich Abwehrversuche gegen den von jenem sogenannten patriotischen Turnverein unternommenen Versuch, die Jugend der Arbeiterklasse davon abzuhalten, ihre Interessen in der ihnen zweckmäßig erscheinenden Weise zu betätigen. Schon zur Zeit des Sozialistengesetzes hat die deutsche Turnerschaft in fanatischer Weise gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen und sie hat sich jeden ausgeholfen, der einem sozialdemokratischen Verein angehört.

Präs. v. Kröcher: Das hat mit der Schulaufsicht nichts zu tun.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich beabsichtige, den Charakter dieser Turnvereine darzulegen, um daraus zu folgern, daß die Schulaufsichtsbehörde, wenn sie unparteiisch sein will, auch gegen diese sogenannten patriotischen Vereine einschreiten möchte, wie sie es gegen die proletarischen Turnvereine tut.

Präs. v. Kröcher: Das gehört in die allgemeine Debatte.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Meine Polemik richtet sich doch gegen die Ausübung der Schulaufsicht. Die von der Schulaufsichtsbehörde liebevoll geduldete deutsche Turnerschaft, die als antisemitisch bezeichnet werden kann, sucht auch ihren Einfluß dahin auszuüben, daß sie die Arbeitgeber und höheren Angestellten veranlaßt, die jungen Arbeiter der deutschen Turnerschaft zuzuföhren.

Präs. v. Kröcher: Das hätten Sie alles gestern beim Kapitel „Turnunterrichtsanstalten“ ausführen können.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich spreche nur gegen die Haltung der Schulaufsichtsbehörden und verweise auch darauf, daß in Magdeburg diese Behörde nicht eingeschritten ist, als von dem deutschen Turnverein „Schwarz-Rot-Gold“ eine Versammlung der Jugendabteilung dieses Vereins abgehalten wurde mit dem ausgeprägten politischen Thema: „Weshalb sind wir genötigt, vom nationalen Standpunkt aus eine scharfe Stellung gegen die Sozialdemokratie einzunehmen?“ Ich verweise auch darauf, daß in einem Falle ein Lehrer, der gleichzeitig der Vorsitzende der nationalen Turnerschaft ist, den Schülern, die diesem Verein angehören, gestattete, an den Übungen teilzunehmen, nicht aber den Angehörigen des sogenannten Arbeiterturnvereins. Wo bleibt die Schulaufsicht in diesem Falle? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch mit den Fortbildungsschulen sehen sich diese nationalen Turnvereine in Verbindung, um von ihnen die Einführung des obligatorischen Turnunterrichts zu erreichen, um dann zu erzielen, daß ihnen die Erteilung dieses Unterrichts überwiesen wird. Wo ist die Schulaufsichtsbehörde in einem derartigen Falle? Es handelt sich offenbar um einen

gräßlichen Mißbrauch des Fortbildungsschulzwanges, wenn er dazu ausgenutzt wird, die, die ihm folgen, zu zwingen, dem sogenannten nationalen Turnvereinen beizutreten. In neuester Zeit haben wir auch die Erfahrung machen müssen, daß sich in Berlin und anderen Städten unter Leitung von Offizieren allerhand Jugendturnvereine gebildet haben, wo diese jungen Kerlechen von 10—14 Jahren von den Offizieren militärisch eingedrillt werden. (Hörl hört! b. d. Sozial.) Diese Vereine, denen die Schulaufsicht ohne die geringsten Bedenken die Jugend anvertraut, enthalten keine ganz systematische Propaganda, die, wenn sie auch nur annähernd von den proletarischen Organisationen entfalteter würde, der Schul-

aufsichtsbehörde sofort zum Einschreiten Veranlassung geben würde. Es werden von ihnen auch Zeitschriften herausgegeben, die ausgedehnten Leserkreis haben, die Züge sind für den Militärischen zu ziehen. (Hörl hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner werden Soldaten- und Marinevereine gebildet zu dem Zweck, die Soldaten auch außerhalb des Dienstes zu beeinflussen. Zur Zeit des Sozialistengesetzes ist übrigens die deutsche Turnerschaft nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern ganz genau so gegen das Zentrum und die Freisinnigen vorgegangen. (Hörl hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun auch die proletarischen Organisationen in gewissem Sinne als Abwehrvereine gegründet sind, um den Arbeitern ihre Selbständigkeit zu wahren, so haben sie doch andererseits gerade aus dem lebhaftesten Bedürfnis heraus, die Befundheit der Arbeiterklasse nach Möglichkeit zu fördern, den Turnunterricht auf ihre Fahne geföhrt. Zweifellos hat noch nie einer der Herren von der Schulaufsicht sich die Mühe genommen, die Arbeiterturnvereine in ihrer Tätigkeit kennen zu lernen. Die Weisung gegen die Arbeiterturnvereine, als verfolgten sie politische Zwecke, sind vollständig aus der Luft gegriffen. Das Wiederbuch von dem Herr Schwarzlofff sprach, ist ein Wiederbuch für die Erwachsenen in den Turnvereinen. Für die Jugendlichen besteht ein besonderes Wiederbuch, das dem Kultusministerium vor einiger Zeit vom Arbeiterturnbund ausdrücklich zu seiner Information überreicht worden ist. (Hörl hört! bei den Sozialdemokraten.) Die ganzen Maßnahmen der Schulaufsichtsbehörde gegenüber den Turnvereinen sind durchaus ungesetzlich. Das beweist die Entscheidung des Landgerichts I und auch die Stellungnahme des Oberreichsanwalts vom 17. September 1903, wonach eine Ausdehnung der Schulaufsicht auf alle Minderjährigen bis 21 Jahre als ungesetzlich erklärt wurde. Aber die Schulaufsicht kümmert sich frisch fromm, fröhlich, frei um keines dieser Urteile. Ihre Zwangsverfügungen richten sich nicht nur gegen die Lehrer, die man mit den härtesten Exekutivstrafen belegt, wenn sie ohne Erlaubnis Unterricht erteilen, sondern auch gegen die Gastwirte, die ihre Lokale für den Unterricht hergeben. Ich habe wiederholt in voller Öffentlichkeit dieses Vorgehen der Schulaufsicht als einen bewußten Mißbrauch der Befehle bezeichnet. (Unruhe rechts.)

Präs. v. Kröcher: Das geht zu weit. Ich rufe Sie wegen des Ausdrucks zur Ordnung!

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich habe das in der Öffentlichkeit getan, um die Regierung zu zwingen, endlich einmal vor einem ordentlichen Gerichtshof Rede und Antwort zu stehen. Der erste Versuch, in dem das gelang, hat dazu geführt, daß die Schulaufsichtsbehörde desavouiert wurde. Wenn sie trotzdem an ihrem Verfahren festhält, müssen wir das in der satoffsten Weise beurteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Preußen ist ja leider noch nicht soweit ein Rechtsstaat, daß die Maßnahmen der Schulaufsicht irgendeiner rechtlichen Nachprüfung unterworfen werden. Das Verwaltungsgericht erklärt sich ihnen gegenüber für unzuständig. Wie soll man sich da gegen derartige Ungeheuerlichkeiten wehren? Wenn wir einzelne Schulräte verurteilen, so erfahren wir, daß gerade von der obergebundenen Instanz die betreffenden Maßregeln veranlaßt und empfohlen werden. (Hörl hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schulaufsicht ist natürlich sehr zufrieden damit, daß man genötigt ist, sie bei sich selbst, d. h. den Teufel bei Beckenbuh, zu verklagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade innerhalb dieses Bereiches, wo die Regierung sich so absolutistisch föhlt, sollte sie besonders vorsichtig sein, und sollte nicht in dieser Weise mit den Befehlten Schindluder treiben. (Rufe rechts: Unerböt! Frechheit!)

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung unter Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Bei der Arbeiterklasse werden Sie mit allen diesen Maßnahmen, die, wie wir wissen, vom Kultusminister ausgegangen sind, nur die leidenschaftliche Empörung erreichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wären ja Narren, wenn wir ein so vorzügliches Agitationsmaterial nicht ausnützen wollten. Also im eigenen Interesse sollte die Schulaufsichtsbehörde sich nicht weiter diskreditieren, sondern in Zukunft pflichtmäßig unparteiisch verfahren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kultusminister v. Trott zu Solz: Es ist notorische Tatsache, daß die Sozialdemokratie sich eine weitverzweigte Organisation geschaffen hat, um die Jugend in die Wirren der Sozialdemokratie zu ziehen. Da darf man sich nicht wundern, daß auch von der anderen Seite Strömungen hervortreten, die sich im Gegenzug zu diesen Bestrebungen der Sozialdemokratie stellen. (Abg. Liebnecht: Umgekehrt ist es gemein!) Das ist nicht richtig. (Abg. Liebnecht: Ich habe es nachgewiesen!) In den Protokollen der sozialdemokratischen Parteitage werden Sie finden, wie man eingehend darüber verhandelt hat, was man alles tun müsse, um die Jugend zur Sozialdemokratie heranzuziehen. (Abg. Liebnecht: Erst in den letzten Jahren! Welche Rufe rechts: Ruhe!) Es handelt sich in der Tat um sozialdemokratische Vereine, die politischen Zwecken dienen. Das ist der einzige Gesichtspunkt, warum die Schulverwaltung ihnen entgegentritt. Sie wird es auch in Zukunft tun. (Bravo! rechts.) Sie kann Personen, die den Turnunterricht nachgemessenemmaßen dazu benutzen wollen, um politische Propaganda zu treiben, den Erlaubnischein zum Unterricht nicht geben. Ich muß entschieden die Behauptung zurückweisen, daß wir gegen die Befehle gehandelt hätten. Wenn Herr Liebnecht sagt, es gäbe keinen Rechtsweg gegen die Schulaufsichtsbehörden, so hat er ja selbst wiederholt von dem bevorstehenden Erkenntnis des Reichsgerichts gesprochen, welches die Praxis der Schulaufsichtsbehörde desavouieren würde. Wir wollen das abwarten. Es ist auch nicht gefehrvollig, wenn die Witze vorgegangen wird, die in ihren Lokalen gesetzwidrige Handlungen dulden. (Bravo! rechts.) Der „Vorwärts“ wird ja wohl wieder schreiben, wie heute Herr Liebnecht habe den Kultusminister gehörig zugebeut. (Weiterkeit, mir sei die Debatte mit ihm sehr unangenehm gemein. Das Gegenteil ist der Fall, denn ich habe das Gefühl, eine gute Sache zu vertreten, und das erfüllt mich mit Freude und innerer Genugtuung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich möchte den Herrn Minister nur bitten, daß er die Gerichtsentscheidungen, die nach seiner Behauptung das Verfahren der Schulaufsichtsbehörden rechtfertigen, einmal dem aufhorchenden Ohre der Welt mitteilen möchte. Solche Entscheidungen existieren nämlich bisher nicht und der Herr Kultusminister hat in dieser Bemerkung nur gezeigt, daß er über die in Frage kommenden Rechtsverhältnisse nicht hinreichend orientiert ist. (Hörl hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hinzmann (nall) spricht sich für die Ausdehnung des Verwaltungsrechtswegs auch auf die Schulaufsichtsbehörde aus.

Abg. Gaisalat (L) hofft, daß der Minister der Anregung, den Litauern Religionsunterricht in ihrer Muttersprache erteilen zu lassen, Folge geben werde.

Abg. Korsany (Vole) führt Beschwerde über einen Fall der Nichtgenehmigung von polnischem Gesangsunterricht, der von privater Seite zur Pflege des polnischen Volksliedes eingerichtet werden sollte.

Minister v. Trott zu Solz erwidert, daß erfahrungsgemäß ein solcher Unterricht zu politischer Agitation von den Polen benutzt werde.

Abg. Hoff (Fortfär. Vp.) wünscht vom Minister Auskunft, wie er sich zu der Praxis von Kreis- und Schulinspektoren stelle, die für die Kreislehrerkonferenzen den Lehrern Themen angeben, um dann einen Lehrer wie einen Schulbuben prüfen.

Minister v. Trott zu Solz: Herr Liebnecht sagte vorhin, er würde mir dankbar sein, wenn ich ihm mitteilen würde, welche gerichtlichen Entscheide in meinem Sinne vorliegen. Ich will mir

diesen Dank verdienen (Heiterkeit), und verteilte Herrn Liebknecht auf das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 27. März 1908. Auch sind zahlreiche Erkenntnisse während des Schulstreiks ergangen, die meine Auffassung bestätigen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Diese Auskunft trifft nicht den Punkt, um den es sich handelt, nämlich die Frage, ob die Schulaufsichtsbehörde überhaupt befugt ist, außerhalb der Grenzen des schulpflichtigen Alters Maßnahmen der fröhen Art zu ergreifen. In dem Urteil des Landgerichts I heißt es: „Die Koblenzorder von 1884 spricht lediglich von dem Unterricht und der Erziehung der Jugend. Weder sie noch die Ministerialinstruktion von 1889 geben für den Begriff der Jugend eine bestimmte Altersgrenze an. Offenbar haben diese beiden Gesetze, wie aus § 1 der Ministerialinstruktion, die ausdrücklich von schulpflichtiger Jugend spricht, entnommen werden kann, lediglich den Privatunterricht der schulpflichtigen Jugend, die als Ersatz des öffentlichen Schulunterrichts dienen soll, regeln wollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Begriff „jugendlich“ deckt sich jedenfalls nicht ohne weiteres mit „minderjährig“. Es geben also die Anordnungen der Schulaufsichtsbehörde, in denen sie die Erteilung von Turnunterricht an jugendliche Personen im allgemeinen von einer Konzeption abhängig macht, über den Rahmen ihrer Befugnisse hinaus.“ (Hört! hört! bei den Soz.) Hier ist in einwandfreier Debatte, deren Schlußfolgerung sich noch verschiebt, wenn man die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung über den entgeltlichen Turnunterricht heranzieht, dargelegt, daß der Standpunkt des Kultusministeriums sich nicht verteidigen läßt. Auf eine ähnliche Entscheidung des Reichsgerichts habe ich schon hingewiesen. Das Kultusministerium sollte also zum mindesten zugeben, daß die Rechtslage unklar ist. Wenn es trotzdem behauptet, daß seine Rechtsauffassung allein in Frage komme, so beweist das, mit wie wenig Sorgfalt es bemüht ist, sich in den Grenzen des Gesetzes zu halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Trott zu Solz: Gegen das von Herrn Liebknecht angeführte Urteil ist Revision eingelegt. Ich verlege es mir deshalb, auf die Ausführungen dieses Erkenntnisses näher einzugehen. Das bisherige Vorgehen des Kultusministeriums wird, wie gesagt, durch ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts gestützt, welches ausführt, daß es in der Befugnis der Schulaufsicht liegt, die Erteilung des Turnunterrichts zu verbieten, wenn nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen den Klägern entweder die technische Vorbereitung fehlt, oder wenn sie als Anhänger der Sozialdemokratie betrübt sein würden, staatsfeindliche Anschauungen den Schülern beizubringen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Aus dieser Ausführung des Herrn Ministers geht nun wohl klar genug hervor, wie wenig diese, vom Herrn Minister angeführte Entscheidung mit der allein hier in Betracht kommenden Rechtsfrage zu tun hat. Bezeichnend ist, daß der Herr Minister der von mir angeführten Entscheidung des Reichsgerichts aus dem Jahre 1908 auch jetzt wieder aus dem Wege gegangen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoff (Fortf. Sp.) stellt fest, daß der Minister auf seine Anfrage nicht geantwortet habe. Er nehme also an, daß er die Beschwerde für gerechtfertigt hält.

Abg. Schrey (Fortf. Sp.) fordert, daß mehr seminaristisch gebildete Lehrer Kreisinspektoren werden.

Abg. Niehl-Fulda (Z.) betont, daß seine Freunde die 18 neuen Hauptamtlichen Kreisinspektorenstellen ablehnen würden.

Ein Regierungskommissar weist darauf hin, daß in der Kommission die Notwendigkeit dieser neuen Stellen nachgewiesen sei.

Ein Antrag des Zentrums auf Streichung der neuen Stellen in Fulda und Kassel wird abgelehnt, die neu geforderten hauptamtlichen Kreisinspektoren aber bewilligt.

Abg. Reinbacher (Fortf. Sp.) kritisiert, daß die Regierung den Gemeinden um Berlin bei der Gewährung hoher Ortszulagen in die Hände gefallen sei.

Minister v. Trott zu Solz: Wir treffen unsere Entscheidung nach bestem Wissen und Ermessen entsprechend dem Gesetze.

Abg. Zietzen (frk.) befragt über Unterführung der finanziell schlechtesten Berliner Vorortgemeinden des Ostens.

Abg. Marx (Z.) wünscht mehr katholische Lehrer an den Schulen, wo die Zahl der katholischen Kinder es erfordert.

Minister v. Trott zu Solz sagt Erfüllung dieses Wunsches zu. Es sei dies schon jetzt vielfach geschehen, sogar gegen den Willen der Gemeinden. (Weil im Zentrum.)

Abg. Graf Moltke (frk.) warnt das Zentrum davor, aus einzelnen Vorläufen zum Gunsten der Katholiken allgemeine Schlüsse zu ziehen. Die Absonderungsbestrebungen der Katholiken wären für den konfessionellen Frieden weit gefährlicher als einzelne Vorläufe zum Nachteil der Katholiken. (Zustimmung.)

Nach kurzer weiterer Erörterung verläßt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 4^{1/2} Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission

erledigte am Freitag die ihr vom Plenum überwiesene Gesetzesvorlage, den Aufwandsausgaben für Südwestafrika betreffend. Die Ertragserlöse, die eine etwas eingehendere Prüfung der Ausgaben und Mitteilung der Ergebnisse an den Bundesrat und Reichstag zum Zwecke haben, wurden angenommen. Gegen den weiteren Ertragserlösen Antrag zur Tilgung der Kriegskosten in Südwestafrika eine außerordentliche Vermögenssteuer einzuführen, die von allen in Südwestafrika ansässigen Einzelpersonen und Gesellschaften, deren Vermögen 800 000 M. übersteigt, im Gesamtbetrage von 81 Millionen Mark in 4 Jahresraten erhoben werden solle, wurde von nationalliberaler und freisinniger Seite der Kompetenzinwand erhoben, weil dieser Gesetzentwurf keine erste Lesung im Plenum passiere habe. Der vorliegende Gesetzentwurf befaßt sich mit der Kontrolle und der Deckung der gemachten Ausgaben, während der Antrag Ertragserlöse ein neues Steuergesetz schaffen wolle. Staatssekretär Dernburg macht staatsrechtliche Bedenken geltend und behauptet, daß die Regierung von dem hochwichtigen Plan erst am Dienstag Kenntnis erhalten habe, die Regierung also nicht einmal Zeit gehabt habe, zu der Frage Stellung zu nehmen. Er achte und respektiere die Rechte des Parlaments, aber das Parlament verberge sich selber etwas, wenn es die Rechte des anderen Faktors nicht genügend respektiere. Der Reichstag schreibe hier Steuern aus, die nach dem Schutzgebietgesetz Sache des Kaisers seien. Ertragserlöse vermahnt sich erregt gegen den Vorwurf des Staatssekretärs, daß er den Kaiser ausschalten wolle. Es handle sich nicht um das Schutzgebietgesetz, sondern um das Schutzgebietgesetz, das stets so gehandhabt worden sei. Um die Auslegung der Schutzgebietordnung habe Dernburg sich als Bundesratsvertreter nicht zu kümmern.

Nach längerer Debatte wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen die Zulässigkeit der Ertragserlösen Anträge auf Erhebung einer Vermögenssteuer und Uebernahme der Vergreiftshoheit durch den Kaiser beschlossen.

Ertragserlöse wendet sich in der Begründung seiner Anträge nochmals kurz gegen den Staatssekretär. In einem als offiziell bezeichneten Artikel sei ihm sogar unterstellt worden, daß er seine Anträge nur eingebracht habe, um eine bestimmte Person, die finanziell bei der Kolonialgesellschaft hoch beteiligt sei, zu treffen. Wegen einer solchen Unterstellung protestiere er, auch dagegen, daß er den Staatssekretär stürzen wolle. In Ostafrika, auch in Neu-Guinea, seien die Rechte der Kolonialgesellschaften abgelöst und klare Verhältnisse geschaffen worden, das müßte auch in Südwestafrika geschehen. Deutschland habe doch nicht die großen Opfer gebracht im Interesse von etwa 200 Anteilseignern der Kolonialgesellschaft, sondern im Interesse der Kolonie selbst.

Von den Freisinnigen liegt eine Resolution vor, wonach die im Interesse der Kolonien gemachten Ausgaben selbstgeleistet und die Verzinsung und Amortisation vorgezogen werden soll. — Staatssekretär Dernburg spricht gegen die Belastung, denn die Personen, die davon betroffen würden, wären zum größten Teil erst nach dem Kriege ins Land gekommen, hätten also mit dem Kriege gar nichts zu tun gehabt. Die nachträgliche Heranziehung der Pfänder und sonstiger Besitzer würde von der Einwanderung absehen, denn niemand wisse, ob nicht ein Krieg ausbräche, zu deren Unkosten die Leute dann herangezogen würden. Man könne doch nicht überall Tafeln anbringen mit der Aufschrift: „Wir warnen Auswanderer“. Der Staatssekretär versucht dann nachzuweisen, daß die Kolonialgesellschaft gar keine Hoheitsrechte mehr hätte, sondern nur an den Diamanteneinnahmen mit zwei Prozent beteiligt sei. Die Ausführungen des Staatssekretärs füllten die ganze Sitzung aus.

Nächste Sitzung Montag.

Kaiserliche Kommission.

In der Freitagssitzung setzte die Kommission die Beratung des § 21 fort. Müller-Fulda weist darauf hin, daß bei der Preisfestsetzung auf die Arbeiterverhältnisse Rücksicht genommen werden müsse. Es dürfe nicht nur das Interesse der Kapitalisten maßgebend sein. Die Zustimmung des Zentrums zu dem Gesetze hänge von der Lösung dieser Frage ab. Hausmann spricht sich gegen jede Preisherabsetzung. Genosse H. u. z. gegen die unverhältnismäßige Herabsetzung der Preise für Holz aus. Die Herabsetzung treffe besonders die kleinen Werke, während die großen Werke, die eine Verarbeitung der Salze vornehmen, besonders begünstigt werden. Es könne nur eine gleichmäßige Preisverteilung für uns in Frage kommen, wie sie der Antrag Gothein vorseht. Gothein wendet sich gegen die Ausführungen, die von Zentrumsseite gemacht wurden. Von einem Regierungsvertreter wird der von Müller-Fulda von Damm eingebrachte Änderungsantrag verteidigt. Abg. Heim gibt zu, daß ein großer Teil der Industrie mit den vorgezeichneten Preisen auskomme, ein anderer Teil dagegen könne dabei nicht bestehen. Regier. erörtert eingehend die große Bedeutung billiger Kalipreise für die Landwirtschaft. Vom Abg. Schiffer werden mit Rücksicht auf das Ausland Bedenken gegen eine gesetzliche Festlegung der Preise geäußert; eine Preisfestsetzung durch geheime Beschlüsse der Budgetkommission unter Zustimmung des Bundesrats wäre vielleicht besser. Gegen diesen Vorschlag wendet sich der Abg. Gothein. Schließlich wird der § 21 mit einigen Änderungen in der Regierungsvassung angenommen. Die Preise sollen nach dem Kommissionsvorschlag bis zum 31. Dezember 1913 gelten. Eine Erhöhung der Preise bedarf der Zustimmung des Reichstages. In der Gesamtabstimmung stimmten Zentrum, Polen, Konservative und Nationalliberale für die Annahme. Der § 21a, der bei Annahme größerer Mengen besondere Preisvergünstigungen vorseht, wird einstimmig angenommen. Zum § 21b beantragt Adlle, daß die Rabattgewährung dem Auslande nicht zugute kommen solle. Staatssekretär Sydow wendet sich dagegen, daraufhin zieht Adlle seinen Antrag zurück. In der Abstimmung wird der § 21b mit dem Änderungsantrag Gothein angenommen. Der Paragraph bestimmt, daß die Preise für Lieferung von Kalksalzen nach dem Auslande nicht niedriger sein dürfen, als die für gleiche Abmengen sich ergebenden höchsten Inlandpreise, jedoch sind Ausnahmen mit Genehmigung des Bundesrats zulässig. § 21c wird unverändert angenommen. Zu § 21d, der die Einrichtung einer Verteilungsstelle festsetzt, beantragt Gothein, daß Beamte eines Bundesstaates, der am Kalibau interessiert ist, nicht Mitglieder der Verteilungsstelle sein dürfen. Genosse S. m. e. wendet sich entschieden dagegen, daß nach dem Antrage Gothein die Sachverständigen der Bundesstaaten ausgeschlossen sein sollen, während die Sachverständigen der Kolonialbesitzer als Mitglieder der Verteilungsstelle zugelassen werden. Schließlich wird nach Ablehnung des Antrages Gothein der Paragraph unverändert angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 9 Uhr.

Nach Schluß der Sitzung hat das Zentrum einen Antrag verteidigen lassen, der sich auf eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter bezieht. Der neue Paragraph soll lauten: „Von dem bei Jahresabschluss sich ergebenden Reingewinn des Kaliverkes wird erstens zunächst auf das eingezahlte Kapital eine ordentliche Dividende von 5 Proz. gerechnet. Zweitens soll der verbleibende Rest zu einem Drittel an die während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeiter im Verhältnis ihrer Jahreslohnsumme gezahlt werden.“

Die Arbeitskommission des Reichstags

hat in ihrer Freitagssitzung die erste Lesung der Vorlage beendet. In der Erörterung über die Frage, ob Vertreter der Arbeitskammern zu gemeinschaftlichen Sitzungen zusammenzutreten dürfen, stellten sich die Redner sämtlicher Parteien im Gegensatz zu der Auffassung der Regierungsvertreter auf den Standpunkt, daß ein derartiges Inhaberamt geteilt sein müsse. Eine vom Vorsitzenden Legien formulierte Erklärung, die dieser Meinung Ausdruck gibt, fand einstimmige Annahme. Eine längere Debatte knüpfte sich an die Frage, welche Art der Abstimmung bei der Beschlußfassung über die Erhaltung von Gutachten oder Stellung von Anträgen einzuführen sei. Da nach den Bestimmungen des § 38 der Vorlage auch die Minderheit das Recht haben soll, ihre Meinung und deren Begründung schriftlich niederzulegen, vertraten mehrere Redner die Auffassung, daß bei Aufrechterhaltung dieser Vorschrift sich die geheime Abstimmung nicht gut durchführen lasse. Eine Regelung hat sich die Kommission bis zur zweiten Lesung vorbehalten. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Genehmigung für die Arbeitskammern zu treffende Geschäftsordnung nicht von der Aufsichtsbehörde abhängig zu machen, wurde abgelehnt, ebenso ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die den Aufsichtsbehörden durch die Vorlage eingeräumte Aufsichtsbefugnis zu streichen. Hinter den § 4 wurden die Bestimmungen des Zentrumsantrages der Vorlage eingefügt, die die Angliederung der Angestelltenabteilung an die Arbeitskammer behandeln. Danach ist, falls ein Bedürfnis hierzu vorliegt, der Arbeitskammer eine besondere Abteilung für Angestellte anzuschließen. Als Angestellte gelten die in den beteiligten Betrieben beschäftigten Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker. Die Handlungsgeschehen wurden auch diesmal wieder mit einer schönen Resolution vertröstet. Der sozialdemokratische Antrag, die Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung in das Gesetz einzubeziehen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der Polen und der Abg. Raumann und Schirmer abgelehnt.

Die zweite Lesung in der Kommission, die erhebliche Änderungen der Vorlage nicht mehr erwarten läßt, soll noch im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

Kommission für die Zuwachssteuer.

In der Donnerstagssitzung wurde § 8 nach der Vorlage angenommen. Zu § 7 lag folgender Antrag Kraemer vor: „Beruht der Erwerb des Eigentums oder eines Rechtes auf einem steuerfreien Rechtsgeschehen, so ist für die Bemessung des Zuwachses von dem Werte zur Zeit des Erwerbs auszugehen.“ Ueber den Antrag entspann sich eine lange Debatte, bei der sich die Agrarier in ihrem Interesse für den Antrag erklärten; die Regierungsvertreter wandten sich gegen den Antrag; schließlich einigte man sich, die Abstimmung auf die nächste Sitzung zu vertagen. Zu § 8 wurde folgender Antrag Cuno angenommen: „Soweit eine Wertermittlung behufs Berechnung des Veräußerungspreises stattgefunden hat, ist der ermittelte Wert bei dem späteren Steuerfall für Berechnung des Erwerbspreises maßgebend.“ Bei den §§ 10 und 15, die zusammen beraten wurden, handelt es sich darum, was dem Erwerbspreis hinzuzurechnen ist und was von dem Veräußerungspreis in Abzug zu bringen ist. Kommt schon die Veräußerungspreise den Agrariern im weitesten Maße entgegen, so verlangt ein Antrag Westarp, von dem Veräußerungspreise noch in Abzug zu bringen die Wertermittlungen von landwirtschaftlichen, gärtnerischen und forstwirtschaftlichen Grundstücken, die Aufwendungen für Bauten, Umbauten, einschließlich der eigenen Arbeit und Aufwendung. Nach langer Begründung des Antrages wurde von den Gegnern betont, daß sie bei Annahme dieses Antrages dem Gesetz nicht zustimmen könnten. Der Regierungsvertreter erklärte, daß der Antrag eine geradezu ungeheure Belastung der großen Städte bedeute, demgegenüber eine Steuerbefreiung des platten Landes verlange; praktisch sei der Antrag undurchführbar.

Die weitere Debatte wurde auf die Sonnabendssitzung vertagt.

Die Kommission zur Entlastung des Reichsgerichts

lehnte in ihrer Abendssitzung vom Donnerstag den Artikel 8 ab, wonach in der Berufungsinstanz die Gebühren um ein Viertel, in der Revisionsinstanz um das Doppelte erhöht werden sollten. In Konsequenz des Beschlusses wurde auch der Artikel 9, der eine entsprechende Erhöhung der Anwaltsgebühren vorseht, abgelehnt. Die Regierung hatte die Erhöhung der Kosten als einen notwendigen Damm zur Einschränkung der Prozeßlust bezeichnet. — Den jetzigen Bestimmungen über die Zulässigkeit der Revision wurde hinzugefügt, daß Revisionen nicht aus dem Grunde eingelegt werden können, weil die Zeugen oder Sachverständigen zu Unrecht vereidigt oder die Vereidigung zu Unrecht unterblieben sei. Die im Entwurf vorgesehene Bestimmung, wonach eine Revision auch ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen werden kann, wenn sie das Gericht einstimmig für ungründet erachtet, wurde gleichfalls abgelehnt.

Die Verhandlung der Freitagssitzung war der Erörterung des sog. Disformitätsprinzips gewidmet, wonach die Revision nur zulässig sein soll, wenn die Entscheidungen des Landgerichts und des Oberlandesgerichts nicht übereinstimmen. Der Abg. Jund stellte dazu einen Vermittlungsantrag:

„In Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche wird die Zulässigkeit der Revision durch einen den Betrag von 5000 M. übersteigenden Wert des Beschwerdegegenstandes bedingt. Es genügt jedoch ein Wert des Beschwerdegegenstandes von mehr als 2500 M., sofern der Revisionskläger durch eine in der Berufungsinstanz erfolgte Abänderung einer der Rechtskraft fähigen Entscheidung des Landgerichts in dieser Höhe beschwert ist.“

Außerdem will Jund die Revision zulassen, wenn das Oberlandesgericht nach eigenem Ermessen die Zulässigkeit der Revision ausspricht. Die sozialdemokratischen Vertreter bekämpften diese Vorschläge und befürworteten die Vermehrung der Senate beim Reichsgericht. Abg. Jund beantragte, wenigstens für einige Jahre Hilfsrichter zum Reichsgericht einzuberufen.

Die Beschlußfassung wurde ausgesetzt, um den Mitgliedern Gelegenheit zur Rücksprache mit ihren Fraktionen zu geben. Nächste Sitzung Sonnabend.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses

verhandelte am Donnerstagabend den Etat des Herrenhauses und Abgeordnetenhauses. Ueber die Freifahrtsarten gab der Vertreter der Regierung die Erklärung ab, daß die Regierung auf Grund des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 10. Mai v. J. die Frage erneut beraten werde, jedoch sei es noch zu keiner Entscheidung gekommen. Es bestehe die Hoffnung, daß die Angelegenheit in aller nächster Zeit gesetzlich geregelt werde.

Das Opernhaus soll einem umfangreichen Umbau unterzogen werden. Die Kosten sind auf 907 000 M. veranschlagt. Die Forderung wurde bewilligt unter der Voraussetzung, daß mit dem Umbau Zustände geschaffen werden, die weitere Bewilligungen für das alte Opernhaus nicht nötig machen und eine ruhige und sachgemäße Vorbereitung eines Neubaus gewährleisten.

Darauf wurde der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beraten. Der Finanzminister machte Mitteilung über die Konferenz der Finanzminister. Danach ist nach Rücksprache mit den großen Parteien des Reichstages eine Einigung insofern erzielt worden, daß die Matrifularbeiträge bis zum Jahre 1914 nicht mehr als 80 Pf. pro Kopf betragen sollen. Auf die Ueberweisung der Branntweinsteuer soll verzichtet werden, wenn das Rinus der Reichskasse zur Last fällt.

Reichstagsdrucksachen.

Im Reichstage ist eingegangen: Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes.

Aus der Partei.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Eine Jubiläumsnummer des spanischen Zentralorgans „El Socialista“ ist zu Beginn des 25. Jahres seines Erscheinens herausgegeben worden. Das trefflich ausgestattete Festblatt enthält ein Bild von Marx, eine Reihe Porträts des Genossen Iglesias und anderer spanischer Vorkämpfer der Partei, die Wiedergabe der ersten Nummer und zweier früher veröffentlichter Bilder (von S. G. Zentisch und W. Lehmann), die den heutigen Kampf und das Ziel des Sozialismus wirksam veranschaulichen. Der Text umfaßt eine Reihe geschichtlicher Darstellungen des Werdens der Partei und des Blattes, grundsätzliche Erörterungen und Zuschriften einer Reihe hervorragender Genossen Spaniens und des Auslands (darunter Bebel, Kautsky, Gorki, Quack, Bissolati). Möge dem Blatte, das ein würdiges Spiegelbild der Kämpfe und disziplinären Ergründungen unserer spanischen Genossen bietet, der erhoffte agitatorische Erfolg und unserer spanischen Bruderpartei die recht baldige Verwirklichung ihres nächsten Zieles: des täglichen Erscheinens ihres Zentralorgans, beschieden sein!

Personalien. Zum dritten Arbeitersekretär in Frankfurt am Main ist Alwin Kaiser vom Köpferverband gewählt worden.

Soziales.

Wohlfahrtsanstaltungen ohne Wohlfahrt.

Fabrikwohnungen sind in 99 von 100 Fällen für die Arbeiter eine Belastung ihrer Freizügigkeit und ihres Koalitionsrechtes. Der Mietvertrag einer belästigten Hochzeitsgesellschaft in Freimadon bringt dafür ein eklatantes Beispiel. Der § 5 dieses Mietvertrages lautet in seinen wesentlichen Teilen folgendermaßen:

„Der Mieter ist verpflichtet, der Vermieterin (der Firma) die erwachsenen arbeitsfähigen Familienangehörigen in Arbeit zu geben (1). Quartier- und Logisgänger darf er nur so lange in seinen Mieträumen unterbringen, als die betreffenden Personen in einem Arbeitsverhältnis bei der Firma stehen.“ Es ist ein glatter Rückschritt in das Zeitalter der Hörigkeit, wenn sich der Arbeiter mit dem Einzug in die Fabrikwohnung auch gleichzeitig verpflichtet muß, seine erwachsenen Angehörigen in die Fabrik zur Arbeit mitzunehmen. Noch schöner ist der § 6. Er lautet:

Das Betreten der Mieträume durch die hiermit beauftragten Beamten der Vermieterin muß sich der Mieter jederzeit gefallen lassen und hat nicht das Recht, diesen Personen den Zutritt, den Eintritt oder das Verweilen zu verweigern oder zu unterbinden.

Demnach ist es den „beauftragten“ Herren gestattet, jederzeit und so lange sie wollen sich in den Wohnungen der Arbeiter herumzudrücken. Es fehlt nur noch eine Bestimmung, die für den Fabrikherrn das Recht der ersten Nacht für die Töchter der Arbeiter festlegt, und dann ist man wieder voll und ganz im Mittelalter. Daß der Fabrikbesitzer das Recht hat, den Arbeiter aus jedem und seinem Grunde aus der Wohnung sofort hinauszuerwerfen, versteht sich ohne weiteres, dem Arbeiter ist dafür eine 14tägige Kündigungsfrist vorgeschrieben.

Bei solchen Mietverträgen ist es doch wirklich kein Wunder, wenn die Arbeiter allen solchen Wohlfahrts-Einrichtungen recht skeptisch gegenübersehen. Wirkliche Wohlfahrts-Einrichtungen bleiben da immer Ausnahmen.

Submissionsblüten.

Für die Maurerarbeiten zum Neubau des Amtsgerichts in Erfurt wurden, nur für Arbeitslohn, angeboten, als niedrigste Offerte Hansen-Duisburg 79 378 M., als höchste Offerte Kuppel und Granel-Essen 308 949 M. Die letztere Firma fordert also fünfmal soviel als die erstere. Ebenso bezeichnend ist die folgende liebliche Blüte kapitalistischer Kalkulationskunst: Zur Beschaffung von 687 000 Kubikmeter Woden beim Schleusenbau in Niederfinow betrug das niedrigste von der Firma Janak u. Walter in Friedenau abgegebene Angebot 877 000 M., dagegen das höchste von Kohl und Schöllmann in Berlin abgegebene 1 820 000 M. Die Differenz beträgt also rund eine Million Mark.

Gerichts-Zeitung.

In der Erregung über eine Polizeistatue

hatte am 6. März in der Nähe des Bahnhofs Treptow ein Maurer Haack sich zu einem lauten „Pfui!“ hinreißen lassen. Gestern fand er vor dem Landgericht Berlin II (Strafkammer 2) unter der Anklage, die Polizei beleidigt und sie obenein tätlich angegriffen zu haben. Er sollte „Pfui! Bluthunde!“ gerufen und bei seiner Festnahme den Polizeiwachmeister Berresheim mit einem Stoß über den Arm geschlagen haben. Der Angeklagte gab den Ruf „Pfui!“ zu, bestritt aber alles, was die Anklage ihm sonst noch zur Last legte. „Pfui!“ habe er gerufen, nachdem er gesehen habe, wie in der Eisenstraße gegenüber dem Viktoriapark die Polizei ein Lokal andräumte. Das sei in der Weise ausgeführt worden, daß Schutzleute die Leute hinauswarfen und draußen andere Schutzleute sie in Empfang nahmen und sie weitertrieben. Ihn selber habe man nach dem „Pfui!“-Ruf verfolgt, von Schutzleuten sei er mit den Säbeln „immer von oben runter“ geschlagen worden, er habe sich dann festnehmen lassen, aber auch da noch sei er von zwei Gendarmen mit den Säbeln „immer quer über den Kopf“ geschlagen worden, so daß er blutend weggeführt werden mußte. Polizeiwachmeister Berresheim wiederholte die Aussagen, die er in seiner Anzeige gemacht hatte und auf die die Anklage sich stütze. Er fügte hinzu, nach dem Stodhieb sei ein Gendarm gekommen und habe „Haack verurteilt, um seinen Widerstand zu brechen“. Geschlagen habe H., noch ehe er von einem Säbelhieb getroffen wurde. Als er verletzt war, habe er nicht mehr schlagen können und sei halb zusammengesunken. Auch ein Schutzmann, der als Zeuge geladen war, bestätigte den Ruf „Pfui! Bluthunde!“ Diese Beweisnahme genügt dem Gericht, und der Staatsanwalt beantragte gegen den bisher völlig unbescholtenen Angeklagten 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heßemann hatte beantragt, für den gestrigen Termin ein paar von ihm benannte Zeugen zu laden, die jene Polizeistatue näher schildern würden. Vor allem würde eine Frau bekunden, daß sie in der Eisenstraße, als sie zum Bahnhof gehen und von da zum Treptower Friedhof fahren wollte, von Gendarmen überritten worden sei, so daß sie einen Armbruch und andere Verletzungen erlitt. Nachdem diese Beweisangebote abgelehnt worden waren, blieb dem Verteidiger nur noch übrig, für Haack die mildernden Umstände geltend zu machen, die in seiner berechtigten Erregung über die Polizeistatue lagen. Daß durch den Ausdruck dieser Erregung die „Gefährlichkeit der Situation“ — wie in anderen Prozessen dieser Art immer wieder von der Anklagebehörde behauptet wurde — noch gesteigert worden sei, könne man nicht sagen, nachdem die neueste Wahlrechtsänderung dank dem Fernbleiben der Polizei so ruhig verlaufen sei. Das Urteil billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, berücksichtigte seine Erregung und setzte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen fest.

Ihr Bluthunde!

Vor der 135. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte mußte sich gestern der Schlüssler Friedrich Kunsch wegen Beleidigung verantworten. Am 18. März d. J. zog anlässlich des Besuchs der Gräber der Märzgefallenen eine große Menschenmenge durch die Friedenstraße. Als die Polizei die Truppe zurückdrängen wollte, kam es an mehreren Stellen zu Zusammenstößen und Störungen. Der Angeklagte wurde hierbei von dem Kriminalschutzmännchen Schmeil beobachtet, wie er mehrmals die Worte ausrief: Ihr Bluthunde, Ihr Missetäter, Ihr müßt alle zusammen nach Sibirien! — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er damals sehr erregt gewesen sei und sich an nichts mehr erinnern könne. Wenn er die Worte gebraucht habe, so sei er durch das Vorgehen der Schutzleute dazu gereizt worden. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung eine Woche Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schwindt hielt eine erheblich mildere Strafe für ausreichend, da bei derartigen Anlässen die erregte Volkswut unter einer Massenuggestion stehe und allem Anschein nach der sonst ruhige Angeklagte, der sich überhaupt nicht um politische Dinge kümmerte, in die Wut mit eingestimmt habe, genau so wie manch anderer sich unwillkürlich an den Volksaufregungen in einem Theater beteilige. Das Gericht erkannte auf 3 Tage Gefängnis.

Das Grünauer Bootunglück.

welchem zwei blühende Menschenleben zum Opfer gefallen waren, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Heppmann die 2. Strafkammer des Landgerichts II. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung war der Kaufmann Fritz Mannheim. Am 22. August v. J. ereignete sich auf der Dahme in der Nähe des Grünauer Sportdenkmals ein schmerzhaftes Bootunglück. Der Angeklagte, welcher Eigentümer eines leichtgebauten Sportbootes, eines sogenannten „Einfaßlers“ ist, ließ sich verleiten, zwei junge Damen, ein Fräulein Frieda Feld und ein Fräulein Teichler, auf deren Witten hin, mit seinem Boot überzuführen. Da das Boot hierdurch erhebliches Übergewicht erhielt und bei der geringsten Bewegung der Insassen kentern mußte, trat dieser Fall ein, als eine der beiden jungen Damen mitten auf dem Wasser eine unachtsame Bewegung machte. Der Angeklagte rettete sein Leben dadurch, daß er an das Ufer schwamm, während seine Begleiterinnen vor seinen Augen untergingen. — In dieser Sache stand schon einmal Termin an, dieser wurde jedoch verlagert, da ein Lokaltermin an Ort und Stelle für notwendig erachtet wurde. — In der gestrigen Verhandlung beantragte Staatsanwaltschafts-Ressor Eggert gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, während Rechtsanwalt Sonnenfeld die Freisprechung für unbedingt geboten hielt, da der Unfall lediglich durch eine Verletzung unglückseliger Umstände herbeigeführt worden sei. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, da der Beweis, daß das Unglück auf eine Fahrlässigkeit des M. zurückzuführen sei, nicht erbracht sei. Erwiesen sei nicht, daß der Vorfall selbst von keinem Zeugen beobachtet wäre und das Gericht lediglich auf die eigenen Angaben des Angeklagten angewiesen sei.

Eine recht eigenartige Freiheitsberaubung

beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow die 3. Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt war der 17jährige Schlosser Otto Schulte. — Am 16. Mai v. J. fuhr der Angeklagte als Führer des Motorbootes „Alexander“ die Ködnitz bei Erkner entlang. Das nur 30 Personen fassende Motorboot war schon bis aufs Höchste beladett, trotzdem nahm der Angeklagte noch weitere Personen an einer Haltestelle an Bord. Der energische

Protest, welcher von den Fahrgästen gegen diese lebensgefährliche Ueberfüllung erhoben wurde, wurde von dem Angeklagten mit spöttischem Lächeln zurückgewiesen. Ein Kaufmann Zimmermann, der sich in Begleitung einer etwas ängstlichen Dame befand, forderte den Angeklagten auf zu halten und die überzähligen Fahrgäste abzusetzen, oder ihn selbst aussteigen zu lassen. Auf der weiteren Fahrt legte sich das Motorboot mehrmals bedenklich auf die Seite und J. verlangte nochmals kategorisch zu halten, damit er aussteigen könne. Der Angeklagte lehnte dies ab und fuhr mit erhöhter Geschwindigkeit weiter. Um ein Paar hätte sich auch ein unabsehbares Unglück ereignet, da der Angeklagte mit dem ihm entgegenkommenden Sternmotorboot „Ceres“ kollaborierte. — Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten auf die Anzeige des J. wegen Freiheitsberaubung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen. Die Strafkammer, welche sich auf die Verurteilung des Angeklagten hin, nochmals mit dieser Sache zu beschäftigen hatte, hielt ebenfalls eine Freiheitsberaubung für vorliegend und erkannte unter Verwerfung der Berufung wiederum auf 3 Tage Gefängnis, beschloß jedoch, den noch jugendlichen Angeklagten der bedingten Begnadigung zu empfehlen.

Gefängnis für schlechte Affordarbeit.

Zurzeit, wo die Bauprohen mit aller Gewalt auf die verstärkte Einführung der Affordarbeit im Baugewerbe dringen, kommt ein Gerichtsurteil aus Stendal, das drei Arbeiter wegen schlechter Arbeit zu Gefängnisstrafen verurteilte, sehr zur rechten Zeit. Der Maurermeister Behne aus Stendal hatte die Herstellung der Maurerarbeiten bei der dortigen Alkanalage übernommen und dabei die Ausführung einer Mauer den drei Affordmauern Krüger, Bist und Hüfner übergeben. Die Affordmauer stellten nun, um bei dem niedrigen Preis doch noch ein Geschäft zu machen, die Mauer in der Weise her, daß sie auf beiden Seiten Blenden aufführten und das Innere anstatt mit massivem Mauerwerk, mit Erde ausfüllten, natürlich ohne Mörtel. Zwei auf demselben Bau in Stundenlohn beschäftigte Maurer, teilten dieses, da sie von der Wand ein Einstürzen und somit einen Unglücksfall befürchteten, der städtischen Behörde mit, worauf diese sofort die Niederlegung der Arbeit forderte. Der Unternehmer Behne erlitt dabei einen Schaden von 3000 M., da er der Stadt für die Arbeit haftete. Die drei Affordmauern hatten sich vor der Strafkammer wegen Betrug zu verantworten. In ihrer Verteidigung führten sie an, daß es ihnen bei dem niedrigen Affordpreis nicht anders möglich war. Die Kammer verurteilte jeden der Angeklagten zu einem Monat Gefängnis. Der Vorsitzende betonte dabei, daß das Gericht berücksichtigt habe, daß in Folge des niedrigen Preises die Verführung zu solcher betrügerischen Arbeit sehr nahe gelegen habe.

So wie hier geschieht es in unzähligen Fällen; auch Berlin kann davon ein Lied singen, und doch pries Herr Felsch, der Ober-Schaffmacher im Baugewerbe erst vor wenigen Tagen wieder in der „Arbeitszeitung“ die Affordarbeit als „den notwendigen Regulator der Löhne“. Herr Felsch kennt natürlich die Fuscherei im Affordverhältnis sehr genau, aber er weiß, daß man mit dem Afford Menschen und Löhne forumpieren kann. Im Baugewerbe darf, wenn man Menschenleben schonen will, nur der Grundsatz gelten: fort mit der Affordarbeit!

Vermischtes.

Die Hochwasserkatastrophe in Serbien.

Immer neue schreckliche Einzelheiten aus dem Ueberschwemmungsgebiet in Serbien werden bekannt. Am schlimmsten scheint die Stadt Kragevay mitgenommen worden zu sein. Hier stehen 530 Häuser, Kirchen, Fabriken, die amtlichen Gebäude, die Strafhäuser und Spitäler unter Wasser; ganze Straßen sind durch das Wasser vernichtet worden. 18 neue Verluste an Menschenleben werden gemeldet. In der Umgegend von Kragevay sind 20 Dörfer völlig überschwemmt. Ungeheuren Schaden hat das Hochwasser unter dem Viehbestande angerichtet, große Herden von Zugtieren sind zugrunde gegangen. Der Schaden, der allein in der Stadt Kragevay angerichtet wurde, beziffert sich über zwei Millionen Dinars. Großen Schaden erlitt auch die Gegend um Schumadia sowie ganz Westserbien.

Die Flüsse im Innern des Landes führen Teile von Häusern, Leichen von Menschen und Tieren mit sich. Das Viehfutter ist in verschiedenen Gegenden vollständig vernichtet. In verschiedenen Dörfern sind große Verluste an Menschenleben zu beklagen, so hat auf einer Landstraße die Wasserflut einen großen Bauernhofen, der vom Jahrmärkte zurückkehren wollte, überrascht und ihren Tod herbeigeführt.

Ueber den Verlauf der Katastrophe in Kragevay schreibt ein Augenzeuge: Ein furchtbarer, in dieser Stärke je beobachteter Regen ging hernieder. Der Sturm wütete vom Mittag bis zum Abend, ein schweres Gewitter folgte dem anderen, Wolkentrübe brachten wahre Wasserlawinen. Von allen Seiten läuteten die Glocken, als kündeten sie dem Volke, unter dem eine furchtbare Panik ausgebrochen war, ein neues Gottesgericht. Aus den Kasernen wurden Alarmgeschüsse abgegeben, ebenso gaben Trompeten Alarmsignale. Auch die Fabrikpfeifen ertönten, um Hilfe herbeizurufen. Ganze Straßen der Unterstadt, in der Nähe des Lepenijaflusses, der die Ueberschwemmung hervorrief, waren in wenigen Minuten bis zu einer Höhe von zwei Metern unter Wasser gesetzt. Zahlreiche Gewölbe und Geschäfte wurden förmlich weggerissen, Militär war fortgesetzt mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Die Nacht war furchtbar. Frauen und Kinder weinten, man flüchtete auf die Dächer der Häuser, auf die Bäume, die Kirchdächer, und das alles im Dunkel der Nacht, nachdem die Beleuchtungswerke infolge der Wasserflut ihren Betrieb hatten einstellen müssen.

Fahrt der Kölner Tenballons nach Gomburg.

Gestern unternahm die drei in Köln stationierten lenkbaren Luftschiffe „P. II“, „M. I“ und „J. II“ eine gemeinsame Fernfahrt nach Gomburg u. d. Höhe. Wegen der böigen Winde mußte die Fahrt, die für den Morgen festgesetzt war, bis um 11 1/2 Uhr verzögert werden. Nachdem sich das Wetter gegen Mittag etwas aufgeklärt hatte und die Windströmung eine günstige war, stiegen die Luftschiffe in kurzen Abständen leicht und sicher auf. Zunächst manövierten sie einige Zeit über Köln und schlugen dann die Richtung nach Bonn ein, wo sie um 12.05 Uhr gesichtet wurden; Punkt 1 Uhr passierten sie Koblenz. Bereits bald nach 3 Uhr wurden sie von Gomburg aus gesehen, um 3 1/2 Uhr landete als erster auf dem für die Ankunft vorgesehenen Plage der „P. II“, dann folgten „J. II“ und „M. I“. Die Begeisterung des Publikums bei der Ankunft der Luftkreuzer war groß. Wegen Abend soß die Rückfahrt vor sich gehen.

Schwerer Unfall auf einem deutschen Dampfschiff.

Wie ein Telegramm aus Wilhelmshaven meldet, riß bei der Kohlenübernahme auf dem Dampfschiff „Zähringen“ gestern morgen eine Droße, so daß die ganze von ihr gehaltene Kohlenlast in den Kohlenraum zurückfiel. Durch die herabfallenden Kohlen wurden sieben Mann, ein Bootsmannsmaat, ein Obermatrose und fünf Ratrosen getroffen und verletzt, zum Teil schwer. Alle Verletzten mußten ins Lazarett gebracht werden. Die Namen der bei dem Unfall Verunglückten sind: Bootsmannsmaat Vergmann, Obermatrose Grähler, die Ratrosen Hoffkamp, Busendorf, Vinskind, Stumpf, Rauch.

Kleine Notizen. Den Tod zum Gärtner machte die Obrigkeit der ungarischen Ortschaft Hajduborog. Seit zwei Jahren kamen dort viele Diebstähle vor, ohne daß man den Tätern auf die Spur kam. Jetzt stellte sich heraus, daß die beiden Ortopolizisten die Spitzbuben waren. — Auf einer Landstraße in der Nähe von Budapest wurden zwei deutsche Handwerker durch einen vom Elig erschlagen. — Auf der Chaussee nach Reims (Frankreich) stieß ein Automobil mit einem Lastwagen zusammen. Eine in dem Wagen sitzende Krankenschwester wurde herausgeschleudert und lebensgefährlich verletzt. Auch der Chauffeur wurde mit schweren Verletzungen unter dem zertrümmerten Automobil hervorgezogen. — In der Nähe von Jundubur wurde eine Abteilung Soldaten von einer Lomine überfallen. Zwei Soldaten wurden verwundet, die übrigen kamen mit dem Schred davon.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Linienstr. 73. Telefon: Amt III, 9319.
Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikorsälen, Kaiser-Wilhelmstraße 18 m:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Stichwahlhandbäten. 2. Punkt 9 1/2 Uhr: Stichwahl der Delegierten zum Verbandstag. 3. Vortrag des Kollegen Emil Danner über „Die Anfänge der sozialistischen Bewegung in Deutschland“. 4. Anträge und Beschlüsse.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen, wir erwarten zu dieser Versammlung zahlreichem Besuch. Die am Donnerstag, den 21. d. Mts., stattgehabte Wahl hatte kein Ergebnis, weil kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigete. Die Stichwahl ist deshalb von entscheidender Bedeutung.
Wir erlauben die Vertrauensleute, alle Mitglieder auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Eine besondere Einladung geht den Mitgliedern nicht mehr zu.
178/9*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Küchenmöbelbranche.
Montag, den 25. April 1910, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a:

Berufsammlung

aller in der Branche beschäftigten Tischler u. Maschinenarbeiter.
Weissenow und Rixdorf sind hierzu eingeladen.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
62/11 Die Branchenleitung.

Verband der Schneider.

Filiale Berlin I.

Achtung! Herrenkonfektion. Achtung!

Am Sonnabend, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schulz, Münst. 17 (Eingang Königgraben), eine Sitzung der Kollegen der Firmen Stern, Gebr. und Hugo Permann statt. In dieser Sitzung ist das Lohn- und Verbandsbuch zur Kontrolle mitzubringen.
Am Montag, den 25. April, in demselben Lokal Sitzung der Kollegen der Firma S. Reichmann.
Am Sonnabend, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Scherndorf, Neue Königl. 30, Sitzung der Kollegen der Firmen Ph. Hto und Wüller u. Leopold.
Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Sitzung der Kollegen der Firma Sohn u. Sohn, Werkh. und Heimarbeit. In dieser Sitzung werden die Tarife ausgegeben.
Wolzhelliges und pünktliches Erscheinen erwartet Die Kommission.
162/15

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

E. H. 3 Hamburg.

Mitglieder-Berufsammlungen

der örtlichen Verwaltungstellen:

- Berlin A: Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wählich, Stallier Str. 22.
 - Berlin B: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 7).
 - Berlin C: Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Zah, Hornstr. 2.
 - Berlin D: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, in der Bahnhofs-Brauerei, Turmstr. 25/26.
 - Berlin E: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Roske, Kolberger Straße 23.
 - Berlin F: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, bei Paul Obigo, Schwebler Straße 23.
 - Berlin G: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, in Manns Hornuasälen, Straußberger Straße 3.
 - Berlin H: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, bei Reichardt, früher Tollsdorf, Gieriger Straße 58.
 - Berlin J: Am Sonntag, den 24. April, vorm. 10 Uhr, im Restaurant G. Greibe, Kominiener Str. 2.
- Lichtenberg, Stralau-Kummelsburg: Am Sonntag, den 24. April, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Viedenhagen, Lichtenberg, Schanzenstr. 69.
Schöneberg: Am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Kuschke, Reiningen Straße 8.

Tages-Ordnung:
1. Rassenbericht vom 4. Quartal 1909. 2. Wahl der Ortsverwaltung inklusive Beitragsmaler. 3. Rassenbericht vom 1. Quartal 1910. 4. Beschlüsse und Rassenangelegenheiten.
184/4
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchen Die Ortsverwaltungen.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnstation Jenthen. Besitzer: W. Heinrich.
Für besprechenden Sommerhalbjahr halte ich mich werten Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Förderung aufmerksamer Bezeichnung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Belustigungen aller Art.
45/42* W. Heinrich.

„Bellevue“ Woltersdorfer Schleuse

am Platensee gelegen.
Großer Parkettfußboden-Saal.
Vereins- und Gesellschafts-Lokal.
165/16

Herren-Sommer-Anzüge
in großer Auswahl sind gut und billig zu haben
Brunnenstr. 158, Otto Heinleke.
Laden ganz getrichen.

Aus der Partei.

Zur Meiseier.

Verbote von Meiseiermärschen, deren Begründungen im allgemeinen den schon mitgeteilten entsprechen, sind noch ergangen in Königsberg i. Pr., Danzig, Erfurt, Paderborn, Elbe, Wilhelmshagen, Lüneburg, Zehlendorf bei Berlin und Genthin.

In Danzig erfolgt das Verbot, weil ein Meiseierzug eine politische Demonstration ist, die die öffentliche Sicherheit gefährden könne. Unsere Genossen wollten die Garantie für die Ordnung übernehmen, aber die Polizei ist der Ansicht, weil am 10. April 150 Versammlungsteilnehmer vor der Wohnung des Regierungspräsidenten ein Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht haben, seien die Genossen nicht in der Lage, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

In Erfurt behauptet der Bescheid, daß bei der durch die fortgesetzten Agitationen erregten öffentlichen Stimmung Ausschreitungen um so eher zu befürchten sind, als auch die Teilnehmer der am 13. Februar, 6. und 14. März sowie 10. April stattgefundenen Protestversammlungen sich von solchen nicht überall haben zurückhalten lassen und daher die Annahme gerechtfertigt ist, daß bei dem für den 1. Mai geplanten öffentlichen Umzug erneut Ausschreitungen eintreten werden! Die „Ausschreitungen“ an den betreffenden Tagen bestanden darin, daß die Wahlrechtsdemonstranten in den Straßen spazieren gingen und Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausbrachten. — Der Bürgermeister von Zehlendorf verweigert die Genehmigung, da aus dem sozialen Gesichtsstand, der in der Veranstaltung des Aufzuges seinen Ausdruck findet, und dem an Sonntagen am hiesigen Ort sehr stark auftretenden Fremdenverkehr Gefahr einer Kollision zu befürchten ist. Der Gedankengang ist nicht neu, die Ausdrucksweise einigermaßen originell, freilich auf Kosten der deutschen Sprache.

Besonders originell ist die Begründung, die die Polizeiverwaltung von Genthin gibt. Es heißt in dem polizeilichen Schreiben u. a.: „Erst vor kurzem sind in einer Nachbarstadt bei den Wahlrechtsschuldensdemonstrationen aus den Häusern Töpfe, Teller, Schüsseln usw. auf die Demonstranten in den Straßen geworfen worden, wodurch nicht nur die Demonstranten selbst, sondern auch sämtliche Fuß- und Radwegpassanten gefährdet wurden. Ein gleiches Verhalten der hiesigen lokalen Bürgerschaft steht eventuell zu erwarten, und dürfte es in Ihrem eigenen Interesse liegen und um Ihrer eigenen Sicherheit willen angebracht erscheinen, daß dieser Umzug nicht gestattet wird.“ Ein hübsches Zeugnis, das die Genthiner Polizei der „lokalen“ Bürgerschaft ausstellt!

In Potsdam hat die königliche Polizeidirektion die für vormittags 8—10 Uhr geplante Meiseierversammlung verboten. Nach einer Verordnung des Konsistoriums sollen öffentliche Versammlungen nicht vor der Mittagszeit (10—12 Uhr) abgehalten werden.

Genehmigung zu Umzügen werden aus Bremerhaven, Geestemünde, Branderburg und Rathenow gemeldet. In der letzteren Stadt findet im Anschluß an den Umzug eine Versammlung unter freiem Himmel auf einem in den städtischen Anlagen gelegenen Platz statt. Im Zuge dürfen Fahnen und Plakate nicht geführt werden.

Außerdem werden Genehmigungen gemeldet aus Hanau, Weerane, Wittweida und Oberlungwitz (Sachsen).

Straffkonto der Arbeiterpresse.

Wegen Beleidigung des freisinnigen Magistratsrats Heim in Nürnberg wurde Genosse Schlegel von der „Fränkischen Tagespost“ zu 350 Mark Strafe verurteilt. Bei einer Ausperrung der Müller benutzte der Privatkläger eine verlogene Kotiz des freisinnigen „Fr. Kurier“ über eine angebliche Massenansammlung Ausgesperrter mit den obligaten Ausschreitungen, um im Magistrat eine Interpellation einzubringen und scharfe Polizeimaßnahmen zu verlangen. Die „Fränkische Tagespost“ hatte die Ungezogenheit und das Vorgehen Heims scharf kritisiert, worauf Heim in öffentlicher Sitzung die Behauptung von Ausschreitungen aufrechtstellte und die „Tagespost“ des Doppelspiels und der böswilligen Verleumdung beschuldigte. Die „Tagespost“ blieb ihm natürlich die Antwort nicht schuldig. Bald darauf ging er wiederholt im Magistrat gegen den Konsumverein vor, der eben eine neue Bäckerei eröffnet hatte, die vielen Leuten in Nürnberg sehr un bequem war. Weil durch in undicht gemordenes Leitungsdampf Wasser in den Vorraum des Kessels eingedrungen war, sprach Heim von gesundheitslichen Mißständen usw. und hielt diese Behauptungen auch noch aufrecht, nachdem die beiden Bürgermeister erklärt hatten, daß die Zustände im Konsumverein durchaus muster-gültig seien. Auch wegen dieses Vorgehens wurde Heim scharf von der „Tagespost“ angegriffen.

Trotzdem auch das Gericht feststellte, daß Heim keinen Anlaß zu seiner Interpellation hatte, und daß die Verhältnisse im Konsumverein als muster-gültig zu betrachten sind, kam es zu der enorm hohen Strafe.

Die Ergebnisse der diesjährigen Gemeindevahlen.

Übermals kann die Sozialdemokratie der Kreise Niederbarnim und Teltow-Fläming auf hättliche Erfolge zurückblicken. Neben dem preussischen Wahlkampf, den sie mit den Entschiedensten gegen Preussens geführte, hat die Arbeiterschaft der Berliner Reichsbezirk einen zähen Kampf mit den Gegnern jeglichen kulturellen Fortschritts in den Gemeinden ausgefochten. Und sie hat in diesem Kampfe in fast allen Gemeinden den Gegnern Terrain abgerungen, soweit bei dem auch hier geltenden dreiklassenwahlrecht die Möglichkeit darbanden war. Ohne Zweifel ist die gegenwärtige allgemeine politische Situation von Einfluß auf den Ausgang des Kampfes gewesen, denn es sind in diesem Frühjahr in einer Reihe Orte sozialdemokratische Vertreter gewählt worden, in denen man vor zwei Jahren noch nicht damit gerechnet hatte.

Außerdem aber darf nicht verkannt werden, daß die von einer kleinen Clique in den Gemeinden betriebene Interessenspolitik immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein kommt. Je mehr die Sozialdemokratie die Schäden aufdeckt, die eine solche egoistische Politik verursacht, desto größere Kreise werden für die kommunalpolitischen Fragen interessiert. Von dieser regen Anteilnahme der Bevölkerung an der kommunalen Politik wissen die Bevorchoreten, weshalb sie besonders heisse Dinge dem Forum der Öffentlichkeit entziehen und in der geheimen Sitzung zur Verhandlung bringen. Ihre schlechte Gewissen fürchtet die Öffentlichkeit. Noch denken die in den Gemeinden sitzenden „Schieber“ und Spekulanten an die traurige Vergangenheit, also sie in gemächlicher Ruhe, ohne sich erst von einem Gegner bloßstellen lassen zu müssen, ihr Schicksal im Kreise bringen konnten. So leicht haben sie es jetzt nicht mehr. Kein Wunder, wenn unsere Gegner mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, ein weiteres Eindringen sozialdemokratischer Vertreter in die Gemeinde zu hindern trachten. Das von uns bereits früher kritisierte Verfahren, die Wahlhandlung in eine

für die meist außerhalb des Ortes beschäftigten Arbeiterwähler ungünstige Zeit zu verlegen, hat, wenn auch nicht mehr in dem früheren Umfange, so doch immer noch vereinzelt Anwendung gefunden. Nicht Mangel an Verständnis und Einsicht, sondern das Bestreben, die Arbeiterschaft von der Verteilung fernzuhalten, ist es, das die Gemeindebehörden zur ungünstigen Festsetzung der Wahlzeit bestimmt. So sind z. B. in Rühlensbeck, wo für die dritte Abteilung die Wahlzeit auf 2—4 Uhr nachmittags festgesetzt war, unsere beiden Vertreter diesmal den Bürgerlichen unterlegen. Trotz alledem haben uns die diesjährigen Gemeindevahlen, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist, einen erfreulichen Fortschritt gebracht.

Table with 10 columns: Gemeinde, Abteilung, Zahl der sozialdemokr. Vertreter (1906, 1908, 1910), Sozialdemokratische Stimmen (1906, 1908, 1910), Stimmen der Gegner (1910). Rows list various municipalities like Biersdorf, Bergfelde, Biesdorf, etc.

1) In Friedrichshagen hatten wir nur ein Mandat zu verteidigen, daher die gegen vor zwei Jahren niedrigere Stimmenzahl. 2) Auch in Groß-Lichterfelde stand diesmal nur ein Bezirk zur Wahl. 3) Vorgestern hat die Marienfelder Gemeindevertretung die Wahl unserer beiden Genossen für ungültig erklärt, weil der Wahlvorstand unbeglaubigte Stimmzettel zurückgewiesen hat — übrigens ein Verfahren, das auch die Wägung der Beschwerdefassung finden muß. 4) In Pantow gelang es den Gegnern unter Führung des Reichsverbandes, uns infolge des Parteistreites vor zwei Jahren vier Mandate zu entreißen. Drei davon haben unsere Genossen diesmal wieder erobert. 5) In Zepel hat der Gemeindevorsteher als Vorsitzender des Wahlvorstandes die Wahl des Genossen Krenke, weil derselbe nicht Angefessener im Sinne der Landgemeindevordnung sein soll, für nichtig erklärt und eigenmächtig eine Neuwahl angeordnet. Auch hiergegen ist der Klageweg beschritten. 6) In Zempelhof sind inzwischen die sozialdemokratischen Mandate von der Gemeindevertretung für ungültig erklärt worden. Unsere Genossen haben, da sie die angeführten Gründe für sich haltig erachten, den Klageweg beschritten.

Die Zahl der Vertreter ist nach der Aufstellung von 74 im Jahre 1906 auf 128 im Jahre 1908 und auf 182 in diesem Jahre gestiegen. Erfreulich ist der in einigen Orten zu verzeichnende außerordentliche Stimmengewinn unserer Partei. Wenn es in einigen Orten trotzdem nicht gelang, unsere Kandidaten durchzubringen, so trägt nicht zum mindesten Schuld daran die nach den Bestimmungen der Landgemeindevordnung oft unzulässige Anwendung des Stimmensystems. Je mehr sich die Gegner in ihrer bisherigen Position bedroht fühlen, desto mehr suchen sie die Stimmen derjenigen zu ergattern und gegen die Sozialdemokratie auszuspielen, die im Orte ein Grundstück besitzen, aber außerhalb desselben wohnen. Oft sind das solche Besitzer, denen nach dem klaren Wortlaut der Landgemeindevordnung ein Recht zu wählen nicht zusteht. Doch unsere Amtsvorsteher kümmern das herzlich wenig; sie nehmen diese Art Korruption einfach in die Wählerliste auf, wird doch mit einem solchen Papiersturm die Gemeinde vor dem Umsturz gerettet. So hatten wir z. B. in Rieder-Schönhausen mit 238 Stimmzetteln zu rechnen. In Wauwer wurden 133 solcher Stimmen abgegeben; in Wixtenwerder befanden sich unter den gesamten 182 bürgerlichen Stimmen allein 98 Stimmzettel; in Ecker 77, in Schneide 39 usw.

In verschiedenen Orten haben unsere Genossen gegen diese Art der Listenaufstellung, die selbstverständlich stets die Zustimmung der arbeitserfreundlichen Gemeindevertretungen finden, den Klageweg beschritten.

In einigen Orten mußten wir in Ermangelung geeigneter anfähiger Kandidaten das Mandat kampflos dem Gegner abgeben.

Ein Schauspiel, das zugleich einen Lohn auf die Landgemeindevordnung darstellt, bot sich in Straßau. Dort wurden bei der Wahl auf den sozialdemokratischen Kandidaten 225 Stimmen abgegeben. Da jedoch ein Angefessener zu wählen war, unser Kandidat diese Eigenschaft aber nicht besaß und unsere Genossen einen solchen Bläffischen auch nicht finden konnten, mußte eine nochmalige Wahl stattfinden. Nun übten von 890 eingeschriebenen Wählern nur 17 ihr Wahlrecht aus, wovon 13 Stimmen auf den bürgerlichen Kandidaten entfielen, der nunmehr als gewählt in die Gemeindevertretung einzog. Dieses Beispiel zeigt die Rückständigkeit, ja Lächerlichkeit der Landgemeindevordnung in bezug auf die Beleuchtung, in ihm kommt der Geist der „geborenen Beschneher“ sowie der durch ein Privilegienrecht gewählten Vertreter zum preussischen Landtag zum Ausdruck.

Neu ist in dem verflochtenen Gemeindevahlkampf, daß in Sieglitz und Marienfelde die Stichwahl am Sonntag stattfand. Dieser Umstand, durch den wir in beiden Orten den Sieg errangen, haben wir der starken Befähigung des Wahlvorstandes durch unsere Genossen zu verdanken. Es zeigte sich hier an der weit zahlreicheren Wahlbeteiligung, wie gerechtfertigt unsere Forderung ist, die Wahlen an gesetzlichen Feiertagen stattfinden zu lassen.

In den Orten, in denen unsere Bewegung noch zu schwach war, um mit den Bürgerlichen den Kampf mit Erfolg zu bestehen, geben unsere Genossen mit doppeltem Eifer an den Ausbau der Organisation sowie die Verbreitung unserer Ideen. So besteht denn auch kein Zweifel darüber, daß uns die nächsten Wahlen bei intensiver agitatorischer Tätigkeit weitere erfreuliche Fortschritte bringen müssen.

Aus der Frauenbewegung.

Bund für Mutterhaus. Eine uns zugegangene, von Adele Schreiber unterzeichnete Zuschrift beschäftigt sich mit unserer objektiven Auslassung über die tieferen Ursachen der Krise im Bund für Mutterhaus. Zum Teil beschäftigt sich die Polemik mit persönlichen Fragen, teils zieht sie Auslassungen von dritter Seite, von denen wir gar keine Notiz nahmen, in den Kreis der Erörterung. Darauf jetzt einzugehen, sähien wir keine Veranlassung, da wir die rein persönlichen Fragen auch bisher schon streng ausgeschaltet haben. Ein Teil der Polemik ist soeben aus pregelegenen Gründen ausgeklammert worden. Was wir aus der Zuschrift glauben mitteilen zu sollen, sind folgende Behauptungen von Frau Adele Schreiber:

Der Kampf verdanke seine Entstehung keineswegs persönlichen Gründen. Ebenjowenig sei die gegenwärtige Krise aus einem Kampf zwischen radikalen oder konservativen Anschauungen hervorgegangen, sie sei vielmehr aus der Tatsache erwachsen, daß für amähernd fünf Jahre Bundeseinnahmen und -ausgaben keine klare, befriedigende Uebersicht zu erlangen gewesen sei. Wörtlich heißt es dann weiter:

Der Bund hat bisher weder Mitgliederlisten noch Kassenberichte verfaßt. Selbst Vorstande und Ausschussmitglieder ist der Einblick in die Mitgliederliste verweigert worden, selbst dem Vorstand war es somit unmöglich, Zahl und Beitragsleistung der Mitglieder zu kontrollieren.

Ich stelle fest, daß es mir und meiner „Nichtung“ auf folgendes ankommt: Korrekte Geschäftsführung durch eine besoldete, selbständige Kraft unter Kontrolle eines ehrenamtlichen Vorstandes, genaue und schnelle Rechnungslegung für jeden Pfennig anvertrauten Geldes, ein richtiges Verhältnis zwischen festen Einnahmen und Verwaltungskosten, genaueste Befolgung der Statuten, Wahrheit und Klarheit in allen Dingen, Ausschaltung jedes persönlichen Regiments und jedes Systems. Der Verbindungen und Ehrenämtern, neutrale Vorstandszusammensetzung, neutrale, allen zugängliche Lage der Bureau, (nicht in der Privatwohnung bestimmter Vorstandsmitglieder) hierdurch auch die Möglichkeit für den übrigen Vorstand, jederzeit in die Vereinspapiere Einsicht zu nehmen, Prüfung der Kassenverhältnisse durch einen vereidigten Sachverständigen! Eine in Halle im Vertrauen auf zwei kaufmännisch gebildete Revisoren gefasste Resolution besagte, die Finanzangelegenheiten seien geprüft und in Ordnung befunden. Die nähere Durchsicht aber der in Halle verteilten Abrechnung, der ersten, die den Mitgliedern jemals in die Hände gegeben wurde, zeigt so viele Fehler, Unrichtigkeiten und Widersprüche, daß sie bringend einer Auffklärung und unanfechtbaren Ueberprüfung bedarf.

Prostitution und Kapital.

Auf eine Anregung des Internationalen Abolitionistenbundes hin findet in St. Petersburg unter den Prostituierten zurzeit eine Enquete über die Ursachen, die sie der Prostitution zuführen, statt. Mit furchtbarer Deutlichkeit erkennt man in den größtenteils knappen und einfachen Antworten den innigen Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und einer seiner unmittelbaren Folgen: der Prostitution. Ob Prohibitoren oder Dienstherren, Kuppler oder Lehmannen, stets sind es die wirtschaftlich Mächtigeren, stets sind es die Folgen der heutigen Produktionsweise, die die wirtschaftlich Abhängigen niederrücken, die Tausende und aber Tausende von Frauen und Mädchen der Prostitution zutreiben. Unter dem bis jetzt gesammelten reichen Material erwecken besonderes Interesse die Antworten auf Punkt 12 des Fragebogens: „Was hat Sie der Prostitution zugeführt?“

„Das Leben der Arbeiterin ist zu schwer“, antwortet eine ehemalige Gärtnerin, die sich mit dem 18. Lebensjahre zu prostituierten begann. „Die Arbeitszeit währt von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends; der Lohn schwankt zwischen 30—50 Kopfen pro

Tag. — Eine andere ehemalige Arbeiterin schreibt: „Ich mußte einmal von der Arbeit ausruhen. Zu Anfang verdiente ich mir nur etwas hinzu, bald aber zwang die Not mich, ein Willkür zu lösen. (Gleichbedeutend mit Sittenkontrolle.) Da ließ ich denn die Arbeit ganz fahren.“ — Sehr charakteristisch ist auch die Antwort einer früheren Weibhüterin: „Ich brauchte mehr Geld für meine Kinder; aber dann starben sie und da war es mir schon ganz gleich, wie ich lebte.“ — Eine ehemalige Gouvernante schreibt: „Der Vater meiner Schülertinnen verführte mich. Danach wagte ich schon nicht mehr, Gouvernante zu sein.“ — Viele Antworten lauten lakonisch: „Ein Student verführte mich; er mißte mich ein und so ging es dann weiter.“ — „Mein Dienstherr steckte mich mit Syphilis an, dann verlor ich die Stelle.“ — „Auf der Mehrzahl der Fragebogen steht einfach zu lesen: „Aus Not“, „Aus Armut“, „Verlor die Stelle“, „War drei Monate arbeitslos“, „Ich diente in einem Restaurant; da bringt es das Geschäft mit sich“, „Verpuppt“, „Verschiebt“, usw.

Aus den weiteren Antworten geht hervor, daß der Übergang zur Prostitution im Durchschnitt in das 18. bis 20. Lebensjahr fällt. Deutlich tritt auch hier wiederum die Wirkung der Arbeitsbedingungen zutage: so prostituierte sich ein Mädchen, das bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends einen Tageslohn von 40 Kopelen erhielt, bereits mit dem 16. Lebensjahre. In

demselben Alter verfiel der Prostitution ein Mädchen, das seit dem 12. Lebensjahre in einer Jahrmarkts-Schaubude tätig war. Die traurigen Lohn- und Lebensverhältnisse der umherziehenden Schausteller ist ja zur Genüge bekannt.

Eine Anzahl anderer Frauen fallen der Prostitution erst gegen das 25. Lebensjahr anheim. So eine verheiratete Köchin, die in einer Kaufmanns-Familie tätig war. Um die fragliche Zeit stirbt ihr Mann und die Sorge um den Unterhalt der Kinder fällt ihr allein zu. Sie tut die Kinder in Pflege aufs Land und zahlt noch jetzt in regelmäßigen Raten den Pflanzgeld.

So verschieden diese Fälle an sich sein mögen, in ihnen allen läßt sich doch mittelbar oder unmittelbar die gemeinsame Ursache erkennen: die brutale Herrschaft des Kapitals. Erdrückend lange Arbeitszeiten, menschenunwürdige Löhne, Mißbrauch des Abhängigkeitsverhältnisses und in vielen Fällen einfach Arbeitslosigkeit. Noch ein anderer sehr bedeutsamer Zug aber ist ihnen gemein: sämtliche Frauen, um die es sich handelt, waren nicht organisiert. Daraus sollen wir wiederum lernen. In einer Zeit, da der Kapitalismus seine wildesten Orgien feiert, da — wie wir es jetzt wieder im Vaugewerbe erleben — Hunderttausende von Arbeitern, wenn sie nur ihr einfaches Recht verlangen, kurzweg auf die Straße fliegen, ist der einzelne hilf- und machtlos. Nur vereint kann das Proletariat siegen. Alle Männer

und Frauen — vornehmlich aber an die Frauen sind diese Worte gerichtet! — ob Fabrik- oder Landarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen oder Hausangestellte, sie alle gehören deshalb in die Organisationen, die ihnen nicht nur mit Rat und Tat zur Seite stehen, sondern auch allein imstande sind, den großen Kampf erfolgreich zu führen, den Kampf um die Menschenrechte des Proletariats gegen den gemeinsamen Feind — den Moloch Kapitalismus.

Lesende.
 Rügen. Montag, den 25. April, 8 1/2 Uhr, im Lokal Albert Stippeloh, Schönerrinder Str. 5.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufs-genossen Deutschlands. „Dankung“, C. S. 84. Verwaltungsstelle Berlin. Heute Sonntag, den 23. April, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15: Ungebetenliche Mitglieder-versammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. April, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. S. Wille: „Das Verbrechen II. Seine Bekämpfung.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Theater und Vergnügungen

Sonabend, den 23. April.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Königl. Opernhaus. Pola.
 Königl. Schauspielhaus. Jussus
 Salar.
 Neues. Die Braut von Messina.
 Kammerstücke. Götter.
 Neues Königl. Opernhaus.
 Geschlossen.

Anfang 8 Uhr.
 Neues Schauspielhaus. Hochzeit
 der Sobolde. Wie er ihren
 Mann belog.
 Komische Oper. Hugenotten.
 Zeffino. Das Konzert.
 Kleines. Luribus.
 Berliner. Lohin.
 Neues. Die goldene Axt.
 Neues. Die geschiedene Frau.
 Neues Operetten. Der Graf von
 Luxemburg.
 Trianon. Theobald u. Cie.
 Neues. Das Nachlicht.
 Theaia. Die Dollarprinzessin.
 Gebel. Der Frosch. Das Fest-
 hübschen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
 Schiller O. (Königl. Theater.)
 Die Katakomben.
 Schiller Charlottenburg. Goldene
 Herzen.
 Friedrich Wilhelmstädtisches.
 Alt-Heidelberg.
 Volkoper. Die Zauberflöte. An-
 fang 8 1/2 Uhr.
 Linsen. Der Weichensprecher.
 Neue. Preciosa.
 Kadim. 3 Uhr: Wilhelm Tell.
 Schauspielhaus. Das Leutnants-
 mündel.
 Metrovet. Dolch!! — Die große
 Kanne.
 Volles Caprice. Ein verschwiegenes
 Axtel. Eine gründliche Kur.
 Casino. Berlin bei Nacht.
 Gebr. Herrnsfeld. Wenn zwei das-
 selbe tun. Das starke Stück.
 Endlich allein. Die letzte Ehe.
 Kypko. In den Katakomben von
 San Francisco. Spezialitäten.
 Volgt. Geschlossen.
 Noack. Alt-Heidelberg, du seine
 Vantage. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Palast. Spezialitäten.
 Karl Haberland. Spezialitäten.
 Walhalla. Spezialitäten.
 Duggenbogen. Spezialitäten. (An-
 fang 7 1/2 Uhr.)

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Nachmittags 4 Uhr:
Rom und die Campagna.
 Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

Herrnsfeld
 Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5083.
 Heute präziße 8 Uhr:
Premiere
 der Novitäten
Wenn zwei dasselbe tun.
 Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten
 von Anton und Donat Herrnsfeld
 mit den Autoren L. d. Hauptrollen u.
Das starke Stück.
 Schwan in 1 Akt von Julius Hoff.
 Sonntag nachm. 4 Uhr: Ueber-
 gangshe. Rettungsmittel.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 24. April 1910:
Die Ehre.
 Schauspiel in 4 Aufz. von Hermann
 Sudermann.
 Graf Traß + Saarberg: Hans Reih.

Walhalla
 Varieté-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
 — Anfang 8 Uhr. —
Spezialitäten-Programm.
 Tunnel: Die allergrößte Kanone
 Theaterbesucher freien Eintritt.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.

Sanssouci. Kaitbauer
 Straße 6.
 Direction Wilhelm Reimer.
 Morgen Sonntag:
Große Elite-Soiree
 Neues hochaktuelles
 Programm.
 Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Residenz-Theater
 Direction: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Das Nachlicht.
 (Le Gigolo.)
 Schwan in 3 Akten v. W. Zamacois.
 Morgen und folgende Tage:
 Derselbe Vorlesung.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der Weichensprecher.
 Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Was Gott
 zusammenfügt. Abends 8 Uhr: Das
 Geleß des Herzens.
 Montag: Das Geleß des Herzens.
 Dienstag: Das Geleß des Herzens.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Nachmittags 3 Uhr:
 Schiller - Vorstellung:
Wilhelm Tell.
 Abends 8 Uhr:
Preziosa.
 Schauspiel in 3 Akten v. Wolf.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Wilhelm
 Tell. Abends 8 Uhr: Der Pfarrer
 von Kirchfeld.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene
 gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
 Sonntag 3 Uhr: Drei Paar Schuhe

Apollo
 Theater
 Ab. 8 Uhr: Das vollständig neue
 Programm.
60 ersteklassige Artisten!
 9 Uhr: Moran und Wiser,
 Senfakou. Bouleuvre mit Säten.
 10 Uhr: Hales's Juwelles,
20 englische Backfische 20
 Jung-England in Berlin.
 Einzig existier. Ensemble dieser Art.

WINTERGARTEN
Cleo de Merode.
 Siegwart Gentes
 in seinem Skotch:
 „Eine Operaprobe“.
 Rosina Caselli
 mit ihrem Miniatur-Wander-
 hündchen.
 Paul Conchas
 der Armes-Herkules in seiner
 Szene: „Im Feldlager“
 und das buntwechselnde
April-Programm!
Folies Caprice
Eine gründliche Kur.
 Neuer dunter Zell.
 Ein verschwiegenes Atelier.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Casino-Theater
 Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
 Trotz des sensationellen Erfolges nur
 noch bis zum 13. Mai:
Berlin bei Nacht.
 Ab. 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
 Sonnt. 4 U.: Truchens Sommerreise.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
 Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Davis.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
 Montag, abends 8 Uhr:
Goldfische.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
 Volksstück in 4 Akten v. C. Karlowitz.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meincidbauer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
 Montag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.

Castan's Panopticum
 Friedrichsl. 105, Pachterpal.
 Täglich 7 1/2 Uhr abends.
 Sonntags 2 Vorstellungen:
Heitere Vorträge.
 Morgen Sonntag: Erstes
 Auftreten von Habu et Ma,
 indischer Fakir, der Mann
 mit der eisernen Zunge.
 Neu! Einzig in der Welt! Neu!

Ali Ben Mohamed
 orientalischer Gaukler.
Francois Hugos, Musionist.
Indische Witwen-Verbrennung.

Voigts Krampenburger,
 an der Großen Krampe, eignet sich infolge seiner ein-
 ammen, romantischen Lage ganz besonders zu Ausflügen für Vereine, Fabriken
 und Schulen. Säle von 100-3000 Personen fassend.
Jeden Sonntag: Dampfer-Exkursionen der Reederei Robitzing.
 Abfahrt früh 9 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr ab Rannowbrücke.
 Nachmittags 8 Uhr. — Amt Köpenick 227.

SPREE-HAVEL
 Stern
DAHRESCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT
Zur Baumblüte nach Werder.
 Vom 24. April 1910 ab täglich:
 Ab Weidendammer Brücke (Friedrichstr.) (7 30) 9 30 Uhr Sonntag 1 R.
 Ab Hof der Bäckerei (Kasse Bärner) (7 30) 9 30 Uhr hin u. zurück
 Charlottenburg (Schloßbrücke) (7 30) 9 30 Uhr 1,50 R.
 Spandau (Charlottenbrücke) (7 30) 11 30 Uhr Werktagen hin
 u. zurück 1 R.
 (* nur Sonntags)
 Potsdam (Eisenbahn-Hotel) 10 30, 12 30, 2 30, 4 30, 6 30 Uhr.
 Rückfahrt: Ab Werder (Wilmersbrücke) 5 30 nach Spandau-Berlin,
 stündlich bis 7 30 nach Potsdam.

Zur Baumblüte! Werder a. H.
 Täglich Dampferfahrten von
 Sonntag, d. 24. April, ab nach
 Abfahrt 9 Uhr morg. von Berlin, a. d. Weidendammer Brücke
 (gegenüber der Prinz-Heinrich-Brücke). Rückfahrt 8 Uhr abends.
 Fahrpreis: Sonntags hin u. zurück 1,50 R., einloch 1 R. Wochentags:
 hin u. zur. 1 R., einl. 75 Pf. Reederei Kabot u. Hertzler. Tel. Amt VII 2062.

Artushof
 Perleberger Straße 26.
 Jeden Sonntag:
Paul & Springers
 Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
 Anf. Konz. 5 Uhr., Vorst. 7 Uhr. Tanz.

Karl Haverland
 Anfang Theater. präz. 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
 Das munder-
 bare April-Prögr.
Diliputaner-Truppe
 prolongiert.

Wilhelm Hagenbeck's
 größte Raubtier-Dressur-Schau der Erde
Bülow-Platz
 Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Linienstraße,
Nähe Alexanderplatz.
 Heute abend 8 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
 Vorverkauf bei A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Tageskasse auf
 dem Schaustellungsplatz, wochentags von 10-12 und ab 3 Uhr nachmittags.
 Tel.-Amt III 0445.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger
 Tenoristen-Vogel.
 Ein Künstlerbild v. Meyzel
 Anfang:
 Hochentags
 8 Uhr.
 Sonntag
 7 Uhr.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Gussy Holl
 die reizende Parodistin
Ayoe
 die dänische Vortragsdiva
Georg Kaiser
 und 14 erstklassige
 Varieté-Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
 !!! Lebend !!!
Prinz Atom
 der kleinste Mensch der Welt.
Buddhas Wundertafel.
 Welt
 kann
 Schreibe
 Alles!
 Alles ohne Extra-Entree!

W. Noacks Theater
 Dannewitz 16, am Potsdamer Tor.
 Große Extra-Vorstellung.
Alt-Heidelberg du seine.
 Schauspiel in 3 Akten.

Königstadt-Kasino.
 Holzmarktstraße 72.
 Täglich: Konzert, Theater und
 Spezialitäten-vorst. Um 9 Uhr:
Der Seyen kommt von oben.
 Landl. Singpiel v. R. Hohenfeld.
 Neu! The 3 Albertos, Phänomen.
 Kraftakrobaten X Mstr. Ottokar,
 Trapez-vorst. X Erich Castelli.
 Franz Sobanski usw.

Burgtheater-Kinematograph
 norm. Großer Jan. Zubeh.: Rud. Merz,
 Schönbühner Allee 129. Tel. 9, 9353.
Lebende Photographien.
 Hochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
 Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
 Vorzugskarten nur Hochentags gültig.
 25 Pf. auf allen Plätzen.
 Stets wechselndes Programm.
 Neben Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
 Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
 R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Städtebau-Ausstellung
 1. Mai bis 15. Juni. Eintritt 1 M.
 Königl. Akademische Hochschule
 Hardenbergstr. 33.
 Waldgürtel Sport- u. Spielplätze,
 Kunst a. d. Str. Verkehrssysteme.
 Innenstadt Vororte. Gartenstädte
 Arbeitersiedlungen. Groß-Berlin,
 2. Mai: Vortrag, 8 Uhr: Landes-
 bauamt Prof. Goecke: „Welche Er-
 wartungen dürfen wir an das Er-
 gebnis des Wettbewerbs Groß-Berlin
 knüpfen?“ (Lichtbilder.)

„RABOLA“-Spar-System

Fort-

dauernd werden die Hausfrauen bei ihren Einkäufen von Margarine-Butter, die heute bei den hohen Naturbutterpreisen ein unentbehrliches Nahrungsmittel geworden ist

mit

Zugaben aller Art, deren Wert ein sehr geringer ist, überhäuft.

Dem

Konsumenten ist es nicht immer möglich zu beurteilen, wie hoch er vergütet worden ist. Wenn wir uns nun entschlossen haben, den Abnehmern unserer Margarine „Rabola“ eine kleine Vergütung zu gewähren, so wollen wir jedoch das leider immer mehr Platz greifende

Zugabe-Unwesen

nicht unterstützen, sondern bekämpfen dasselbe, und bieten unseren Konsumenten vollen und bedeutend besseren Ersatz, indem wir die Rabattsätze in

Bar

auszuzahlen. Wir geben den Hausfrauen keine wertlosen und minderwertigen Gegenstände, als Teller, Tassen, Töpfe usw., die meistens schon im Haushalte vorhanden sind, sondern geben

Geld

das bei der heutigen Zeit zu sparen willkommener und angebrachter ist, als Gebrauchsgegenstände. Die Vergütung, welche wir unseren Abnehmern bieten, ruht auf reeller Basis! Durch unser Sparsystem

zahlen

wir an jeden Konsumenten, welcher uns ein mit 100 Sparmarken beklebtes Sparbuch aushändigt, **Mark 5.— in bar.** Bedienen Sie sich daher des „Rabola“-Spar-Systems und fordern Sie bei einem Einkauf von einem Pfund resp. zwei halben Pfunden „Rabola“ die Rabola-Spar-Marke! Die Sparbücher, welche 100 Marken enthalten, werden im Bureau, Dircksenstraße 47, ausgezahlt.

P. C. Rabstein G. M. B. H.

Um die schnellere Einführung unserer „RABOLA“ zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, Preise auszusprechen und zahlen an unsere Kunden, welche bis zum

17. Mai er., abends 8 Uhr

die größte Anzahl Rabola-Sparmarken eingeklebt uns übersenden, folgende Preise:

- 100,00 Mark erhält derjenige Kunde, welcher die größte Anzahl Marken gespart hat
- 50,00 Mark erhält derjenige Kunde, welcher die 2. größte Anzahl Marken gespart hat
- 30,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 3. u. 4. größte Anzahl Marken gespart haben
- 20,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 5., 6. u. 7. größte Anzahl Marken gespart haben
- 10,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 8., 9., 10., 11. größte Anzahl Marken gespart haben
- 5,00 Mark erhalten diejenigen Kunden, welche die 10. nächstgrößte Anzahl Marken gespart haben

Die Bewerber, welche kein Anrecht auf eine Prämie haben, erhalten als **Trostpreis**

1 Pfund Rabola, feinste Pflanzen-Margarine gratis

Das Ergebnis des Wettbewerbes geben wir in Tageszeitungen in der Zeit vom 19. bis 21. Mai er. bekannt und erfolgt die Auszahlung der Preise in denselben Tagen.

Rabola extra

feinste Pflanzenbutter-Margarine, bester Ersatz für Naturbutter, bräunt, schäumt und duftet beim Kochen und Braten, hinterläßt beim Erkalten keine Rückstände am Gaumen; ist frei von tierischen Fetten, deshalb leicht verdaulich. Wegen seines hohen Fettgehaltes bedeutend sparsamer im Gebrauch wie andere Natur-Fettprodukte. Rabola extra ist infolge der weichen Beschaffenheit und des angenehmen und aromatischen Geschmacks auf Brot streichbar.

Erhältlich in allen Kolonial- u. Delikateswarengeschäften

In Packungen $\frac{1}{2}$ Pfd. $\frac{1}{1}$ Pfd.

Zum Preise von 0,45 M. 0,85 M.

Fordern Sie beim Einkauf unsere Rabola-Sparmarke! Desgl. Sparbücher mit Bedingungen.

P. C. RABSTEIN G. M. B. H.

Pflanzenbutter-Margarinefabrik

Berlin C. 25, Dircksenstr. 47.



Mit
Pulmonon
Symbiot'sches pflanzliches Bitterkraut!
"Pflanzliches Bitterkraut-Monopurina"
von H. Schlinck & Cie A.-G.
Hamburg und Mannheim



Das ist das Kind
Drehwurm aus
Beim Zahnen leiden Kinder meist große Schmerzen. Wehnde-Zahnbalsam bei u. lindert sie. Nach ärztl. Gutachten unschädlich, beruhigend u. d. Zahndurchbruch erleichtert. Die Flasche 1 M. Für Kleinkinder besser, man nehme dem Wehnde-Kindernahrung, 3. Apotheken u. Droger. erh. Prosp. dort fono. durch d. Fabr. Chem. Fab. Adolf Kirch, Bonn gratis zu bez. Gen.-Depot Alfred Hamal, Hannover, Nikolaistr. 188.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116

(kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft.

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Stroh Hüte aller Art sehr billig.
Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.
Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware.



1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
liefero elegante, fertige
Herren-Garderoben
= Ersatz für Mass =
Anfertigung nach Mass
Tadellose Ausführung
Julius Fabian, Schneidermeister,
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.



HERREN auf Kredit!
Anzug 15 Mark Anzahlung 3 Mark
Anzug 21 Mark Anzahlung 4 Mark
Anzug 27 Mark Anzahlung 5 Mark
Anzug 34 Mark Anzahlung 6 Mark
Anzug 42 Mark Anzahlung 8 Mark
Abzahlung 1 M. p. Woche an

DAMEN auf Kredit!
Damen-Paletot 12 M. Anzahlung 3 M.
Damen-Paletot 24 M. Anzahlung 6 M.
Damen-Kostüm 30 M. Anzahlung 8 M.
Damenrock 12 M. Anzahlung 3 M. - Klasse
Abzahlung 1 M. p. Woche an

KNABEN auf Kredit!
Anzug 12 Mark Anzahlung 2 Mark
Anzug 18 Mark Anzahlung 3 Mark
Anzug 24 Mark Anzahlung 4 Mark
Abzahlung 1 Mark p. Woche

S. GOTTLOB
G. M. B. H.
Rosenthaler Str. 54
I. Etage

Schneiderei für elegante Herren- u. Knaben-Garderobe.



Fertig und nach Mass. - Garantie für tadellose Site und beste Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hackeschen Markt, im Laden u. I. Etage.

Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner Arbeitsstätten-Lotterie
Gesamtbetrag des Gew. Mark.

50000
aus 1227 Gew. von 5 bis 5000 Mark

30000
u. ein Hauptgewinn Mark.

20000

Originallose a 2.— Mark.
Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit

G. Dischialis & Co.,
Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.
Auch zu haben in sämtlichen Lotterio- und Zigarrengeschäften.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die schönsten Herren-Frühjahrs-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Savoirs getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Hand angelegte sind in großer Auswahl! Preis zu Raumden billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Hochbahnhofstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Stoff-Reste

ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc, die sich bei uns in Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!

Meter Mk. 1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.—
Tuchfabrik-Lager Koch & Seeland
Gesellschaft m. b. H.
Rößstraße 2. — Sonntags geöffnet. 5064L*



M. Schulmeister
BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station Kottbuser Tor.
SCHÖNEBERG, Hauptstraße 149.
Fertig am Lager:

Frühjahrs-Paletots
Neueste Dessins in haltbaren Qualitäten, eleg. Paletformen, M. 40,50, 50,50, M. 21,50
32.—, 29,50, 25,50 bis

Frühjahrs-Ulster
mod. Glockenform u. Durchknöpt., prakt. graue Streifenmuster, M. 45.—, 42,50, M. 25,50
38,50, 35.—, 30,50, 27,50

Sommer-Paletots
Ersatz für Maß!
in reinwollenen Qualitäten mit feinsten Zutaten, Is. Verarbeitung, M. 58.—, M. 32,50
52.—, 48,50, 42,50, 38.—

Jackett-Anzüge 24,50-60 M.
Rock-Anzüge 29,50-70 M.
Gehrock-Anzüge 36,50-75 M.

Anfertigung nach Maß
in eigenen Werkstätten unter meiner persönlichen Leitung.
Prima Sitz u. Verarbeitung

Partei-Angelegenheiten.

Auf zur Flugblattverbreitung.

Morgen, Sonntag, den 24., findet von früh 8 Uhr an eine

Flugblattverbreitung

in den Bezirken Groß-Berlin statt.

Zum Anschluß daran sollen die Empfänger des Flugblattes in den ersten Tagen der nächsten Woche persönlich aufgefordert und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ sowie zum Eintritt in die Wahlvereine aufgefordert werden.

Wir bitten alle Mitglieder der Organisation, sich vollständig an dieser so wichtigen Werbearbeit zu beteiligen.

Mit Gruß

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz des Wahlkreises Nieder-Barnim

findet am Sonntag, den 24. April cr., vormittags 10 Uhr, im Café Bellevue in Rummelsburg statt.

Auf der Tagesordnung steht:

- 1. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Referent: Jul. Bruno - Ober-Schöneweide.
2. Finanz- und Steuerwesen. Referent: Wilh. Döwll - Nichtenberg.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: Die Stadtverordneten, Gemeindevertreter, Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder.

Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuwohnen wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen.

Der Kreisvorstand.

Steglitz, Sonntag früh: Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Montagabend 8 1/2 Uhr: Deffentliche Frauenversammlung bei Schellhase. Dienstag: Mitgliederversammlung.

Ober-Schöneweide. Auch für den hiesigen Ort findet am Sonntag früh 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Johannisthal. Sonntag, den 24. April, vormittags 8 Uhr, findet im Ort Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Albert Gobin, Roonstr. 2.

Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Otto Senfleben, Friedrichstr. 48.

Erk. Heute abend gemeinschaftlicher Spaziergang nach Woltersdorf zur Volksversammlung. Abmarsch von Vegebrodt abends 7 1/2 Uhr. - Morgen Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung.

Karlshorst. Sonntag, den 24. April, vormittags 1/2 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Biesdorf. Am 26. April, abends 8 1/2 Uhr: Nachtabend bei Gustav Berlin, Rarjahnstr. 1.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, findet im „Gasthaus zur Linde“ (Zsh. Rich. Koll), Heinitzstr. 19, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Volksvertrag und Volksverbänderung. Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann - Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Niederschönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr, von folgenden Lokalen aus Flugblattverbreitung: 1. Bezirk: Neuh. Platanenstr. Ede Kaiserweg; 2. Bezirk: Gappe, Eichen-, Ede Waldstr. 3. Bezirk: Bahh, Veuth-, Ede Waldemarstr. Nordend: Schüller, Platanenfelder Straße. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Sonntag vormittag 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Die Bezirksleitung.

Französisch-Buchholz. Sonntag vormittag 10 Uhr bei Kühne, Berliner Str. 39: Flugblattverbreitung.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 24. d. M., morgens 8 Uhr, findet in allen Orten unseres Bezirks von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Flugblätter sind heute Sonnabendabend von den Abteilungsleitern bei Genossen Eichberg, Waldmannslust, Waldmannstr. 1, abzuholen. Die Bezirksleitung.

Buch (Bezirk Französisch-Buchholz). Sonntag vormittag 8 Uhr bei Starke: Flugblattverbreitung.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Die Bezirksleitung.

Hermdorf. Morgen Sonntag, den 24. April, früh 8 Uhr, findet vom Forsthaus Seidenreich eine Flugblattverbreitung statt. Der Bezirksführer.

Berliner Nachrichten.

Die Hilfschulen

Neuen Abteilungen der öffentlichen Volksschulen dar und sind für Kinder aller Religionsgemeinschaften bestimmt, bei denen wegen geistiger oder körperlicher Hemmnisse der lehrplanmäßige Unterricht der Normalschule erfolglos bleibt. Die Kinder sollen so gefördert werden, daß sie entweder in die Normalschule zurückgehen oder in der Hilfschule die ihnen erreichbare Vorbildung für das spätere Leben erhalten. Es kommen natürlich nur solche Kinder in Frage, welche unterrichtsfähig erscheinen. Idiotische Kinder sollen nicht der Hilfschule, sondern der Idiotenanstalt überwiesen werden.

Solche Kinder, die beim regelmäßigen Schulbesuch mindestens 1 Jahr lang die unterste Klasse der Normalschule ohne Erfolg besucht haben und in der unteren Abteilung dieser Klasse würden zurückbleiben müssen, können in eine mit einer Gemeindefschule organisch verbundene Vorklasse für den Unterricht schwachbegabter Kinder aufgenommen werden. Ueber die Aufnahme entscheidet nach Anhörung des Lehrers und Direktors der Schulininspektor. Die Kinder, die nach einjährigem Besuch der Vorklasse die Reife für die vorletzte Klasse der Normalschule erreicht haben oder doch solche Fortschritte gemacht haben, daß ihre Förderung in der Normalschule wahrscheinlich ist, kehren in diese zurück.

Die nach einjährigem Besuch der Vorklasse nicht oder nur wenig befähigten Kinder werden nunmehr genau geprüft, ob sie in die Hilfschule übergeführt werden müssen. Länger als zwei Jahre verbleibt kein Kind in der Vorklasse. Die Entscheidung liegt hier wieder beim Schulininspektor, gegebenen Falles nach Anhörung des Schularztes.

Schwerhörige Kinder, die ihres organischen Fehlers wegen in der Normalschule zurückbleiben, werden einer Hilfschulabteilung für Schwerhörige direkt überwiesen.

Die Organisation der Hilfschule ist so gedacht, daß die bestehenden Nebenklassen, wo irgend angängig, zu einer Hilfschule mit fünf aufsteigenden Klassen vereinigt werden. Die Hilfschulabteilung für Schwerhörige sind möglichst so zu organisieren, daß sie wenigstens drei aufsteigende Klassen erhalten. 18 bis 22 Kinder soll als Normalfrequenz für die Klasse festgesetzt werden, für die Klasse der Schwerhörigen 12 Kinder. In den Nebenklassen wird

das Prinzip der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter durchgeführt.

Die Hilfschulen werden in der Regel in einem Gemeindefschulhause untergebracht und sind selbständige Abteilungen der Gemeindefschule.

Ueber die Zurückverweisung aus der Hilfschule in die Normalschule steht dem Schulininspektor unter Mitwirkung des Hilfschulleiters und des Direktors der Gemeindefschule, in deren Räumen die Hilfschule untergebracht ist, und endlich des Schularztes die Entscheidung zu. Bei dieser Entscheidung ist zu berücksichtigen, daß eine Zurückverweisung in die unteren Gemeindefschulklassen für bereits ältere Kinder sich nicht empfiehlt.

Zur Lohnfrage der städtischen Arbeiter

verbreitet das Nachrichtenamt des Magistrats folgende Mitteilung:

„Entgegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten gegenteiligen Behauptung sind im Etat des laufenden Rechnungsjahres bereits Verräge für eine mäßige Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ausgeworfen. Es war eine Magistratskommission mit der Einzelberatung beauftragt worden, die jetzt dem Magistrat berichtet hat. Der Magistrat hat nach ihren Vorschlägen beschlossen. Die Lohnerhöhung wird mit der ersten Lohnperiode nach dem 1. Mai in Kraft treten.“

Aus dieser Mitteilung erhellt nicht, was denn eigentlich die Magistratskommission beraten und was der Magistrat beschlossen hat. Das wäre aber notwendig zu wissen, um mit ihm zu rechten. Was den Hinweis betrifft, daß im Etat des laufenden Rechnungsjahres Beträge für eine mäßige Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ausgeworfen sind, so ist das in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Im Etat sind 100 000 M. eingestellt für beabsichtigte Lohnaufbesserungen des in der städtischen Straßenreinigung beschäftigten Betriebspersonals, für die der Magistrat zugestimmt hat, der Stadtverordnetenversammlung noch eine besondere Vorlage zu machen. Diese Vorlage ist aber bis heute noch nicht erschienen, obwohl die Straßeneinigungsdeputation bereits im Oktober beschlossen hat, Lohnerhöhungen zu empfehlen. Außerdem sind im Etat der Wasserwerke „mit Rücksicht auf die Einführung des Reinstundentages bei den Werkstattdarstellern sowie auf etwaige Aenderungen der Lohnordnung“ 30 000 M. mehr als im Vorjahre eingestellt. In den übrigen Etats der Werke aber, in denen der größte Teil der städtischen Arbeiter beschäftigt ist, stehen keine Summen für Lohnänderungen zur Verfügung. Vollkommen leer sind die Arbeiter ausgegangen, obwohl sie rechtzeitig mit ihren Wünschen auf Lohnerhöhungen an die einzelnen Verwaltungen herangekommen sind und obwohl gerade durch die im Vorjahre in Kraft getretene Reichsfinanzreform die Arbeiter am stärksten belastet wurden und ein Ausgleich durch eine Lohnerhöhung dringend erforderlich war. Bei dem Bestreben, den städtischen Arbeitern ja nicht entgegenzukommen, leistete der Kammerer Steiniger hervorragendes. Ihm waren die Löhne schon jetzt viel zu hoch und er appellierte noch an die bürgerlichen Vertreter, ihm in seiner Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter zur Seite zu stehen und dafür zu sorgen, daß die hohen Löhne nicht noch höher werden. Dazwischen wurde aber auch auf eine Magistratskommission hingewiesen, die sich mit der Lohnfrage der städtischen Arbeiter beschäftigt.

Es ist notwendig, daß klar mitgeteilt wird, was die Magistratskommission in dieser Sache ausgebeutet und was der Magistrat gutgeheißen hat. Oder ist das so winzig, daß selbst der Magistrat sich schämt, es der Öffentlichkeit mitzuteilen?

In der Säuglingsfürsorge I, Blumenstr. 78, findet im Monat Mai je einmal wöchentlich Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich: Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn links parterre, wochentags von 2-4 Uhr.

Das Notenblatt auf dem Dampfer. Man schreibt uns: Auf Spree und Havel haben wieder die Vergnügungsfahrten begonnen. Dabei befindet sich auf vielen Dampfern der Stern-Gesellschaft und anderer Reedereien eine Musikkapelle, die beim Verlassen des Berliner Weichbildes ihre blechernen Weisen erschallen läßt. Sonderlich schön ist die Musikerei gerade nicht, aber man nimmt sie mit in den Kauf, weil man sich daran gewöhnt hat. Als ein unwürdiger Zustand wird es jedoch vielfach empfunden, daß der Anführer dieser meist aus vier Mann bestehenden Kapelle sowohl auf der Hinfahrt als auf der Rückfahrt bei den Passagieren mit dem Notenblatt „stündeln“ geht. Die Musikanten selbst empfinden ihr Sammeln als peinlich, aber sie sind darauf angewiesen, weil sie von den Reedern wenig oder gar keine bare Vergütung erhalten und noch froh sein müssen, daß sie überhaupt spielen dürfen und nicht anderen Konkurrenten vorgezogen werden. Es wird sogar erzählt, daß manche Musikanten noch Prozente an andere Personen, die zu den Dampfergesellschaften Beziehungen haben, abgeben müssen. Rechnet man dann noch die Kosten für Restaurierung an den Endstellen ab, so ist der Reinerdienst nur sehr bescheiden. Aus diesem Grunde kann man es auch verstehen, wenn die Dampfermusikanten beim Präsentieren des Notenblattes sich mitunter etwas aufdringlich zeigen, sodaß man wohl oder übel in die Tasche greifen muß.

Die Dampfergesellschaften kündigen ausdrücklich „Fahrt mit Musik“ an. Sie sollten daher auch die Verpflichtung haben, die Musik aus der eigenen Tasche zu bezahlen, anstatt auf die Tasche ihrer Fahrgäste zu spekulieren. Das können sie sehr wohl ohne jegliche Erhöhung des Fahrpreises, denn sämtliche Dampfergesellschaften in und bei Berlin machen ein Bombengeschäft schon deshalb, weil es ihnen sehr häufig garnicht darauf ankommt, die Dampfer des Profites wegen bedeutend zu überladen.

Zusammenstoß auf Bahnhof Frankfurter Allee. Ansehend durch durch das Verlehen eines jungen Weichenstellers ereignete sich Donnerstagsabend auf dem Gütergleis zwischen den Stationen Frankfurter Allee und Zentralbahnhof ein Zusammenstoß zweier Güterzüge, bei dem Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen sind. Nach dem amtlichen Bericht fuhr gegen 9 Uhr 50 Minuten der Güterzug 9520 durch irtümliche Freigabe auf den im Bahnhof Frankfurter Allee auf Gleis IVo haltenden Güterzug 8074 auf. Hierbei entgleiten acht beladene Wagen und der Packwagen und wurden teilweise beschädigt. Ein Jungkaffner erlitt einen Armbruch. Der verursachte Materialschaden beläuft sich auf über 5000 M.

Die Verlegung des ersten Garde-Dräger-Regiments von Berlin nach Spandau ist beschlossen, es werden aber einige Jahre vergehen, bis das Regiment die in der Vellealliancestraße belegene Kaserne verlassen und nach Spandau übersiedeln kann.

Das Opernhaus soll der Stadt Berlin aufgehakt werden. Der Minister des königlichen Hauses und der Finanzminister haben an die Stadtgemeinde die Frage gerichtet, ob sie das Opernhaus erwerben wolle, das seiner bisherigen Bestimmung dauernd nicht mehr gewidmet werden könne. Der Magistrat hat darauf beschlossen, über den Kauf des „geschichtlichen und künstlerischen Baudenkmals“ in Verhandlungen mit Krone und Fiskus zu treten.

Unseres Erachtens ist das Opernhaus so verbannt, daß es schon seit langer Zeit Gegenstand des Spottes weiter Kreise, nicht zuletzt vieler Fremden geworden ist.

Der Herausgeber der „Wahrheit“ Herr Bruhn und die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Dr. Puppe, Verteidiger im Dahsel-Prozess, haben sich vertragen. In der letzten Nummer der „Wahrheit“ wird folgende Erklärung veröffentlicht:

Herr Wilhelm Bruhn erklärt, daß er die gegen die Herren Dr. Werthauer und Dr. Puppe aufgestellten Behauptungen, die er in der ersten Erregung nach dem Dahsel-Prozess gemacht hat, insbesondere den Vorwurf, daß dieselben nicht pflichtgemäß gehandelt haben, zurücknimmt.

Die Rechtsanwälte Dr. Werthauer und Dr. Puppe nehmen demgemäß die gegen den Abgeordneten Wilhelm Bruhn und seine Redakteure gestellten Strafanträge zurück und erklären, daß sie ihrerseits gegen Herrn Bruhn nichts haben und deshalb die gegen ihn im Prozess Dahsel und im Anschluß daran aufgestellten Behauptungen persönlich nicht aufrecht erhalten.

Die zwischen Herrn Dr. Werthauer und Herrn Wilhelm Bruhn schwebenden Zivilsachen werden hiermit für erledigt erklärt. Herr Bruhn erklärt ferner, daß „Die Wahrheit“ in Zukunft keine Angriffe gegen die Herren Dr. Werthauer und Dr. Puppe bringen wird.

Als Bettelstrolach wurde gestern der 40 Jahre alte Handlungsgehilfe Max Woder festgenommen, der die Kriminalpolizei schon oft beschäftigt hat. Woder schrieb unter dem Namen eines Sekretärs von Wohltätigkeitsvereinen an mildherzige Leute und empfahl sich selbst zur Unterstützung. Statt eines Briefes benutzte er wohl auch den Fernsprecher. Nach geraumer Zeit erschien er dann bei den Wohltätigern, berief sich auf die schriftliche oder telefonische Empfehlung des Vereinssekretärs und erhielt, was er wünschte. Auf diese Weise erschwand er sich soviel, daß er herrlich und in Freuden leben konnte. Gestern sah ihn ein Kriminalbeamter, der ihn kannte, in dem Erfrischungstraum eines Warenhauses und nahm ihn fest. Der Schwindler wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ermäßigte Eintrittskarten zur Ausstellung der Sezession (25 Pf. statt 1 M.) können von den Gewerkschaftsvorständen im Bureau des Gewerkschaftshauses in Empfang genommen werden. Einzelne Karten werden bei Vorzeigung des Mitgliedsbuchs im Zigarrengeschäft von Horst abgegeben.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern nachmittags nach 4 Uhr in der Ralhenower Straße 24, gegenüber der Herkeberger Straße, zugetragen. Dort wohnt im Hinterhause die Familie des Fabrikarbeiters Schulz im vierten Stock. Als gestern Frau Sch. einen Augenblick die Wohnung verlassen hatte, um einige Besorgungen zu machen, kam dort angeblich durch Spielen der Kinder mit Streichhölzern Feuer aus, das gleich eine große Ausdehnung erlangte. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand schon die ganze Wohnung in Flammen. Der 15. und 16. Zug der Feuerwehre waren schnell zur Stelle und griffen mit mehreren Schlauchleitungen ein. Als gemeldet wurde, daß sich Menschen in der Wohnung befinden sollten, drang die Feuerwehre gewaltsam durch Sprengen der Tür in die Wohnung ein. Hierbei wurde die achtjährige Verta Schulz am Kopf verletzt. Sie wurde sofort ins Freie geschafft und verbunden. Ein zweijähriges Kind wurde tot in der Wohnung aufgefunden. Es hatte Brandwunden erlitten, war aber vermutlich nicht an diesen Wunden gestorben, sondern erstickt. Um Luft zu machen, waren Feuerwänner über einen Fenstereingang und über eine mechanische Leiter bis zum 4. Stock von außen in die Wohnung eingedrungen, hatten die Fenster eingeschlagen und dem Qualm Abzug verschafft. Die Flammen konnten nach einständiger Tätigkeit auf die Wohnung, die ausgebrannt ist, beschränkt werden. Die Leiche des Kindes wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Kindes gesucht. Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Nacht zum 7. d. M. ist auf dem Vellealliance-Platz eine in der Erde bestattete Leiche gefunden worden und die Stützreiter stark beschädigt worden, desgleichen sind dort aufgestellte Papierkörbe von ihrer Befestigung mit Gewalt losgerissen und ebenso ist ein Teil des den Fußweg einriedigenden Eisengitters von einem Pfahl abgerissen und verbogen worden. Personen, die bezüglich dieser Beschädigungen und der Täter, deren es mehrere gewesen sein müssen, Wahrnehmungen gemacht haben, werden ersucht, bei der Kriminalpolizei oder im nächsten Polizeirevierbureau zu 1570 IV. 33. 10 Anzeige zu erstatten.

Angeschwemmte Leiche. Am 19. April vormittags wurde an der Stralauer Brücke eine in Zeitungspapier gewickelte Leiche eines ausgetragenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Personen, welche über die Mutter oder sonstige Angaben machen können, wollen sich im Polizeipräsidium Zimmer 324 oder in einem beliebigen Polizeirevier zu J.-Nr. 1668 IV/55 10 melden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein Unglücksfall trug sich vorgestern in der Potsdamer Straße zu. Dort wollte der siebenjährige Schüler Richard Pfließ, Potsdamer Str. 37 bei den Eltern wohnhaft, kurz vor einem heran-nahenden Geschäftswagen über den Fahrdamm laufen. Der Kleine wurde umgestoßen und fiel so unglücklich, daß ihm zwei Räder über beide Beine hinweggingen. Richard P. erlitt einen Bruch beider Unterschenkel und wurde nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgegend, hält am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Volkshause, Postenstr. 8, eine Sängerversammlung ab. Die Vereine sowie Sangesfreunde werden ersucht, sich recht zahlreich und pünktlich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Nigdorf.

In ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde die 65jährige Ehefrau Emilie des Schlossers Specht, Bergstr. 81. Ein hinzugerufener Arzt vermochte die Todesursache nicht mit Bestimmtheit festzustellen. Die Polizei hat die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhause bringen lassen, damit dort durch die Obduktion die genaue Todesursache festgestellt werde.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern abend gegen 7 Uhr in der Steinmehstraße. Dort lief vor dem Hause 113 der dreijährige Sohn Kurt des in dem Hause R. 10 der genannten Straße wohnhaften Sattlers Kemmann unmittelbar vor dem nach Berlin fahrenden Motorwagen 1301 der Linie 55 auf das Gleis, wurde umgestoßen und geriet mit dem linken Bein unter den Schutzrahmen. Mittels Binden wurde der Wagen angehoben und der Kleine aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Er hatte, wie auf der nahen Unfallstation festgestellt wurde, einen komplizierten Bruch des linken Oberschenkels sowie erhebliche Hautabwühlungen im Gesicht und am Kopf erlitten und wurde nach der eiterlichen Wohnung gebracht.

Auf dem Wege von der Steinmehstraße bis Fallstraße ist am 7. April ein Drahting mit dem Stempel O. R. 8. 4. 1901 verloren gegangen. Der ehrliche Finder des Ringes wird gebeten, denselben bei Richter, Steinmehstr. 88, abzugeben.

Mariendorf.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Jeserich den Vorstandsbericht. Unter anderem bemängelte Redner, daß einzelne Genossen nicht in gewünschter Weise die Aktionen der Partei unterstützten. In der lebhaften Diskussion wurde besonders scharf das Fernbleiben einzelner Genossen von der Gemeindevahl verurteilt. Genosse Rosenbergh berichtete, daß laut Beschluß der Gewerkschaftskommission jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter am 1. Mai die Vormittagsversammlung an seinem Wohnort, wo Versammlungen stattfinden, zu besuchen hat. Die Vormittags-

berammlung findet bei Preuß, die Nachmittagsversammlung bei Hermann, Großbeerenstraße, statt. — Am 27. April soll bei Preuß eine öffentliche Versammlung für die Jugendorganisation abgehalten werden.

Schöneberg.

Ein Kuriosum in der Steuerveranlagung.

Das Personen oft über, zuweilen auch unter ihrem Einkommen zur Steuer veranlagt werden, haben wir schon des öfteren mitgeteilt. Uns wird jetzt von einem Fall Kenntnis gegeben, wonach ein 15jähriger Knabe im 7. Bezirk mit einem Einkommen von 1800 bis 1900 M. zur Steuer eingeschätzt ist. Der Knabe soll jährlich 32,50 M. Steuer zahlen. Natürlich muß, wenn nicht er, so doch sein Vater Verfügung gegen diese Veranlagung einlegen. Sonst bedauerlicher Gewissenhaftigkeit der Steuerbehörde spricht dieser Fall gerade nicht.

Brig-Buckow.

Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Alois Sandmann in der üblichen Weise. Nach dem Bericht des Vorstandes haben im ersten Vierteljahre stattgefunden: 3 Vereinsversammlungen, 5 öffentliche Versammlungen (1 in Buckow), 1 Frauenversammlung, 9 Flugblätter und 4 Handzettelverteilungen. Die Mitgliederzahl stieg auf 298. Einer Einnahme von 276,08 M. steht eine Ausgabe von 258,72 M. gegenüber. Der Bibliothek wurden 33 Bände entliehen. — Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß die Versammlung am 1. Mai um 1/3 Uhr bei Rodday, Chausseestr. 39, mit anschließender Kaffeezeit stattfindet. Für den 31. Juli ist eine Dampferpartie nach Ziegenhals (Oberpreußen) geplant.

Mariensfelde.

Die Wahl unserer beiden Genossen als Gemeindevertreter ist in der letzten Gemeindevertreterwahl für ungültig erklärt worden. Grund der Ungültigkeitserklärung soll sein, daß der Wahlvorstand, dem auch unsere Genossen angehörten, nicht beglaubigte Personenstimmen zurückgewiesen habe. Obwohl solche unbeglaubigte Personenstimmen auch und zwar mit Recht in der zweiten Abteilung zurückgewiesen wurden, erklärte die Vertretung die Gewählten in dieser Abteilung für gültig. Das Vorgehen der bürgerlichen Vertreter beweist, daß sie kein Mittel scheuen, die Arbeiterkraft von der Vertretung fernzuhalten. Unsere Genossen werden jedoch dafür sorgen, daß diese Absicht vereitelt wird.

Ober-Schönebeide.

Der Turnverein „Oberspre“ (M. d. A. L. V.) hält am Sonntag nachmittag auf dem Spielplatz an der Köpenicker Chaussee, vor dem Grand Restaurant Sadowa, ein Schauturnen ab. Um 2 Uhr Abmarsch mit Musik von der Schul-Turnhalle, Waffstraße. Freunde der Turnerei sind eingeladen. — Die Spieltage finden in diesem Jahre Montags, Donnerstags und Sonntags statt.

Rossen.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde für den verstorbenen Herrn Wehner Stadt. Anfeld als Schiedsmann und als Stellvertreter Stadt. Wege gewählt. Die von der Kirche beantragten 300 M. für die Kleintinderschule wurden bewilligt. Genosse Hübner sprach die Ansicht aus, daß die Stadt diese Angelegenheit selbst in die Hand nehmen müsse. Hierauf machte Genosse Wehnermann auf Uebelstände in der Volkshochschule aufmerksam. Nicht nur erweise sich die Anstalt als zu klein, sondern es seien nicht einmal Ankleideräume vorhanden; eine Vordachgarbeit für Frauen fehle überhaupt. Der Bürgermeister versprach für Abstellung des vorgebrachten Uebelstandes Sorge zu tragen. Insbesondere wies er darauf hin, daß sich vielleicht in der neuerbauten Gossauschule Wärmehäuser einrichten ließen. Am Schluß der Sitzung machte Genosse Hübner noch darauf aufmerksam, daß in der Freibank das bessere Fleisch schon vorher an bessere gestellte Leute abgegeben werde. Redner ersuchte, für eine bessere Kontrolle Sorge zu tragen. Diesem Wunsche versprach der Bürgermeister nachzukommen.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen.

Die Freie Turnerschaft von Schenkendorf und Umgebung feiert am Sonntag, den 24. April, im Lokal von Otto Wärsch ihr fünftes Stiftungsfest. Die Parteigenossen werden gebeten, durch zahlreiches Erscheinen dem Turnverein, der bei allen Festlichkeiten mitwirkt, ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.

Stralau.

Aus der Gemeindevertretung. Die stattgehabten Wahlen zur Gemeindevertretung wurden sämtlich für gültig erklärt und hierauf die neu gewählten Vertreter, darunter unser Genosse Wessel, in ihr Amt eingeführt. Für die Einrichtung von Spielstunden für Schulkinder wurden 150 M. verlangt. Die Leitung liegt in Händen des Herrn Lehrer Franke. Vorgeschieden sind 76 Spielstunden. Genosse Wessel fragte hierbei an, wie der Spielplan aufgestellt sei. Ihm sei eine Verfügung des Kultusministers bekannt, wonach die Schulkinder kriegerische Spiele üben soll, um dadurch bei ihr die Freude am Soldatenleben zu wecken; das könne nicht der Zweck der Spielstunden sein. Es gebe genügend Volks- und Jugendspiele, die geeignet seien, die Schulkinder zu erheben und körperlich zu stärken. Gemeindevorsteher Kraatz erwiderte unserm Genossen, daß vom Kultusministerium allerdings eine Mitteilung ergangen sei, aber keine Verfügung. Es sollen allgemeine Spiele geübt werden. Dem Antrage wurde zugestimmt. Ein Schmerzenskind bildet seit langen Jahren die Regelung der Bezirksgrenze zwischen den Gemeinden Stralau und Porphagen-Kummelsburg. Letztere Gemeinde besitzt auf der Stralauer Seite am See, einen Streifen Land, sogenanntes Schwemmland; sie ist bereit diesen Streifen an Stralau abzutreten, fordert aber dafür die Abtretung der um Stralau liegenden Inseln, eines Wiesengrundstückes und des Grundstücks, auf dem das Lokal „Neu-Seeland“ liegt, neuerdings auch noch die Grundstücke Markgrafendamm 16, 17, 18, 19 bis zum Bahnhof Kummelsburg. Bei dieser Regelung würde Kummelsburg ein gutes Geschäft machen, von dem Streifen, der an Stralau umgetauscht werden soll, könne im Höchstfalle 2000 M. Steuern erhoben werden, während die Gemeinde Stralau von den Grundstücken die Kummelsburger einderleibt werden sollen, 9481 M. Steuern erhebt. In scharfen Worten wandte sich der Vorsteher gegen eine derartige Regelung, er schlug vor, jede weitere Vergleichsverhandlung mit Kummelsburg abzulehnen. Unser Genosse betonte, daß Kummelsburg wohl aus taktischen Gründen seine hohen Forderungen gestellt habe, um der Eingemeindungssfrage näher zu kommen, ernstlich aber nicht daran glaubt, daß die Vertretung dem zustimme. Nachdem sich Stralau wiederholt gegen die Eingemeindung nach Kummelsburg erklärt habe, müsse alles versucht werden, die Verhandlungen mit Berlin zu beschleunigen. Gemeindevorsteher Kraatz teilte darauf mit, daß Eingemeindungsverhandlungen mit Berlin im Gange sind. Beschlossen wurde, weitere Vergleichsverhandlungen mit Kummelsburg abzulehnen.

Nieder-Schönhäusen.

In der letzten Gemeindevertreterwahl wurde die Wahl des Genossen Woske, da Einsprüche nicht vorlagen, für gültig erklärt. Hierauf folgte die Einführung der neu gewählten Vertreter Beder, Raa, Keratsch, Breitmann und Woske in der üblichen Weise. Bei den Wahlen zu den verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen wurden hinzugewählt in die Rassenprüfungskommission: Beder, Keratsch und Genosse Breitmann; Straßenreinigung: Raa; Baukommission: Beder und Genosse Woske; Wasserwerk: Raa; der Friedhofskommission gehört Genosse Breitmann an; Sanalation: Raa; Gesundheitskommission: Raa. Ein Antrag der Säuglingserholungsstätte des Vaterländischen Frauenvereins Pantow-Nieder-Schönhäusen um Anschluß an die Wasserleitung wurde angenommen. Da zu diesem Zwecke 400 Meter Rohr zu legen sind, so

betragen die Kosten 2500 M., die der Verein auf 5 Jahre zu 4 Proz. verzinsen will. Von der in der letzten Sitzung beschlossene Verpachtung des Gemeindegartens in der Viktorienstraße wurde Abstand genommen, daselbst soll als Gemeindegartenschule verwendet werden. Die Einwohnerzahl beträgt 14844. Um Verwechslungen der Dohnastraße und Donnerstraße zu vermeiden, soll in der nächsten Sitzung eine Uebertragung vorgenommen werden.

Zegel.

Die Leiche einer unbekanntem Frau ist vorgestern bei Zegelort aus dem Tegeler See gelandet worden. Die tote ist circa 30 Jahre alt und muß bereits über zwei Wochen im Wasser gelegen haben. Bekleidet war die Verstorbene mit blauem Kostüm, blau- und weißgestreifter Bluse, blauem Hut mit schwarzen Band und schwarzer Feder, der die Stirnbezeichnung Joseph Cohn, Brunnenstraße, trug. An der rechten Hand trug die Tote zwei, an der linken Hand drei Ringe, darunter einen glatten Goldreif. Die Wäsche war M. Z. gezeichnet. Bei der Leiche wurden keinerlei Ausweispapiere vorgefunden; es ist bisher noch nicht gelungen, die Personalia der Frau festzustellen. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Heiligensee übergeführt.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Massenbericht des Genossen Bauer entgegen. Danach war ein Massenbestand von 501,19 M. zu verzeichnen. Es wurde beschlossen, an den Kreis 150 M. abzuführen. Den Bericht von der Kreis-Generalversammlung gab Genosse Gutschow. Den Bericht über die letzten Gemeindevorwahlen erstattete Genosse Massa, der zunächst die ungeschickliche Handlungsweise des Gemeindevorstehers Weigert als Wahlleiter bei den Wahlen kennzeichnete. Die Art dieses Mannes als Wahlleiter zu fungieren, habe, so betonte Redner, geradezu die Enttötung der Einwohnerchaft Zegels auch auf bürgerlicher Seite hervorgerufen. In einem kleinen Lokal mahlten die Menschenmassen, fest zusammengepreßt, Hundstängel warten, dabei sei nicht einmal ein Ausweg für diejenigen vorhanden gewesen, die bereits ihr Wahlrecht ausgeübt hätten. Erst auf energischen Einspruch habe sich der Bürgermeister veranlaßt gesehen, die hintere Tür zu öffnen, und so konnten denn diejenigen, die gewählt hatten, durch die Damentüre ins Freie gelangen. Nachdem Massa noch der Vorgänge in der Sitzung gedacht hatte, schloß er. Die Handlungsweise des Gemeindevorstehers Weigert hat natürlich dazu beigetragen, unsere Organisation am Orte zu stärken; unser Bestreben wird es sein, fleißig für die Partei tätig zu sein, damit auch in Zegel der herrschenden Clique gezeigt wird, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, sich solche Vergewaltigungen gefallen zu lassen. Nach dem Expeditionsbericht des Genossen Diez sind am Orte 717 Vorwärtsabonnenten vorhanden. Genosse Scheidemann regte an, daß von jetzt ab, zu den Mitgliederversammlungen eine strengere Türkontrolle ausgeübt werden möge. Das Mitgliedsbuch legitimiert, ebenfalls soll darauf geachtet werden, daß auch die letzte Vorwärtsabteilung vorgelegt wird. Die Parteizeitungen sind am 27. April vom Genossen Bauer, Berliner Straße, abgeholt. Am 1. Mai findet vormittags 12 Uhr eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossen treffen sich um 11 1/2 Uhr in ihren Bezirken.

Klein-Schönebeck-Nichtenau.

Den an dem Massenaustritt aus der Kirche Beteiligten ist jetzt vom Amtsgericht Rallberge ein Schreiben zugegangen, in welchem es zum Schluß heißt: „Es empfiehlt sich im Interesse aller derjenigen in Nichtenau wohnhaften Personen, welche unter dem 1. April d. J. ihren Austritt erklärt haben, daß sie nicht gleichzeitig, sondern in Gruppen von höchstens 20 Personen an Gerichtsstelle erscheinen.“

Da das Amtsgericht Rallberge auf eine derartige außergewöhnliche Inanspruchnahme anscheinend nicht eingerichtet ist, will die Bezirksleitung des Wahlvereins nach Umfrage die Abgabe der Erklärungen — soweit dies möglich ist — im gewünschten Umfange regeln. Die Erklärungen müssen in der Zeit vom 19. bis 31. Mai abgegeben werden.

Um die abstrümpften Schädel wieder zurückzuführen, wird Ihnen jetzt erzählt, daß sich die Kirchensteuern in den nächsten Jahren bedeutend verringern werden. Dieses Kunststück zustande gebracht werden soll, ist uns vorläufig ein Rätsel.

Spandau.

Stadtoberordnetenversammlung. Der Kampf um die Art der zu erbauenden Gaserzeugungsofen ist nun zu Ende. Der Magistrat hatte ursprünglich beantragt, Münchener Kammeröfen zu bauen und war von diesem Antrage auch nicht abgegangen, als die Versammlung sich für Vertikalöfen ausgesprochen hatte. Um diese für Baiern sehr schwierige Frage zu klären, war beschlossen worden, daß Magistrat und Stadtoberordnete eine Besichtigung von Vertikalöfen in Mariendorf und eine solche von Münchener Kammeröfen in Leipzig vorzunehmen sollen. Die Reise ist ja ein bißchen teuer geworden, sie kostete rund 3800 M., aber sie hat den Vorteil gehabt, daß eine Klärung in dieser Frage eingetreten ist. Die Besichtigung ist zumungunsten der Münchener Kammeröfen ausgefallen. Der Magistrat hat jetzt selber beantragt, Vertikalöfen zu bauen, welchem Antrage die Versammlung auch beifällig zustimmte und die Summe von 525 000 M. hierfür bewilligte. — Ein nicht sehr beliebtes Ehrenamt scheint das der Armenvorsteher, Bezirksvorsteher heißen die Herren jetzt in Spandau nach der neu eingeführten Armenverwaltung, zu sein. Was wunder auch, für die faulen Herren Bourgeois ist es wahrlich nicht allzu angenehm, einen Einblick zu tun in die Not und das Elend, welches durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgerufen ist. Die Herren Bezirksvorsteher empfinden es unangenehm, wenn die Vermissten der Armen, die gerötigt sind, von der Stadt Almosen zu erbitten, in ihre Wohnungen kommen, um dort ihr Anliegen vorzubringen. In einem längeren Schreiben haben sich die Rustermenschen beim Magistrat darüber beklagt, daß sie mehrere Stunden am Tage ein Zimmer für die Empfänger der Armen bereithalten müßten. Diese armen Hungerleider schleppten dann Schmutz und Kasse, ja sogar Ungezieser in die Wohnungen der Herren Bezirksvorsteher. Arme Frauen bringen ihre kleinen Kinder mit, die dann mit ihren schmutzigen Fingern die feinen Sachen in der Wohnung der Herren Bezirksvorsteher anfassen. Der Magistrat fühlte denn auch ein menschliches Mitleiden und beantragte, daß den Bezirksvorstehern für die Bezirke 1—10 je 100 M. und für die Bezirke 11 und 12, die nicht so viel zu tun haben, je 50 M. jährliche Pauschalsummen für die Vergabe von Amtszimmern gezahlt werden sollen. Das war den Herren aber noch nicht genügend, einige ihrer Vertreter, so die Stadtoberordneten Tornow, Schreiber und Giesert, forderten 150 und 200 M. für jeden Bezirksvorsteher. Der Stadtoberordnete Oberpostsekretär Schreiber, der sich seit einiger Zeit in den bürgerlichen Bezirksvereinen sehr wichtig hervorlud, begründete seinen Antrag auf 200 M. damit, daß die Armenvorsteher durch eine höhere Pauschalsumme mehr angefordert würden, bessere Recherchen vorzunehmen, wodurch denn manchem unwürdigen Armen die Unterstützung entzogen würde, dadurch erspare die Stadt wieder, was sie den Armenvorstehern gebe. Dieser Bemühtensbericht erzählte einen Fall von dem Armenvorsteher seines, des 10. Bezirks, der auf diese Weise der Stadt monatlich 15 M. reichte, indem er auskunftsfreie, daß die 15 M. an einen unwürdigen Armen gezahlt wurden. Dieser Probenstandpunkt ging denn selbst dem Oberbürgermeister Köhler etwas zu weit. Er meinte, es ginge doch nicht an, den Armenvorstehern mehr zu geben, damit sie die Armenunterstützungen heraussehen. Der Delegiert des Armenwesens, Stadtrat Stritt, vertrat den Standpunkt, daß die Sachen sich wirklich so verhalten, wie in dem Schreiben der Armenvorsteher angegeben seien. Es kämen Fälle vor, wo man mit Gefahr für sein eigenes Leben genötigt sei, die Petenten hinauszuwerten. Genosse Pieper kennzeichnete denn auch nach Gebühr das scholle Verhalten der Armen gegenüber, und beantragte Ablehnung aller Anträge, auch der Magistratsvorlage, unter dem Hinweis, daß die Bemüht der Armenvorsteher doch Ehrenämter seien. Die Versamm-

lung stimmte in ihrer Mehrheit jedoch der Magistratsvorlage zu. Die Armen können jetzt wenigstens verlangen, daß der Armenvorsteher sie im Zimmer und nicht schon auf der Treppe abfertigt. — Mit der Zahlung der tarifmäßigen Mietenschiedscheidung an die Volksschullehrer vom 1. April 1908 ab erklärte sich die Versammlung einverstanden und bewilligte die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 10 000 M. Es wurden dann noch eine Reihe anderer Vorlagen genehmigt.

Nowawes.

Mit der Neueregung des Nachtwachdienstes beschäftigte sich die letzte Sitzung der Gemeindevertretung. Das Vertragsverhältnis mit der Berliner Nachwach- und Schließgesellschaft mußte bekanntlich zum 1. Mai d. J. gekündigt werden, da die Angestellten der Gesellschaft von den Aufsichtsbehörden nicht als Beamte betrachtet werden können. Die Finanzkommission empfiehlt daher, 5 Nachwachbeamte zu einem Gehaltsfusse von 90 M. monatlich anzunehmen; ferner einen Hilfsbeamten für 75 M. monatlich für den Dienst in der Polizeiwache vorzusehen und diese Regelung als vorläufige, d. h. für das laufende Rechnungsjahr, zu betrachten. Die Nachwachbeamten sind mit Dienstleistung zu versehen und später mit einem Kleibergehalt auszustatten. Im Etat für das laufende Rechnungsjahr sind für Nachwachzwecke 5400 M. vorzusehen.

In der Debatte über diesen Antrag erklärte Genosse Gähnden, daß sich die Sozialdemokraten mit der vorgeschlagenen Gehaltsfestsetzung nicht einverstanden erklären, da 90 M. monatlich eine zu geringe Entlohnung seien, um dafür brauchbare Beamte zu bekommen; er beantragte, das Gehalt auf mindestens 100 M. zu erhöhen. Gegen diesen Antrag wandte sich Herr Boback, welcher 60 M. für genügend hielt, da ja die Beamten sich noch am Tage Nebenverdienst verschaffen könnten. Genosse Grahls wies diese Zustimmung energisch zurück, worin er von den Herren Reiff und Obst unterstützt wurde; schließlich wurde der Antrag unserer Genossen einstimmig angenommen und das Gehalt auf 100 M. vorläufig festgelegt.

Der Gastwirt Rosenberger plant bekanntlich auf dem Biesen-terrain zwischen der Rutsche und dem Wege nach Dahheim die Anlage eines größeren Vergnügungslotals mit Saal, Garten, Sport- und Spielplätzen. Da das Grundstück an einer unregulierten Straße liegt, so bedarf er der Erteilung der Bauerlaubnis durch die Gemeindevertretung, doch wird dieselbe nur unter der Bedingung erteilt, daß der Eigentümer als Sicherstellung von Straßenregulierungskosten anteilig 1200 M. in bar hinterlegt, dagegen der Gemeinde die Bestimmung des Zeitpunktes der Regulierung der betreffenden Straße vorbehalten bleibt.

In Anbetracht der beabsichtigten Neueregung des Müllabfuhrwesens beschloß die Vertretung eine Ergänzung der Straßenordnung, dahingehend, daß das Abfahren von Müll und Asche nur in staubdicht verschlossenen Wagen erfolgen darf.

Ueber das Halten von Hunden wurde ebenfalls eine neue Polizeiverordnung beschlossen, welche u. a. verbietet, Hunde auf den Wochenmarkt mitzubringen oder daselbst frei umherlaufen zu lassen.

Die Einführung des Nachschlusses wird nunmehr auch in Nowawes erfolgen. Nach einer Verordnung des Regierungspräsidenten müssen vom 2. Mai ab die im Orte bestehenden offenen Verkaufsstellen mit Ausnahme der Sonnabende und der von der Polizeibehörde festzusetzenden Ausnahmetage für einen späteren Ladenschluß täglich um 8 Uhr abends geschlossen werden. Die Zigaretten-Spezialgeschäfte werden von dieser Maßregel nicht betroffen.

Eine Alarmierung der Feuerwehr erfolgte in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, da auf dem Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße ein Preshlofenlager in Brand geraten war, der nach kurzer Tätigkeit von der Wehr zum Erlöschen gebracht wurde. Die Alarmierung ging durch die Benutzung der elektrischen Weleinrichtung vollständig geräuschlos vor sich, so daß selbst die Nachbarschaft des Brandherdes nichts von dem Feuer wahr wurde.

Potsdam.

Nach der Aufhebung der Schlachtsteuer haben die einheimischen Schlächtermeister dieselben Fleischpreise beibehalten, trotzdem sie vorher dem Publikum wiederholt vorgerechnet haben, daß die Steuer von 6 Pf. pro Pfund eine Verteuerung von 10 Pf. im Kleinhandel verursache. Zahlreiche auswärtige Meister besuchten Anfang April deshalb die hiesigen Märkte. Ihre Ware war bedeutend billiger; sie erzielten denn auch reichenden Absatz. Als die Wochenmärkte immer mehr Händler von Groß-Berlin anzogen, die Stände der Einheimischen aber gemieden wurden, gab endlich die Fleischernnung die Erklärung ab, daß die Preise in Zukunft pro Pfund 10 Pfennig billiger sein werden. Ob sie jetzt alle Kunden wiedergewinnt, erscheint fraglich, da die auswärtige Konkurrenz sich als sehr leistungsfähig erwiesen hat.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse konnte bei durchschnittlich 7008 Mitgliedern Ende 1906 35 458,01 M. dem Reservefonds zuführen. Die Mitgliederzahl hat gegen das Vorjahr um 261 abgenommen.

Der Denkmalskämpfer von Sanssouci ist, wie anderlautende Meldungen besagen, noch nicht ermittelt. Der als Leiche bei Spandau aus der Habel gefandene 18jährige Handlungsgehilfe Friedrich Gornow (genannt als Läter nicht in Betracht, da die angelegten Ermittlungen nicht die geringsten Anhaltspunkte ergeben haben. Die Angehörigen Gornows bezeichnen es als für vollständig ausgeschlossen, daß der junge Mann, der eine Vorliebe für Kunst und Kunstwerke an den Tag gelegt hatte, sich des erwähnten Vandalismus schuldig gemacht haben sollte.

Vorflügels-Wittenau.

Der gemeinschaftliche Besuch des Museums für Völkerverkunde findet am Sonntag, den 24. April, statt. Treffpunkt der Teilnehmer präzis 10 1/2 Uhr Ernst- und Neufährstrassen-Ecke beim Genossen Hilde, Radfahrer 11 1/2 Uhr am Anhalter Bahnhof.

Der Bildungsausschuß.

Jugendveranstaltungen.

Johannisthal. Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokale von Genossen, Friedrichstraße 43: Große öffentliche Versammlung. Vortrag des Kollegen Wehner-Beim über: Was will die freie Jugendorganisation? Die erwachsene Arbeiterkraft wird ersucht, die schulischen Söhne und Töchter zum Besuche dieser Versammlung zu veranlassen und auch selbst zu erscheinen.

Amthlicher Marktbericht der kaiserlichen Marktbaue-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Gehalt lebhaft, Preise unverändert. Wild: Zufuhr sehr knapp, Gehalt ruhig, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Gehalt lebhaft, Preise gut. Pilze: Zufuhr genügend, Gehalt ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr sehr stark, Gehalt anfangs still, später reger, Preise fallend.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 21. 4.	am 20. 4.	Wasserstand	am 21. 4.	am 20. 4.
Remel, Mühl	194	0	Saale, Großh.	104	+4
Bregel, Wittenberg	90	-3	Oabel, Spandau	79	+6
Weißel, Horn	94	-14	Rathenow	124	-2
Ober, Kottb.	232	+50	Spre, Spremberg	74	0
Krossen	106	-1	Deesow	85	-1
Kranfurt	123	+2	Bejer, Ribben	88	-1
Wartbe, Schwinn	96	-2	Ribben	—	—
Landberg	58	-2	Rhein, Wargmüllersau	322	-78
Rege, Tordamm	10	-4	Raub	197	0
Elbe, Peitzberg	56	+21	Rän	185	+2
Dresden	93	+5	Redar, Halbroda	90	+21
Barb	137	+8	Rain, Berthelm	140	+5
Flugberg	123	+9	Rosel, Ertz	62	-3

+) + bedeutet Quers, - Fall, -) Unterpegel.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit

Turmstraße 35, Ecke Waldstraße gewährt jedem bel... Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Schöneberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn... Lubascher, S.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Hamb. Meissner u. Römertrank-Kell. N 4, Schlegelstr. 9... Franz Abraham

Goldtröpfchen

R. Neese, Mülhausestr. 4. Ernst Krüger, G.m.b.H., Höchststr. 23... Goldtröpfchen

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertreter Otto Starick NO, Landsberger Allee 67/7... Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin, Rudolfstr. 4... Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

Rohnen & Jöring Spezial-Geschäft, Alexanderstr. 12... Rohnen & Jöring

Bäckereien, Konditoreien

Eisenhütten-Kaffee, viel getra. u. best. exp. D.R.P. „Feronia“... Bäckereien, Konditoreien

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892... Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen. Herberg, Paul, Amstordamerstr. 29... Hankes Brotbäckerei

Kunze, Grofs-Bäckerei

Berlin N, Pankow, Weißensee, Kuss, Joh., Lützowstr. 17, Ecke Barnistr., Pallasdenstr. 23, Wannmannstr. 45... Kunze, Grofs-Bäckerei

Peter's Gross-Bäckerei

In allen Stadtteilen und Stettin Vororten; über 60 eigene Geschäfte. Schöpe, H., Rixdorf, Bergstr. 64... Peter's Gross-Bäckerei

Th. Turban

Landbrotbäckerei, Frankfurter-Allee 32, Landsb. Allee 145... Th. Turban

Ulbrich

Charlottenburg, 20 Filialen. Badeanstalten im Admiralgarten-Bad, Alexanderplatz 3, Luisenpark 22... Ulbrich

Bad

Landsberger Str. 107, Gollnowstraße 4. H. Kalisch, Lieferant aller Kassen... Bad

Bad Ostend

Prinzen-Bad, Prinzenstr. 42. Russ, v. d. Bad, Stephanstr. 40... Bad Ostend

Bandagen, Gummiwaren

Lange, A. E., Brunnenstr. 167. Meyer, F., Rl., Berlinerstr. 40-50... Bandagen, Gummiwaren

Panschow

Charlottenburg, Scharrenstr. 37. E. Saxe, Kastanien-Allee 29... Panschow

Wende, A.

Optiker. Zimmermann, Rich., Gr. Frkfr. Str. 112... Wende, A.

Boerdigungsanst., Sargm.

Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143. Jordan, E., Rixdorf, 15, Moab, 3195... Boerdigungsanst., Sargm.

Beleucht.-Gegenstände

Böttner, A., Danzigerstr. 95. Neuendorf, O. P., Reichenhellerstr. 3... Beleucht.-Gegenstände

Berufsbekleidung

Behn, H., Invalidenstr. 122, Chausseest. 122. Garderobehaus Nordstern, Brunsenstr. 29... Berufsbekleidung

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Schlesinger, Hermann

Kaiser, Otto, Gerichtstraße 86. Fahr, Wilh., Brunnenstr. 116... Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Kottbuserdamm 94, Keller. Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12... Wilh. Scholem

Bierbrauereien, Bierhdlg.

Bergbrauerei Feinstes Doppelbier Tel. III, 1412. Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbier sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich... Bierbrauereien, Bierhdlg.

BORUSSIA

Malzbier. Brauerei „Germania“ Aktien-Gesellschaft. In ex. 100 eig. Ausschanklokal. 4/10 L. Bairisch 10 Pfg., kl. Weisse 10, gr. Weisse 20 Pfg... BORUSSIA

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere. Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg. Brauerei Königstadt... Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Versand- und Pilsener Bier. Brauerei Weissensee, G. Enders. Brauerei Werm, Berlin 37... Brauerei Pfefferberg

Groterjans

Malzbier, Schickas-Allee 130, Tel. III, 5462. Hempel, E., Müllerstr. 138 d. Kahlenberg, A., Mälberstr. 146 a... Groterjans

S. D. Moewes

Hohersteinweg 67. Teloph. I, 8360. Phönix-Brauerei A.-G. Erstklassige Biere... S. D. Moewes

Richter & Co., J.C.A.

Welfenbrauerei, gegr. 1820. Berlin C 54, Tel. III, 1517. Roland Schlossbrauerei Kronenbräu in Gebinden und Flaschen... Richter & Co., J.C.A.

Berliner Kindl

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 07. Weißbier Albert Braun. Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle... Berliner Kindl

Weissbier, C. Breithaupt

Pallasdenstr. 97. Tel. A. VII, 2634. Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O... Weissbier, C. Breithaupt

Carl Franke

Gegr. 1861. Nachf. F. Hagen 22 Verkaufsstellen. Hasso, Wilh., Sebastianstr. 88... Carl Franke

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

8 Verkaufsstellen. Nees, Schöneberg-Str. 3, u. d. Köpenick-Str. Brunnenstr. 145, Ecke Rixdorf-Str. Badstr. 3, u. d. Rixdorf-Str. 12... Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cacao, Chocolate

Beer, Gust., Müllerstr. 153. Cyliax, G., Filialen in allen NW, Stadtteilen... Cacao, Chocolate

Cigarrenhandlungen

Adelt, A. G., Müllerstr. 12. Böckmann, J., Bergstr. 136/137... Cigarrenhandlungen

Alb. Kasulke

Filialen in allen Stadtteilen. Roschorrek, G., Kreuzbergstr. 16-23... Alb. Kasulke

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf.-Str. 117, Badstr. 22... Damenkonfektion

Oscar Basch

Damen- und Kindermäntel. Oranienstr. 202 pt. Hlusa-Kay, Rl., Berliner-Str. 7... Oscar Basch

Siegmond Eisenstadt

Schöneberg, Hauptstr. 154. Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67... Siegmond Eisenstadt

Link, Paul

Rixdorf, Reuterstr. 43, u. d. Kaiser-Friedrichstr. Damen-Mäntel-Fabrik... Link, Paul

Paul Loewenthal

Rosenhaller-Strasse 16/17. Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 42... Paul Loewenthal

Westmann

1. Geschäft: Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 113. Bei Verzehr 5% Rabatt... Westmann

A. Kieper, Nowawes

Friedrichstrasse 23. Drogen u. Farben Domalla, W., Falkensteinstr. 44... A. Kieper, Nowawes

Eisen u. Stahlw., Waffen

Alu, O., Rl., Kaiser-Friedrichstr. 6. W. Allmer, Malackstr. 24... Eisen u. Stahlw., Waffen

Brenneke, C.

Berlin 50, Wrangelstr. 94. M. Eggeling, Müllerstr. 29... Brenneke, C.

Phonographen-Katz

größtes Spezialhaus. Pietsch, Hugo, Spezialgesch. Reimann, Hackescher Markt 4, Tolla... Phonographen-Katz

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Haus- u. Kuchengeräte Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Unterstehende Geschäfte

Fahrradhaus Sport

Charlottenburg, Rixdorf, 10, Rab. Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40... Fahrradhaus Sport

Krausberg, Willy

Willy Herzog, Pallasstr. 2. Sternfahrrad-Industrie, Blumenstr. 36 b... Krausberg, Willy

Charles Lehmann

Georgelände. Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29... Charles Lehmann

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 5. Kataloge gratis und franco. Schönborn, Willy, Charlbg., Schulst. 3... Rund um Berlin

Carl Pollnow

Frankfurter-Allee 63. 20 Filialen. Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Hering, Neue Königstr. 64... Carl Pollnow

Meesters, Th.

Osw. Naefe chem. Wäscherei Pfr. Britz, Rödowerstr. 54... Meesters, Th.

Stenzel, Paul

19 Geschäfte in Nord-Berlin. Fischhandlungen Winkler & Bärhold, Bergstr. 3 u. 57... Stenzel, Paul

Fleischereien u. Wurstw.

Bisold, K., Rl., Hermannstr. 147. Wurst, Speck, Schinken kaufen Sie am besten u. billigsten bei Anton Fehlan... Fleischereien u. Wurstw.

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Brunnenstraße 78. Basis und billige Metzgerei u. Fleischerei. Hasenstein, A. O., Badstr. 12... Fleisch- u. Wurst-Centrale

Oskar Klähn

114 Alt-Moabit 114. 123 Invalidenstr. 133. Ernst Köbe, Schwedemstr. 17 a... Oskar Klähn

Wähle, Gast.

Endenestr. 2, Turmstr. 67. Grammophone, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I... Wähle, Gast.

Phonographen-Katz

größtes Spezialhaus. Pietsch, Hugo, Spezialgesch. Reimann, Hackescher Markt 4, Tolla... Phonographen-Katz

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Rund um Berlin

Weinmeisterstr. 2. Dähnert, O., Rixdorf, Bergstr. 121... Rund um Berlin

Haus- u. Kuchengeräte

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I. Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison... Haus- u. Kuchengeräte

Unterstehende Geschäfte

Ad. Treptow

Handschube, Badstr. 14. Zallo, Louis, Oranienstr. 191... Ad. Treptow

Herren- u. Knabengard.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankf.-Allee 196, Rosenhellerstr. 53... Herren- u. Knabengard.

Blitz!

Goltzstr. 26. Invalidenstr. 135. Chausseest. 122 80... Blitz!

Ed. Freitag

auch nach Maß. Garderobehaus Lenter, Köpenick-Str. 14... Ed. Freitag

Marks, F.

kein Laden, daher bill. Preise, Teilzahlung gestattet. Th. Meyer & Co., Prkfr. Chausse 10, u. Naß... Marks, F.

Ringel

Sie kaufen reell auch nach Maß. 21, Chausseest. 51. Rosner, Max, Rixd., Bergstr. 30/31... Ringel

NPte, Mützen u. Pelzw.

Basar-Brünnen, Brunnenstr. 66. Werner, Erich, Karl Westhof neu eröffnet... NPte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

Brunnenstr. 53, Badstr. 41. Holbe, Rud., Chausseest. 66... Bazar Norden

M. Grund

Brunnenstr. 177. Haase, Rich., Kastanien-Allee 26... M. Grund

Hut-Centrale

Oranien-Str. 2. Jacob, Oskar, Schönhauser-Allee 104... Hut-Centrale

Kehr-Hüte

Müllerstr. 174. Krüger, Otto, Prenzl.-Allee 210... Kehr-Hüte

LOBER-HUTE

Frankfurter Allee 193. Lucht, Paul, Gr. Frankf. Str. 109... LOBER-HUTE

Mandel's Hutfabrik

Chausse 2. Nord-Ost, Gr. Frankf.-Str. 120... Mandel's Hutfabrik

Rieck, Em.

Berlin 50, Wrangelstr. 94. Ring, A., Rosenthaler-Str. 19... Rieck, Em.

Vester, E.

Damm 15/13. Wancke, Ernst, Brückenerstr. 6 a... Vester, E.

W. Crähé

Wanglauerstr. 63. Doormann, A., Wilmersdorferstr. 78... W. Crähé

Kaufhaus Gebr. Preuß

Berl. NW, Beussel, Ecke Huttenstr. Beste Bezugsqu. für sämtl. Manufaktur... Kaufhaus Gebr. Preuß

Kaufhaus

Müllerstr. 165 a, streng reelle Bedin., bill. fest. Preise. Falkenstein, Paul, Hochstädter-Str. 1... Kaufhaus

Kaufhaus

Müllerstr. 165 a, streng reelle Bedin.,

Daebne, F., Ri., Neue Jonasstr. 26.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Falkmann Eisenacherstr. 55, Gelegenheits-Käufe gebrauchter und neuer Möbel.
Goppert, Paul, Zossenstr. 23.
Gercke, Fritz, Marheinekeplatz.
Gleiser, A., Neue Königstr. 28. Gelegenheits-Käufe. Str. 57, R. Alexanderstraße.
Gorbahn, Landbergerstraße 89, kein Laden, ev. Teils.
Holthausen, Ad., Brunnenstr. 164.
Gebr. R. & C. Homann NW, Perlebergerstr. 22/24.
Hönnicke, Otto, Elsassstr. 29.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 153.
Harnack Stallackeherstr. 57, Bar- und Teilszahlung, Verkauf, Fabrikgebäude.
Herm. Heinrich, N., Badstr. 382.
Janitzkow, F., Turmstr. 45, Möbelfabrik.
König, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Krause & Co., Frankf.-Allee 176.
Ernst Krämer Moabit, Waldstr. 7.
Küchenmöbel, Ri., Berlinerstr. 90.
Lachotzki, L., Ri., Hermannstr. 18.
Lazarus, L., Petersburgerstr. 52.
Lotharingerstraße 88,
Lennert, Hans, Möbengelegenheitsk. L. Bodecke, R., Ri., Bergstr. 4.
Misch Sigmund, Dresdenstr. 16, auch Teilszahlung.
Nisch, Wilh., Gr. Frankf. Str. 45/46, auch Teilszahlung, Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 109 a.
Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschaften aller Preislagen Willy Hasemanns Möbel-Haus Grunewaldstr. 27.
Möbel Kaufhaus Norden, 1000erstr. 122.
Möbel-Kaufh. „Süden“, Kottb. Damm 22.
Möbel Krause Möbel Kastanien-Allee 40.
Teilzahlung gestattet
Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57.
Möbius, Rudolph, Ackerstr. 150.
Nagott, Ri., Richardplatz 8, Alt, Neu.
Oranienstr. 202.
Neumann, M., Vow.-Lesern 7.
J. Ostrowski jr., Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor.
Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilszahlung.
Heukirch, Gehr, Langestr. 2, Stralauerstr. 22, Am Molkenmarkt.

Herm. Podeli, N., Lybener Str. 1, E. Danziger Str. Pränsling, Ludw., Gartenstr. 23.
Rehfeld, A., Buttmanstr. 20, Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.
C. Reiter Nachf., Veteranenstr. 21.
Kettig, Fr. M., Fennstr. 44.
Gustav Richter, Möbel-Fabrik Kastanien-Allee 28.
Köpenick, Grünauer Str. 9,
O. Schönweide, Wilhelmshofstr. 30
Schmidt, Otto, Gartenstr. 55.
Herm. Schulz Waldenser Str. 12.
Rob. Schulz, Frenslauer Allee 21.
Sielensky W., Gneisenaustraße 18, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.
Stargard, O., Neue Königstr. 29, Gelegenheits-Käufe g. Bar- u. Teilszahl.
- C. F. A. Steiler & Co. - Potsdamer Str. 77, Goltzstr. 40 a.
Stoye, Bernh., N. 29, Prins-Allée 89.
Uhr, Johannes, Grünthalstr. 68.
Wendland, Ernst, Swinemünder Straße 121.
Möbelfabrik - Bar- u. Teilszahlung.
Herm. Wendland Reinickendorfer Straße 114.
Werthers Möbelfabrik Gotschowskystr. 27.
Wilh. Witt, N., Wilhelmshavenstr. 64.
Zieren, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47
Molkereien
„Schweizerhof“, Meierei und Milchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch t. jed. Tageszeit frei Haus zu 4. 6bl. Preis. Zirkis 100 Verkaufswagen.
Musikinstrumente
Braun, Emil Musikhaus „Oster“ Boxhag. Str. 2.
Grasow, A., Frankfurter Allee 150.
Kirst, Rich., Hermannstr. 45.
Pfeifers Musikh., Kottb. Damm 99.
Schätzke, Otto, Ri., Richardstr. 115.
Scholz, Paul, Frkf. Allee 73 b.
Schulz, Pieschmann & Co., Brandstr. 25.
Schweizer Musikhaus N., 58 Stargarder Str. 67.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26.
Göbke, R., Ri., Berlinerstr. 59 I.
Ed. Hruza, Rosenthalerstr. 19.
Litauer, Vork. Wilke, Ri., Berlinerstr. 64.
Hermannstr. 59/60.
Pfaff-Nähmaschinen G. Wendt, Wilsnack. Str. 25.
Phönix-Nähmaschinen die besten der Gegenwart kauft man - auch auf Abzahlung W., Kronenstr. 57.
N., Danzigerstr. 79.
N., Swi. Münderstr. 87.
N., Hellenmannstr. 84.
O., Frankfurter Allee 148.
O., Tilsiterstr. 77.
O., Boxhagenstr. 18/19.
SO., Reichenbergstr. 134.
In Rixdorf:
Berlinerstr. 22, Bergstr. 122.

Optiker
Dase, Paul, N., Mollerstr. 174.
Hochstim, O., Ri., Berlinerstr. 22.
Janke, Hermann, Holzmarktstr. 60.
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.
Herrn Jentsch, Charl., Rosinestr. 2.
H. Jettlaff, Badstr. 54.
Kaufhaus f. Schuhwaren Penn-Str. 69.
St. Klama, Charl., Dankelmannstr. 52.
Brannenstr. 179.
Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.
G. Kramer, Wilh., Berlinerstr. 131.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.
J. Lowy, Schöneb., Hauptstr. 142.
Lücke, Herm., Waldenserstr. 63.
Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 120.
Maxsch, Otto, Tilsiterstr. 14. 30, Babst
Michling, A., Weidenweg 20.
Paul Müll, Strömstr. 25.
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Potsdamerstr. 44.
Maassenstrasse 14.
Odrowski, F., Kottbuserdamm 102.
Oesterling, O., Grüner Weg 107.
Pfeiffer, Petersburgerstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Räsener, Gelegenheitskäufe Hermannstr. 29.
Saalheim, F., Ri., Hermannstr. 66.
Salomon, J., Petersburgerstr. 40.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schreter, J., Hermannstr. 52.
Kottbuserdamm 40.
Rosenthal-Str. 55.
Schick, Allee 125 a.
Rixdorf, Bergstr. 48.
Schubh. Max Koh, Belle-Alliancestr. 38.
Schuhwarenhaus des Westens York-Kottbuserdamm 46.
Schüler, Wilh., Schönb. Allee 5.
Sommer, Wilh., N. Schönb. Allee 85.
Tauscher, E., Weisses, Königstr. 41b.
Thewald, W., Mühlwalderstr. 25. L. f. Kona.
Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.
Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141.
Winter, H., Schönhauser Allee 91.
Zastrow, E., Ri., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marie Lesdor, Brunnenstr. 137.
Schuhwarenhaus „Nannos“ Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Androssstr.
Seifen
John, A., Memelerstr. 48 a, Annenstr. 12.
Alle Haushaltsartikel.
Hugo Joske Seifen Salon-Petrol, Brennspirit., Putzw., Löslf. f. Haas SW. Kais.-Aug.-Allee 6, T. U. 949.
R. Somrau, Wrangelstr. 118, Föcklerstr. 28, Eisenbahnstr. 25.
Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Ri., Bergstr. 140.
Wilmsdorfer
Graff & Heyn, Straße 118/119.
Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.
Trauer-Magazin
Westmann Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel Goltzstr. 20, am Winterfeldplatz.
Art, Herm., Manteuffelstr. 114.

Heise, Helr., Badstr. 17. Lieferant der Konsum-Genossenschaft.
Hübner, C., Rosenthalerstr. 13.
Janke, Hermann, Holzmarktstr. 60.
Janke, F., Stralauer-Allee 17 a.
Herrn Jentsch, Charl., Rosinestr. 2.
H. Jettlaff, Badstr. 54.
Kaufhaus f. Schuhwaren Penn-Str. 69.
St. Klama, Charl., Dankelmannstr. 52.
Brannenstr. 179.
Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.
G. Kramer, Wilh., Berlinerstr. 131.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118 a.
J. Lowy, Schöneb., Hauptstr. 142.
Lücke, Herm., Waldenserstr. 63.
Rich. Maeder, Charl., Berlinerstr. 120.
Maxsch, Otto, Tilsiterstr. 14. 30, Babst
Michling, A., Weidenweg 20.
Paul Müll, Strömstr. 25.
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Potsdamerstr. 44.
Maassenstrasse 14.
Odrowski, F., Kottbuserdamm 102.
Oesterling, O., Grüner Weg 107.
Pfeiffer, Petersburgerstr. 37.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Räsener, Gelegenheitskäufe Hermannstr. 29.
Saalheim, F., Ri., Hermannstr. 66.
Salomon, J., Petersburgerstr. 40.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schreter, J., Hermannstr. 52.
Kottbuserdamm 40.
Rosenthal-Str. 55.
Schick, Allee 125 a.
Rixdorf, Bergstr. 48.
Schubh. Max Koh, Belle-Alliancestr. 38.
Schuhwarenhaus des Westens York-Kottbuserdamm 46.
Schüler, Wilh., Schönb. Allee 5.
Sommer, Wilh., N. Schönb. Allee 85.
Tauscher, E., Weisses, Königstr. 41b.
Thewald, W., Mühlwalderstr. 25. L. f. Kona.
Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.
Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141.
Winter, H., Schönhauser Allee 91.
Zastrow, E., Ri., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marie Lesdor, Brunnenstr. 137.
Schuhwarenhaus „Nannos“ Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Androssstr.
Seifen
John, A., Memelerstr. 48 a, Annenstr. 12.
Alle Haushaltsartikel.
Hugo Joske Seifen Salon-Petrol, Brennspirit., Putzw., Löslf. f. Haas SW. Kais.-Aug.-Allee 6, T. U. 949.
R. Somrau, Wrangelstr. 118, Föcklerstr. 28, Eisenbahnstr. 25.
Teppiche u. Gardinen
Frankenstein & Co., Ri., Bergstr. 140.
Wilmsdorfer
Graff & Heyn, Straße 118/119.
Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.
Trauer-Magazin
Westmann Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankf. Str. 115.
Uhren u. Goldwaren
Abel Goltzstr. 20, am Winterfeldplatz.
Art, Herm., Manteuffelstr. 114.

J. Behrendt, Wrangelstr. 69.
Otto Brauer, Mollerstr. 164.
Briese, Ernst, Ri., Berlinerstr. 61.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
David, Max, Brunnenstr. 42.
Ebert, Otto, Huittenstraße Nr. 67.
Eillinghausen, Gebr., Grünerweg 45.
Fabian, Max, SO 36, Wienerstr. 25.
Fliegen Schmidt, M., Bergmannstr. 3.
Friese, Konrad, Müllerstr. 4.
J. Gebhardt Charlottenburg, Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Chr. Geger, Nettolbeckplatz.
Goericks, C., Föcklerstr. 25.
Goemadles, F., Androssstr. 29.
Ernst Henke, Brunnenstr. 88.
J. Herzog, Charl., Pestalozzi-Str. 31.
B. Hirschfeld, Rosenthal-Str. 25, Rep.
Höppauf & Kaempff Beusselstr. 76 a.
Kottb. Damm 28.
Marlin Klein, Neue Hoehstr. 25.
Kulobunch, W., Frankf. Chaussee 61.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 25.
Lewin, Adolf, Königstr. 43/44.
Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 23.
Lux, Carl, N. Chaussee-Str. 41.
Mildt, A., Charl., Krummenstr. 14.
Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91.
Osterloh, M., Gr. Frankfurter Str. 126.
Pfandl, H., Petersburgerstr. 37.
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1 a.
Rampmaier, F., Skaltzerstr. 23.
Rapp, Chr., Weissenau, Gest. Allee 157.
Rudolph, H., Rixdorf, Bergstr. 152.
Joh. Schallau, Schönb. Allee a. Tor.
Schönemann, G., Ri., Berlinerstr. 73.
Schrader, Otto, Frankf. Chaussee Nr. 8.
Rich. Schramm, Tarnstr. 22.
Schroth, Emil, Kottbuserdamm 101.
P. Schuch, Charl., Knobelsdorffstr. 40.
Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24.
Schumacher, O., Tegel, Berlinerstr. 5 a.
St. Stolz, Chaussee-Str. 32.
Carl Stühr, Dresdenstr. 134.
Sturm, Erich, Tegel, Hermsdorf-Str. 1
Paul Trenk, Charl., Spandauerstr. 22.
Trieb, Alfred, Falkensteinstr. 4.
Truxa, W., Frankf. Allee 188.
Ueckermann, G., Landsbergerstr. 38.
Ulbrich, Friedr., Brunnenstr. 62.
Otto Wartig, Triftstr. 2.
F. Wenig, Müllerstr. 28.
Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 3-4.
Wilder, Hans, Rosenthalerstr. 62/64.
Winkler, W., Reinickendorferstr. 22.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Wolter, M., Ri. a. Babst, Hermannstr. 58.
Wüsteney, O., Brunnenstr. 105.
Wutke, Karl Treckow-Str. 7, Invalidenstr. 10.
Warenhäuser
Bieber, Ni., Yorkstr. 37, am Hbf.
Brünn, Nachf., Allee 194.
Warenhaus Max Codik SO., Wrangelstr. 20, Ecke Föcklerstr.
Loewenberg & Co., Rigauerstr. 107.
am Baltenplatz.
Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 34.

Warenhaus M. Hirsch Spandau
Weiss, H. & Co. Baumshagen, Vierzingl. 17.
A. Weiss & Co. Nachf. Schöneberg, Hauptstr. 11.
Weine u. Fruchtsäfte
Hugo Beling Weine · Liköre. Flaschenverk. zu Engrospreisen. 50 Filialen in Berlin u. Vorort.
Bettlinger, Eug., Wald-Ecke, Wickhof.
Dennhardt & Schultze, Brunnenstr. 53.
Eile m. Weyle, Likörfabr., Gerichstr. 16.
Groß, „Zur Sonne“, Paul Freudenberg.
Krüger, Brunnenstr. 188, Kant. Allee 64.
Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.
Reins Gr.-Post. Scherz-Ecke Wilmersdorferstr.
Rieß, Fritz, Ri., Hermannstr. 5.
Schnitz, Otto Alb., Frankf. Allee 156.
Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Sello, Hermann, Pfl. l. allen Stadtdellen Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Ignatz Sello auch Liköre u. Säfte, Brunnenstr. 15 u. Filial Einzelverk. u. Engrospr.
Welke, W., Hermannstr. 160.
Wendig, Herm., Elsassstr. 11.
Wermuth, Oswald, Kopschbergerstr. 1.
Weiß, Wollw., Trikotsagen
Boeldicke, Max, Chaussee-Str. 67.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 58.
Engel, R., Wienerstr. 35, Ecke Forststr.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 115/119.
Jonas, Hermann Kastrinerpl. 1, Inalotte, Beiffeld.
Juncker, H. Rixdorf, Hermannstr. 172.
Kaufhaus London, Ri., Bergstr. 47.
Klar, H., Reichenberg Str. 120.
Kaufhaus Levy, F., Ri., Hermannstr. 58.
Phaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Raehmer, C., Androssstr. 69.
Schram, Lina, Mirbachstr. 31.
Tichauer, S., Ri., Hermannstr. 31.
Weber & Heynacher Gr. Frankf. Str. 58, Frankf. Allee 134.
Wollhaus Lucas Rixdorf, Bergstr. 68.
Zahnatel. u. Zahnkünstl.
Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132.
Hollbruch, Herm., Frankstr. 5, geg. 1871.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1888.
Lübecke, Franz, Greifswalderstr. 31.

Vornehme Maßarbeit

Vornehme tadellose

Maßarbeit

aus nur guten, ausgeprobten Stoffen und Zutaten liefert nur die für gut und reell bekannte Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Anzüge nach Maß | Paletots nach Maß
 von M. 36.00 an. | von M. 33.00 an.

Hosen nach Maß von M. 8.50 an.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe in haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl in achten auf tadellose Verarbeitung und gute u. Sitz in werden stets das Neueste zum Verkauf bringen in verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen in haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Entwurf! Nachdruck verboten!

Um eine tadellose gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir des enorm großen Andrages wegen, uns Pfingstbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoffneheiten des In- und Auslandes ist unerreicht dastehend. Sämtliche Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt!

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78.

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.

Vornehme Maßarbeit

Teurer Kaffee!

Kennen Sie den schönen Kaffee, wie er in Wien und den böhmischen Ländern so gern getrunken wird?
 Nur durch eine kleine Beimischung von dem Wiener-Kaffee-Zusatz von Thilo & v. Döhren, Wandsbek erhalten Sie den und sparen bedeutend an Kaffee.
 Ein wesentlicher Bestandteil dieses Zusatzes sind Feigen, welche ihm einen kräftigen und doch milden Geschmack geben.
 Packete à 10 und 25 Pfg. verkaufen alle besseren Handlungen.
 Gratisproben überall erhältlich.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen
 der Firma
Fischer & Herwig, Hann. Münden.
 Erstklassiges Fabrikat.
 Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
 Amt VII, 3047.

Möbel
 liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Bei 1 Mark wöchentlich

Teilzahlung

erhalten Sie die elegantesten Herren-Garderoben fertig oder nach Maß direkt vom Schneidermeister

M. Katz

Dresdener Str. 76 (nahe Thalia-Theater) kein Laden. Befichtigung ohne Kaufzwang.



Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte besten Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Stoffen (teils aus Seide) gearbeitet, von Herrschafter, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, fabelhaft billig. Unter dem Herren-Paletots . . . 8 12 14 18 W. | Gehrock-Anzüge . . . 14 18 22 26 W.
 Jackett-Anzüge . . . 10 12 16 20 W. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 W.
 Rock-Anzüge . . . 12 16 18 20 W. | Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Unterbreitschloßstr. II. Geschäft: Chaussee-Str. 89. 277/20*

Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Aus Industrie und Handel.

Koloniale Industrieerfindungen.

Nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ hat der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika dem Ingenieur Bienen in Frankfurt die Konzession zur Errichtung einer Wasserkräftenanlage zwecks industrieller Ausnutzung der Panganifälle erteilt.

Vielleicht stehen bald wieder „vaterländische Interessen“ in Deutsch-Ostafrika auf dem Spiel.

Teure Rohstoffe.

Nicht nur einzelne Rohstoffe stehen gegenwärtig im Preise überaus hoch, man kann vielmehr sagen, daß am gesamten Markt der gewerblichen Rohstoffe eine für den Stand der allgemeinen Konjunktur ungewöhnliche Preissteigerung festzustellen ist.

wird, ist in keinem der letzten Jahre zur gleichen Jahreszeit notiert worden. Dasselbe gilt von besten nahgelegenen Ochshäuten aus Uruguay, die im laufenden Jahre 178 M. kosteten.

Geruchlos verduftet.

Die Farbenfabrik Gebr. Hehl u. Co., Charlottenburg machte seit Jahresfrist für ein neues geruchloses Desinfektionsmittel eine für deutsche Verhältnisse außerordentliche Bekanntschaft.

Eine Riesenpleite in Amerika. In New York ist die große Baumwollfirma Knigh, Panch u. Co. insolvent geworden.

Die Milchwirtschaft in Rußland.

Bis Ende der 60er Jahre hatte die Milchwirtschaft in Rußland nur eine geringe Bedeutung. Die Produktion von Molkeerzeugnissen wie die Ausfuhr hatte nur einen kleinen Umfang.

Ziffern für die damalige Produktion gibt es nicht. Das Buttergewerbe hat sich hauptsächlich in den Gouvernements Bologda, Jaroslaw, Rostow, Twer, Wladimir, Kostroma ausgebildet.

gefähr 500 Buttereien und Käseereien in privaten Landwirtschaftsbetrieben.

Folgende Tabelle zeigt die Ausfuhr von Butter aus Rußland:

Table with columns for years (1891-1909) and quantities in thousands of Pud and Tons.

Man sieht, daß infolge des japanischen Krieges der Export verhältnismäßig nur wenig eingeschränkt wurde und daß er nach dessen Beendigung einen bedeutenden Aufschwung genommen hat.

Auch der innerrussische Verbrauch hat sich in dieser Zeit bedeutend vermehrt. Man schätzt die Gesamtproduktion Rußlands an Molkeerzeugnissen auf Grund der Eisenbahntransporte von solchen auf jährlich ungefähr 120 Millionen Pud.

Table showing transport statistics for 1901-1906, including quantities for Butter, Milk, and other products.

Für Käseerzeugnisse ist kein solcher Aufschwung bemerkbar. Das hat seine Ursache teils darin, daß geringere Nachfrage nach diesen besteht, aber auch technische Gründe (größere Schwierigkeit der Käsebereitung, Festlegen größeren Kapitals, höheres Risiko) sprechen mit.

Witterungsüberblick vom 22. April 1910, morgens 8 Uhr.

Weather forecast table with columns for stations, wind direction, and temperature.

Wetterprognose für Sonntag, den 23. April 1910. Wohl bei langsam abnehmenden nordöstlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; geringe Niederschläge.

Schuhwarenhaus

CARL STILLER

Gegr. 1867

Gegr. 1867

Jerusalem Str. 38-39
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2

Zentrale und Versand: Jerusalem Strasse 38-39

Taunzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Damen-Stiefel

Kinder-Stiefel

Herren-Stiefel

- Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt ... 8.75 M.
Braun u. schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in modernen Fassons, mit hohen oder niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcalf oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestupft 5.50 M.
Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, in Boxcalf od. Chevreau auch mit Lackkappen, Goodyear-Welt 7.50 M.

- Boxcalf - Schnürstiefel, moderne breite Fasson ... 8.75 M.
Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Fasson, sehr haltbar, Rand gestupft ... 10.50 M.



Chevreau-, schwarz oder braun Damen-Schnürschuhe

8.50 M. 10.50 M. 12.50 M.

Preiswerte Hausschuhe

- Melton in vielen Farben
Damen ... 1.50 M. Herren ... 1.75 M.
Chagrineder schwarz, bordeau, braun
Damen ... 2.90 M. Herren ... 3.80 M.

Sport-Schuhwaren

Tennisschuhe □ Turnschuhe □ Sandalen
In vielen Preislagen und Ausführungen



Boxcalf- oder Chevreau-Herren-Schnürstiefel

12.50 M. 15.50 M.

Vorort - Nachrichten.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit den Einsprüchen, die gegen die kürzlich stattgefundenen Gemeindevahlen eingegangen waren.

Stimme. In diesen Zuschriften war ganz besonders darauf hingewiesen, welche große Gefahr bestände, wenn eventuell die Sozialdemokraten gewählt werden würden.

Selbstverständlich beschloß die Vertretung ohne Debatte Ablehnung auch dieses Protestes. Selbst die Herren, die sich vor einiger Zeit ganz entrüstet über die Forensengeschichte geäußert hatten...

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht der Crisistrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin, 1909. 32 Seiten. Selbstverlag, Sebastianstr. 37/38.

Damen - Mäntel - Fabrik

Rixdorf Reuterstr. 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

PAUL LINCK offeriert

Rixdorf Reuterstr. 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

erstklassige, moderne Frühjahrs-Kostüme in sehr sauberer Verarbeitung und tadellosem Sitz; ferner: Moderne Paletots, Jacketts und Röcke

Maßanfertigung!

Durch Ersparnis der hohen Ladenmiete sowie sonstiger Geschäftsspesen und infolge eigener Fabrikation sind meine Preise außerordentlich billig!

Berliner Ulk-Trio. Felix Schoner Stralsunderstr. 1

Herren-, Damen-, Kinderwäsche eigenes Fabrikat.

Margarete Dietrich Berlin O., Mirbachstr. 25, Eingang Samariterstraße.

Hüte in allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher, Prinzenstr. 57, an der Dreßdener Str. Gebirgsw. wird hergestellt.

Sie brauchen bei uns nicht zu kaufen,

sondern Sie sollen sich nur unsere schicken, eleganten Sachen ansehen, um es Ihren werten Freunden und Bekannten zu sagen.

Herrenanzüge 9.50, Burschen 6.50, Knaben 1.25, Kittelkleidchen 1.75, Tucho p. Mtr. 1.60. — Berufskleidung sehr billig: Blaue Monteurjacke 1.00, Mechanikerkittel 2.45, engl. Lederhose 1.70. — Händler und Schneidermeister Rabatt.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.

HERREN KNABEN KLEIDUNG S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“ Güterbahnhof Frankfurter Allee.

Ausnahme-Preise vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz in nur prima Marken.

Table with 2 columns: Coal type and price per ton. Includes items like Besto Vulkan Halbstein-Briketts, Heye, Prima Ferdinand Salon, Anker, Anh. Kohlenw., Iiso, Briketthuck.

Handwagen zur Verfügung.

Extra billiges Angebot! in Herren-Anzügen u. Paletots

- Jackett-Anzüge tausendfältige Auswahl, moderne Muster, garantiert tadello... jetzt 42.- 39.- 35.- 32.- 28.- 24.- 21.- 15.-
Paletots und Ulster in hoch-moderner Ausführung, nur eigene Anfertigung, früherer Verkaufspreis bis Mk. 75.- jetzt 45.- 42.- 39.- 36.- 32.- 28.- 25.- 20.- 15.-
Modell-Anzüge darunter Plagen aus guten engl. Stoffen, beste Massverarbeitung, vornehmer Sitz. früherer Verkaufspreis bis Mk. 80.- jetzt 50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 27.- 23.- 19.- 15.-

S. JOSEPH Schöneberg Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.



Es ist mir gelungen



nach beendeter Stoffsaison in den Lausitzer Tuch-Fabriken grosse Posten moderner Anzug- und Paletotstoffe sehr billig einzukaufen. Diese Stoffe habe ich von guten Schneidern im eigenen Betriebe aufarbeiten lassen und bringe damit folgende der Beachtung jeden Warenkenners werthe

Sonder - Angebote

heraus:

Anzüge

In Cheviot- und Kammgarn-gewebe. Neue graue Farben in effektvollen Karo- und Streifen-Mustern nach englischer Art
60, 55, 50, 45, 40, 15 M.
36, 30, 25, 21, 18, 15 M.



Sommer - Paletots

Sommer - Ulster

In glatten und fein gestreiften, baumrinden- und holzfarbigen Covercoats. Sehr modern: hell- :: graue Diagonal-Ulster ::
60, 55, 50, 45, 40, 15 M.
34, 31, 27, 22, 18, 15 M.



Beinkleider

Schöne Streifen und uni Muster in Kammgarn- und Cheviot- :: stoffen. Elegante Passform ::
20, 17, 15, 13, 11, 3 M.
9, 8, 7, 6, 5, 3 M.

Gottlieb
Weiss
Schöneberg-Hauptstr. 161
Ecke Stubenrauch- und
Kaiser Friedrichstr.

Frühjahrs- und Sommerbekleidung

Durch besonders günstigen Einkauf sind wir in der Lage, zu nachfolgend allerbilligsten Preisen zu verkaufen:

Herren-Anzüge 11⁵⁰ 14⁰⁰ 17⁵⁰
moderne Muster, haltbare Stoffe M.

Herren-Anzüge 22⁵⁰ 28⁰⁰ 32⁰⁰
neueste Fassons, in Cheviot und Kammgarn M.

Jünglings-Anzüge 8⁵⁰ 10⁵⁰ 14⁰⁰
in moderner Ausführung und haltbaren Stoffen M.

Herren-Paletots 11⁵⁰ 14⁰⁰ 17⁵⁰
prima Stoffe, solide Mach-art M.

Herren-Ulster 15⁵⁰ 18⁵⁰ 26⁰⁰
moderne Streifen und Karos in vornehmer Verarbeitung . . . M.

Jünglings-Paletots 8⁵⁰ 10⁵⁰ 14⁰⁰
in hübschen Mustern und guten Stoffen M.

Julius Lindenbaum Nachf.

Inh.: Walter Hampel

Große Frankfurter Straße 141 : : Ecke : : Fruchtstraße.

Konfektions-
Reklame-
Woche

Kaufhaus Wilhelm Joseph

Schöneberg
Hauptstr. 163

Berlin
Großgörschenstr. 1

Woll- und Wasch-
Stoff-
Reklame-
Woche

Moderne Waschstoffe
zu außerordentlich billigen Preisen.

Leinen, die große Mode
in diversen Farben und Qualitäten.

- Shantung-Zephyr** in allen modernen Farben Mtr. **48 Pf.**
- Shantung** imitiert weiß und farbig Mtr. **68 Pf.**
- Shantung** Leinen, imit., in sparten Farben, Mtr. **98 Pf.**
- Shantung** Rips, Leinen für Kostüme in mod. Farb. **125**
- Shantung** Seiden-Leinen, letzte Neuheit für **Kostüme u. Kleider** **185**
in entzückenden Farben.

- Ganz besonders preiswert!**
- 1 großer Posten gestr. Zephyr für Hemdenblusen, schöne Farben . . . **38, 48, 65, 85**
 - 1 großer Posten Musselin imit. nur gute Farben **35, 48, 58**
 - 1 großer Posten Wollmusselin mit und ohne Bordüre **75, 98, 135**
 - 1 großer Posten weiße Batist- und Mull-Stickerei-Stoffe **38, 48, 75, 95**
 - 1 großer Posten halbfertige Mull-Blusen Wert 1.75, jetzt **95**
 - 1 großer Posten halbfertige Wollbatist-Blusen mit Seidenstickerei Wert 3.25, jetzt **1.95**
 - 1 großer Posten halbfertige Wollbatist-Blusen Wert 4.50, jetzt **2.75**

- 1 Posten Mohair-Alpaka mit kleinen Streif. in neuest. Farb., Wert **3.75**, jetzt **195**
- 1 Posten Mohair-Alpaka ca. 115 cm breit, in sparten Farben, Wert **2.50** . . . Mtr. **135**
- 1 Posten Voile reine Wolle, ca. 110 cm br., in kleinen Mustern, Wert **2.25** . . . Mtr. **95**
- 1 Posten Wolltaffet ca. 110 cm. breit, in schönen Farben, Wert **2.50** . . Mtr. **150**
- 1 Posten Kostüme Stoffe ca. 110 cm br., reine Wolle, Wert **3.50** Mtr. **195**
- 1 Posten graue Kostüme Stoffe ca. 130 cm br., reine Wolle, Wert **5.75**, Mtr. **290**

25,000 Mtr. Reste in Wolle, Musselin u. Waschstoffen zu Serienpreisen. Serie I Mtr. 25, Serie II Mtr. 40, Serie III Mtr. 75 Pf.

Extra-Angebote in Damen-Konfektion.

- 1 großer Posten Staubmäntel, mehrere Farben jetzt **395**
- 1 großer Posten Paletots in englischem Geschmack jetzt **395**
- 1 großer Posten weiße Golfjacken, farbig garniert jetzt **595**
- 1 großer Posten hochelegante Jacken-Kleider, Jacke auf Seide jetzt **2850**
- 1 großer Posten ca. 10,000 Blusen, Batist, Zephyr, Perkal etc. in schöner Ausführung **195 295**
- 1 großer Posten Matinees in türkischen Mustern **195**